

100 Jahre

Frauenpolitischer Aufbruch

Vom Frauenwahlrecht zum Frauenmandat

Von der Gleichberechtigung zur Selbstbestimmung

3. Oktober 2018 – 1. November 2019



frauenmuseum
kunst, kultur
forschung e.V.

f
m

100 Jahre

Frauenpolitischer Aufbruch

**Vom Frauenwahlrecht
zum Frauenmandat**

**Von der Gleichberechtigung
zur Selbstbestimmung**

3. Oktober 2018 – 1. November 2019

Impressum

Titel:

100 Jahre Frauenpolitischer Aufbruch

Herausgeberinnen:

Bettina Bab, Marianne Pitzen

Projekt-AG:

Historie: Bettina Bab, Kunstbereich: Marianne Pitzen, Verwaltung und PR: Petra Peter-Friedrichs, Aufbau: Wolf Wetzker, Besucherbetreuung: Dr. Béatrice Roschanzamir, Angelika Berg, Tanja Deisinger (Café)

Katalog:

Redaktion: Bettina Bab, Marianne Pitzen, Petra Peter-Friedrichs
Korrektur: Horst Pitzen, Britta Stratmann

Titelfotos:

1. Kundgebung zum Frauenwahlrecht in München 1912, (Stadtarchiv München)
2. Die erste Bundesministerin Elisabeth Schwarzhaupt (Bundesarchiv, N1177 Bild-166-001)

Verlag:

Frauenmuseum, Kunst, Kultur, Forschung e.V., Im Krausfeld 10, 53111 Bonn
ISBN-Nr.: 978-3-946430-23-0
März 20109

Herstellung:

Gebrüder Kopp GmbH CO. KG, Köln

Vorstand Frauenmuseum, Kunst, Kultur, Forschung e.V.:

Marianne Pitzen, Bettina Bab, Erika Beyhl, Petra Peter-Friedrichs, Lene Pampolha, Ellen Sinzig, Monika Stubig

Ehrenmitglieder:

Inge Broska, Julitta Franke, Prof. Ulrike Rosenbach, Dr. Valentine Rothe, Tina Wedel

Ehrenamtliche:

Dagmar von Beschwitz-Both, Guntra Börner, Curt Delander, Charlotte Esch, Gabi Henkel, Corinna Heumann, Sibylle Hombach, Irma Klingenburg, Ulla Lehmacher, Ellen Musiol, Anita Nutz-Kammerer, Horst Pitzen, Isabella Pietzka, Ulrike Reutlinger, Martin Oschmann

Gertrudis-Programm-Team:

Curt Delander, Susanne Gundelach, Renate Vollmar u.a.

Renate Wald Stiftung, Kuratorium:

Vors. Ulrike Mond, Felix von Grünberg, Marie-Luise Kreiß, Marianne Pitzen, Dr. Valentine Rothe, Pfarrerin Susanne Zimmermann

Kooperation:

Mittelrheinmuseum Koblenz

Bildrechte:

Wenn nicht anders angegeben, liegt das Bildrecht bei den Künstlerinnen. Trotz Recherche konnten nicht alle Bildrechte ermittelt werden.

Dank an die LeihgeberInnen und Unterstützerinnen

Haus der Geschichte Bonn, Kölner Frauengeschichtsverein, ausZeiten – feministisches Archiv Bochum, Archiv der deutschen Frauenbewegung Kassel, Archiv des Katholischen Deutschen Frauenbunds, Archiv der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der Friedrich-Naumann-Stiftung, FrauenMediaTurm, FFBIZ Berlin, FrauenGenderBibliothek Saar

Inhalt

<i>Dr. Hildegard Kaluza, Milena Karabaic M.A., Dr. Barbara Rüschoff-Parzinger:</i> <i>Grußwort des Kuratoriums</i>	5
<i>Bettina Bab: 100 Jahre Frauen in der Politik.</i>	6
<i>Marianne Pitzen: Kunst und Gesellschaft.</i>	8
Blick in die Ausstellung	10
Historischer Teil	11
<i>Bettina Bab: „Wir dürfen uns nicht in unser Schneckenhaus zurückziehen.“</i>	12
Ausstellungsfahnen zum Kampf um das Frauenwahlrecht im Kaiserreich.	24
<i>Marlies Obier: Eine Erinnerung an Marie Juchacz.</i>	32
Ausstellungsfahnen zum Kampf um Frauenmandate in der Weimarer Republik.	36
<i>Dr. Florence Hervé: Frauenfriedensbewegung der 50er- und 60er-Jahre an Rhein und Ruhr.</i>	43
<i>Irene Franken: Die Anfänge der Neuen Frauenbewegung in Köln – Von der versteckten Selbsthilfe zur politischen Partizipation.</i>	49
Ausstellungsfahnen vom Kampf um die Gleichberechtigung bis zur Selbstbestimmung.	56
Künstler/innen.	67
Carola Paschold	68
Else Lasker-Schüler	70
Marie Goslich	72
Jutta Hellweg	74
Herbert Döring-Spengler.	76
Marianne Schröder	78
Eugen Schramm	79
Heidi Adrian	80
Corinna Heumann	82
Gruppe DonnARTE: Cynthia Rühmekorf – Barbara Schmitz – Angelika Schmitt	84
Angelika Schmitt.	85
Cynthia Rühmekorf.	86
Barbara Schmitz	87
Maria Pudelko.	88
Tina Schwichtenberg	90
Horst Olaf Schmidt	91/92
Bertamaria Reetz.	92
Tanja Schneider	94

Kari Stettler	97
MAMU	97
Homa Emami	98
Alice Lex-Nerlinger	100
Käthe Augenstein	102
Biggi Slongo	104
Heidi Adrian	108
Maria Schmidt Dzionsko, FAK	110
Marlene Leal da Silva Quabeck	111
Kristina Kanders	112
Sarah Schumann	114
Silvia Philipp	116
Anne Beikircher	118
Melanie Pari und Freundin	120
Angelika Gradisnik	122
Irmtraud Büttner-Hachmeister	124
Sharon Calman	126
Dokumentation	127
Kinderatelier	128
Partnerausstellung Courage	129
Hauskauf-Fest & EUROTOPIA	130
Daniela Flörsheim	131
Blick in die Ausstellung EUROTOPIA	132
Kurzbiografien	133

Grußwort des Kuratoriums

„100 Jahre Bauhaus im Westen“ – unter diesem Motto lädt Nordrhein-Westfalen zu einer landesweiten Ausstellungs- und Veranstaltungsreihe zu Reformideen und Wirkungen des Bauhauses ein. Damit trägt es zu den (inter-)nationalen Feierlichkeiten zum Bauhaus-Jubiläum im Jahr 2019 bei.

Der Gestaltungswille der Bauhaus-Bewegung umfasste weit mehr als neue Architekturen und Produktentwürfe: Vom Kunstgewerbe bis zur Industriearchitektur, von der Mode zu Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens, von der Sehnsucht nach demokratischem Aufbruch bis hin zu Flucht und Exil reicht das Themenspektrum der nordrhein-westfälischen Veranstaltungen. Gestaltung wird dabei in ihrer ästhetischen wie gesellschaftlichen und politischen Dimension gefasst.

Die Ideen- und Kraftströme für neue Gestaltungsideen flossen in beide Richtungen: Von den Bauhauszentren Weimar, Dessau und Berlin in den Westen, aber auch durch Aktivitäten von Persönlichkeiten aus dem Rheinland und Westfalen dorthin zurück. Man kann sogar von starken Wurzeln des Bauhauses sprechen, die etwa im westfälischen Hagen liegen, wo der Kunstmäzen und -sammler Karl Ernst Osthaus, ein vehementer Förderer des Bauhausgründers Walter Gropius, eine für die Entwicklung der Moderne zentrale Rolle spielte, was mit dem Begriff „Hagener Impuls“ verbunden ist. Grundlegend für die Entwicklung der Bauhausidee war auch die Werkbundausstellung in Köln kurz vor dem Ersten Weltkrieg. Krefeld nennt sich selbst mittlerweile „Bauhaus-Stadt“ und hat u.a. Mies van der Rohe, Lilly Reich, Johannes Itten und Georg Muche als klangvolle Referenzadressen aufzubieten. Das 1924 fertiggestellte Landhaus Ilse in Burbach im Siegerland darf als wirkliche Neuentdeckung gewertet werden, ähnelt es doch stark dem „Haus am Horn“, das das Bauhaus 1923 in Weimar als sein erstes Musterhaus errichtete. Es gibt nicht nur ein „Bauhaus“, das Land NRW hat Substantielles zur Entdeckung der Vielfalt von Umsetzungen, Transformationen und spezifischen Anwendungsfällen der Bauhausidee beizutragen.

So groß und so weit man dann die Idee der berühmten Reformschule auch fassen mag, es ging letztlich um neue Formen des Zusammenlebens in der Industriegesellschaft, die sich nach dem Ende des Ersten Weltkrieges in Deutschland erstmals eine demokratische Verfassung gab. Das Land Nordrhein-Westfalen mit seinem Ministerium für Kultur und Wissenschaft (MKW) und die für die Landschaftliche Kulturpflege zuständigen Landschaftsverbände Rheinland (LVR) und Westfalen-Lippe (LWL) verbinden deshalb das Bauhausjubiläum mit dem der Weimarer Republik. So lautet der Untertitel zu „100 Jahre Bauhaus im Westen“: „Gestaltung und Demokratie. Weichenstellungen im Rheinland und in Westfalen“. Über 40 lokale und regionale Partner, darunter die Architektenkammer NRW, tragen zum Gedenkjahr bei, zu einem Veranstaltungsverbund also, den es in dieser Zusammenstellung, Größenordnung und Reichweite bislang noch nicht gab.

Wir danken deshalb nicht zuletzt dem Lenkungskreis für die koordinierende Verbundarbeit, Dr. Cornelia Bockrath (LWL), Dr. Joachim Henneke (MKW) und Prof. Dr. Thomas Schleper (LVR). Alexandra Hilleke M.A. übernahm die Aufgaben der Projektassistenz. Unser Dank gilt auch der interdisziplinären Unterstützung des wissenschaftlichen Beirats unter der Leitung von Dipl.-Ing. Martin Müller (Architektenkammer NRW).

So bleibt uns zu guter Letzt, dem grand projet entsprechend viel Erfolg und starke Resonanz zu wünschen.

Dr. Hildegard Kaluza
Leiterin der Abteilung Kultur im
Ministerium Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen

Milena Karabaic M.A.
Kulturdezernentin des
Landschaftsverbandes
Rheinland

Dr. Barbara Rüschoff-Parzinger
Kulturdezernentin des
Landschaftsverbandes
Westfalen-Lippe

Bettina Bab

100 Jahre Frauen in der Politik – Wandel der Frauenbilder

Im November 2018 jährte sich zum 100. Mal die Einführung des Frauenwahlrechts. Dieses wichtige Jubiläum markiert den Beginn der Demokratie im Deutschen Reich. Im Januar 1919 konnten zum ersten Mal alle volljährigen Bürgerinnen und Bürger wählen – auch für Männer gab es kein einschränkendes Klassenwahlrecht mehr. Die Frauen gewannen allerdings viel mehr, denn sie hatten vorher keine politischen und staatsbürgerlichen Rechte besessen.

Im 19. Jahrhundert war die Vorstellung des politisch mündigen Bürgers rein männlich gedacht. Nur langsam und sehr vereinzelt meldeten sich auch Frauen zu Wort. Ende des 19. Jahrhunderts gründeten sie die ersten Bildungsvereine, forderten Zugang zum Gymnasium, zur Universität und anderen Ausbildungsgängen. Diese Initiativen standen im Kontrast zum bürgerlichen Frauenbild, das keine außerhäuslichen Aktivitäten für das weibliche Geschlecht vorsah. Schon der Wunsch nach Bildung stieß bei vielen Männern auf Unverständnis. Die ersten Frauenrechtlerinnen brauchten daher Mut, Durchsetzungswillen und Hartnäckigkeit, um ihre Forderungen vor der Familie und in der Öffentlichkeit zu vertreten.

Um 1900 begannen einige wenige Frauen, politische Forderungen zu stellen. Es war nur eine verschwindende Minderheit des weiblichen Geschlechts, die sich für politische Partizipation einsetzte. Die große Mehrheit hatte die gängigen Geschlechterrollen so verinnerlicht, dass sie gar nicht auf die Idee kam, sich aktiv an der Politik beteiligen zu wollen.

Im internationalen Vergleich wurde das Frauenwahlrecht im Deutschen Reich relativ früh eingeführt – nach einer eher kurzen Zeit des Kampfes. In vielen Ländern hatten Frauen länger darum gerungen. 9% der Abgeordneten in der Weimarer Nationalversammlung von 1919 waren Frauen, das war auch im internationalen Vergleich ein hoffnungsvoller Start. Doch mit den weiteren Wahlen sank der Anteil von Frauen im Reichstag kontinuierlich. Die ganze Weimarer Republik ist gezeichnet vom Kampf der Politikerinnen um Mandate und aussichtsreiche Listenplätze. Während das aktive Wahlrecht der Frauen allgemein akzeptiert war, stieß das passive Wahlrecht in der Praxis auf viele Widerstände.

Im Gegensatz zu den Hindernissen in der Politik veränderte sich der gesellschaftliche Radius vieler Frauen im Laufe der 1920er Jahre deutlich. Neue Berufsperspektiven und Freizeitangebote, gelockerte Moralvorstellungen und praktische Kleidermoden ohne Korsett öffneten der „Neuen Frau“ bisher unbekannt Möglichkeiten. Als Prototypen dieses neuen Frauenbildes galten junge, ledige, weibliche Angestellte in den Städten. Die Neue Frau war aber kein statisches Modell, sondern ein Übergangsgeschöpf auf der Suche nach künftigen Rollenmustern, bis das NS-Regime Frauen ihre Freiräume nahm und ihren Handlungsspielraum seinen politischen Zielen unterordnete. Dazu gehört, dass nach 1933 de facto das passive Frauenwahlrecht aufgehoben wurde. Es wurde ein einseitig männliches Politikverständnis propagiert und eine Reihe von Frauenrechten wieder aufgehoben.

Während des Zweiten Weltkriegs und in der Nachkriegszeit hatten Frauen in vielen Bereichen – jenseits von Rollenbildern – die Arbeiten von Männern übernommen und öffentliche Positionen in den Kommunen besetzt. Doch nach der Rückkehr der Männer aus Krieg und Gefangenschaft mussten die meisten weiblichen Beschäftigten ihren Beruf wieder aufgeben. Bald setzte sich ein sehr traditionelles Frauenbild durch, das im Kaiserreich wurzelte. Mutterschaft und Hausarbeit wurden

wieder als Ideal propagiert – ungeachtet der Tatsache, dass der Anteil erwerbstätiger Ehefrauen und Mütter in den 1950er Jahren stieg. In ideologischer Abgrenzung zur DDR wurde ein Aufbrechen der starren Rollentrennung „erfolgreich“ abgewehrt. In der Politik waren Frauen nach wie vor stark unterrepräsentiert und im Kabinett der Bundesregierung bis 1961 gar nicht vertreten.

In den 1960er Jahren eröffneten sich durch erweiterte Bildungsangebote und die „Pille“ als Mittel der Familienplanung neue Wege für die Frauen. Der Minirock wurde zum Symbol eines neuen Lebensgefühls. Im Kontext der Studentenbewegung entwickelte sich die neue Frauenbewegung, die die traditionelle Arbeitsteilung der Geschlechter in Frage stellte und Tabus aufbrach. In den 1970er Jahren trug sie die Idee der Selbstbestimmung nachhaltig in weite Kreise der Bevölkerung. Langsam machte sich ein Wertewandel in der Gesellschaft bemerkbar.

Der erste Teil unserer Ausstellung fängt mit der alten Frauenbewegung im 19. Jahrhundert an, mit der Verbreitung der neuen Frauenbewegung in den 1970er Jahren endet der zweite Teil. Die ersten Frauenrechtlerinnen erkämpften sich das Recht auf Bildung und politische Partizipation. Die Durchsetzung gleicher Rechte im Bürgerlichen Gesetzbuch gelang erst durch das Engagement späterer Generationen, als die neuen Ehe- und Scheidungsgesetze 1977 in Kraft traten. Die autonome Frauenbewegung kämpfte für Selbstbestimmung, die Abschaffung des § 218 und eigene Frauenräume. Sie veränderte damit die bundesdeutsche Gesellschaft und Politik nachhaltig.

Unter dem Einfluss der Frauenbewegung führte die Partei „Die Grünen“ 1980 zu ihrer Gründung eine 50-Prozent-Quote für Frauen bei der Besetzung von Ämtern und Wahllisten ein. Das setzte zumindest die SPD unter Zugzwang, ebenfalls eine Frauenquote zu verabschieden, und langsam wandelte sich das Geschlechterverhältnis in der Politik. Doch von einer Gleichstellung sind wir heute noch weit entfernt. Auch nach 14 Jahren weiblicher Kanzlerschaft sind Frauen in führenden politischen Positionen keine Selbstverständlichkeit. In NRW, dem Bundesland mit den weitaus meisten Großstädten, amtiert zurzeit nur eine Oberbürgermeisterin – das ist Henriette Reker aus Köln, wie sie am 8. März 2019 in ihrer Ansprache erwähnte.

Zum 100. Jubiläum des Frauenwahlrechts gab es viele schöne und hoffnungsvolle Worte – doch folgen ihnen auch Taten? Als erstes Bundesland verabschiedete Brandenburg am 31. Januar 2019 ein Paritätsgesetz. Es schreibt vor, dass die Listenplätze aller Parteien zu Landtagswahlen künftig im Wechsel von Frauen und Männern besetzt werden müssen. Sofort regte sich Widerspruch, einige Oppositionsparteien kündigten eine Klage vor dem Verfassungsgericht an. Der Kampf ist noch nicht vorbei.

Marianne Pitzten

Kunst und Gesellschaft

Die weibliche Kunstgeschichte und ihr Einfluss auf die Gesellschaft sind noch lange nicht vollständig erforscht. Was die Frauenmuseen wie das Verborgene Museum, Berlin, und andere Unbeirrbarere hochgehalten haben, kommt zunehmend in die allgemeinen Museen und führt zu beindruckenden Erfolgen, z.B. die One-Women-Shows der Ur-Feministinnen Katharina Sieverding oder Marina Abramovic. Es findet eine Neubewertung der Kunst von Frauen statt.

Die Ausstellung „Frauenpolitischer Aufbruch“ zeigt Arbeiten von zeitgenössischen KünstlerInnen, von denen sich einige mit den Künstlerinnen befassen, die schon um 1900 sehr bewusst ihren eigenen Weg gewählt hatten. **Carola Paschold widmet sich Gabriele Münter** und stellt sie mit ihrer tragbaren Staffelei in sommerliche Lichtverhältnisse, wie sie selbstbewusst die Freiheit genießt, die sie sich als Künstlerin nahm. Aus ihren Tagebüchern geht dennoch hervor, dass sie gegen Selbstzweifel ankämpfen musste, gegen Intrigen.

Herbert Döring-Spengler nimmt das Selbstportrait von **Käthe Kollwitz** und verfremdet es durch seine spezielle Technik der Polaroid-Fotografie, bis es geradezu monumental erscheint. Ein Gesicht wie ein Konzentrat des Leidens durch Krieg und Verluste. Für Käthe Kollwitz war Kunst notwendigerweise mit ihrer politischen Haltung identisch, gegen Armut und Not, gegen Krieg und seine Folgen. Sie engagierte sich auch für die Anerkennung von Künstlerinnen. **Corinna Heumann** erinnert mit ihrem Wandbild an das **Fotoatelier Elvira von Anita Augspurg und Sophia Goudstikker**. Beide waren wegweisend in ihrem künstlerischen Metier als auch in der Politik für die Frauen. Ihr berühmtes Münchner Fotoatelier wurde 1933 von den Nazis okkupiert. Im Großformat portraitierte **Jutta Hellweg Rosa Luxemburg und Clara Zetkin**. Eine winzige Zeichnung von **Marianne Schröder** stellt Clara Zetkin ganz anders dar: alt und voller Zorn auf die politische Lage.

Die Revolution 1918 findet in den acht wüsten weiblichen Figuren von **Maria Pudelko** passenden Ausdruck. Frauen hofften nach dem verheerenden Ersten Weltkrieg auf den Umbruch und Erfüllung ihrer Forderung nach Wahlrecht und Fortschritt. **Marlies Obier** lässt neben den Protagonistinnen der Frauenbewegung vor allem **Marie Juchacz** auftreten, die als erste Frau vor dem Reichstag am 19. Februar 1919 eine Rede hielt, eine Rede, deren Klarheit bis heute nachhallt. Künstlerinnen mischen sich mit Feuereifer ins politische Geschehen ein: **Alice Lex-Nerlinger** wird mit ihren eigenen Werken vorgestellt. Ins Auge fällt ihr berühmtestes Werk gegen den § 218. Frauen stürzen das Trauma ihres Daseins in Form eines mächtigen Kreuzes um, gegen den Staat und die Kirche. Eher beobachtend die Fotoarbeiten von **Käthe Augenstein**: wie zeigt sie sich, die neue Frau der 20er- und 30er-Jahre?

Das Großformat von **MAMU** erzählt von zwei todesmutigen Frauen, wie sie Kinder vor dem Nationalsozialismus retten. In unmittelbarer Nähe stehen wie Heldinnen die lebensgroßen Holzskulpturen von **Kari Stettler** im dunklen Raum. Die siebte Figur ist noch im Holzstamm gefangen. **Bertamaria Reetz** hofft auf die Demokratie: Hände erheben sich zur Abstimmung, Hände bewegen einen Globus. Frauen müssen bei den Friedensverhandlungen unbedingt teilnehmen und stimmberechtigt sein.

Den Trümmerfrauen in der Nachkriegszeit setzt **Biggi Slongo** ein Denkmal: Die harte Arbeit wird durch Steine im Büstenhalter symbolisiert. Höchst ironisch der „Rosinenbomber“, ein altes Bonbonglas, das die Schweizer Künstlerin mit Schoko-Miniaturflugzeugen füllt.

Heidi Adrian malt das Bildnis von Elisabeth Selbert wie ein Wahlplakat in starken Farbflächen. Der großen Juristin verdanken wir den Gleichberechtigungsparagrafen im Grundgesetz 1949. Die Frauen der 50er-, 60er-Jahre bringt **Kristina Kanders** ins Bild, sie lässt die fleißige Hausfrau in den Tapeten

ihres trauten Heims verschwinden. Über den Wert der Hausarbeit wird noch heute gestritten. Weibliche Kreativität fand ein Betätigungsfeld in den Schnittmustern der Zeitschrift BURDA, die von **Aenne Burda** herausgegeben wurde. **Marlene Leal da Silva Quabeck** inszeniert ihren Arbeitsplatz.

Doch ansonsten war die Kunst in der Zeit des Wirtschaftswunders kaum gefragt. Im Zweiten Weltkrieg hatten unzählige Künstlerinnen ihr Lebenswerk verloren und erhebliche existenzielle Probleme. Hingegen völlig ungebrochen machten sich die männlichen Kollegen bemerkbar und verdrängten die Künstlerinnen an den Rand. Der wiederbelebten GEDOK, Gemeinschaft der Künstlerinnen und Kunstfreunde, blieben nur die düsteren Foyers und mäßiger Ruf. Die erste documenta war nahezu frauenlos.

Sarah Schumann war schon weit vor 1968 bewusst, dass sich Frauen in der Kunst wehren müssen. Die Sprache ihrer Bilder ist schon überdeutlich. Später wirkt sie entscheidend in der nun zweiten Frauenbewegung mit, Brot & Rosen, Frauen und Film u.a. Mit Evelyn Kuwertz, Ursula Bierther u.a. realisiert sie 1975/76 die umfassende Ausstellung „Künstlerinnen international“ im Schloss Charlottenburg, Berlin, die auch vergessene Künstlerinnen wieder ans Licht holt wie Hannah Höch, Gerta Overbeck ...

Nicht wenige Künstlerinnen begeben sich auf die Spurensuche in ihrer eigenen Biografie, so **Angelina Gradisnik** und **Irmtraud Büttner-Hachmeister**. Ein weiterer Schwerpunkt der Künstlerinnen heute ist die Sorge um die Natur und die Verbindung mit ihr. So sind in den Arbeiten der jungen Künstlerinnen **Pari, Melanie und Sharon Calman** viel eigentümliches Leben & Weben in den Bäumen. Selbstredend stehen Bäume für Leben, das mit seinen unendlich reichen Formen erfreut als wundersame Metapher für unser Dasein.

Schlussendlich kam eine gläserne Frauengestalt direkt aus **Anne Beikirchers** Atelier, bzw. aus den letzten Brennvorgängen und kaum erkaltet in das Ausstellungsgeschehen. Anne Beikircher arbeitet seit jeher mit Glas und Transparenz. Die Frau aus Glas ist mit Zeichen der Geschichte und Gegenwart versehen, sie gewährt zweifellos den vollen Durchblick in dieser komplexen Welt!

So weit ein kurzer Weg durch die Doppelausstellung „Frauenpolitischer Aufbruch...“. Geplant ist das Folgeprojekt im Jahr 2021, wenn das Frauenmuseum 40 Jahre alt wird. Künstlerinnen hatten sich Anfang der 70er-Jahre die Videotechnik und Fotografie als ihr Medium angeeignet. Damit waren sie in der Lage, das bis dahin genormte Bild der Frau in der Gesellschaft zu entlarven als ein Herrschaftsinstrument. Seitdem haben sich Erscheinungsbild, Lebensentwürfe und Rollenmuster von Männern und Frauen deutlich verändert. Neue Entwicklungen lassen hoffen: Hörte man lange Zeit Klagen über die jungen Frauen, dass sie an der Geschichte der Frauenbewegung kein Interesse hätten, so gründen sie heute wieder (Künstlerinnen)-Gruppen und neue Zeitschriften, neben ihren Blogs im medialen Rauschen, und sie nennen sich wieder bewusst Feministinnen, haargenau wissend, was sie tun. Werden bis 2021 die rückschrittlichen Tendenzen in Europa und weltweit noch bedrohlicher? Die im Iran geborene Künstlerin **Homa Emami** prangert in ihrer Installation 10 Staaten der Weltgemeinschaft an, die Frauenrechte am schlimmsten zu missachten. Sollten Frauen, Künstlerinnen und Netzwerkerinnen nicht alles tun, um die Frauenfeinde zurückzudrängen? Mit ihren Mitteln und Medien sind Frauen nicht machtlos!

Blick in die Ausstellung



Fotos: Horst Pitzen

Ewa Partum



Arno Mersmann



Installation:
Zarah Leander
Curt Deleander und Mariola
2018



Historischer Teil I und II

Bettina Bab

„Wir dürfen uns nicht in unser Schneckenhaus zurückziehen.“

Der Kampf der bürgerlichen Frauen um das Frauenwahlrecht

Ein bahnbrechendes Ereignis war die erste Veranstaltung bürgerlicher Frauen zum Frauenwahlrecht, die im Dezember 1894 in Berlin stattfand. Der fortschrittliche Verein „Frauenwohl“ unter der Leitung von Minna Cauer organisierte die Veranstaltung, in der die bürgerliche Frauenrechtlerin Lily von Gizycki, die später in die SPD eintrat, eine zündende Rede über die „Die Bürgerpflicht der Frau“ hielt. Darin widerlegte sie weit verbreitete Vorurteile und wies darauf hin, dass die US-Bundesstaaten, die das Frauenwahlrecht schon eingeführt hatten, keine negativen Erfahrungen gemacht hatten und dass die Weiblichkeit der Frauen im Wahllokal nicht mehr gefährdet sei, als wenn sie harte körperliche Leistungen erbringen mussten. Kerngedanke war, dass die Frauen ohne das politische Stimmrecht nicht ihre Pflichten im Staat erfüllen könnten. „Uns deutsche Frauen starrt das Elend und die Ungerechtigkeit auf Schritt und Tritt entgegen. Für jedes dem Laster geopferte Mädchen, für jede hungernde Frau ... sind wir mitverantwortlich, solange wir nicht die heilige Verpflichtung fühlen mit unserer ganzen Kraft ... für die leidende Menschheit einzutreten. Wir dürfen uns nicht in unser Schneckenhaus zurückziehen. ... Die Pflicht gebietet uns, das zu fordern, was jedem Mann gewährt ist [das Wahlrecht, B.B.] und was uns alle fähig macht, die Tugend zu schützen, die Not zu bekämpfen, der Gerechtigkeit zum Sieg zu verhelfen.“ (von Gizycki, S. 24)

Die Versammlung war ein umwerfender Erfolg, sie war nicht nur sehr gut besucht, die Rede stieß außerdem auf großen Beifall, so dass sie in Breslau und Dresden wiederholt wurde. Ein Teil der Mitglieder von „Frauenwohl“ hatte im Vorfeld große Befürchtungen gehabt, dass die Polizei einschreiten würde. Doch der erfolgreiche erste Schritt einer öffentlichen Forderung politischer Rechte für die Frauen ermutigte die Zögernden, die zuvor ihre Arbeit durch einen Auftritt in der breiten Öffentlichkeit gefährdet gesehen hatten.

Wenige wahlberechtigte Frauen

Es ist wenig bekannt, dass ein sehr kleiner Teil der Frauen im Deutschen Kaiserreich ein indirektes Wahlrecht besaß. Die Befugnisse waren so gering, dass nicht von einem Frauenwahlrecht gesprochen werden kann. Gemäß Bundeswahlgesetz von 1869 galt im deutschen Kaiserreich für die Reichstagswahl das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht für Männer ab 25 Jahren. In den Bundesstaaten gab es dagegen unterschiedliche Wahlgesetze. Nur in Baden, Württemberg und Elsass-Lothringen wurde das allgemeine Wahlrecht auch auf Länderebene festgeschrieben, meistens war es an einen Zensus gebunden wie das Dreiklassenwahlrecht in Preußen. Zensuswahlrechte waren ungleich, denn sie schlossen einen Teil der Bürger aus. Das preußische Wahlrecht war nicht einmal geheim. Wahlen fanden öffentlich statt, und zwar an Werktagen.

Frauen waren bei den Wahlen auf Landes- und Bundesebene ganz ausgeschlossen. Begründung war die Steuerleistung, die die Basis für das Bürgerrecht und damit für die Ausübung des Wahlrechts war. Das bedeutete, dass das Wahlrecht an die Zahlung von Steuern gekoppelt war. Frauen waren zum ganz überwiegenden Teil nicht steuerpflichtig, außer wenn sie Grund- und Hausbesitzerinnen waren. In den meisten Bundesländern hatten sehr wenige Frauen ein eingeschränktes kommunales Wahlrecht, das an Grund und Boden, Besitz oder ein selbständiges Unternehmen gebunden war und nur durch einen männlichen Vertreter ausgeübt werden konnte. Dies galt aber nicht in der Rheinprovinz, jedoch im restlichen Preußen.

Die Staaten, in denen Frauen ein indirektes Wahlrecht hatten, gestattete keine persönliche Stimmabgabe. Der Ehemann galt immer als gesetzlicher Vertreter seiner Frau, denn eventuelle Steuern der Ehefrau wurden automatisch dem Ehemann zugerechnet. Selbständige ledige Frauen konnten in der Regel einen Vertreter wählen. Jeder Mann konnte nur eine Vertretung übernehmen. Es herrschte Uneinigkeit, ob der Vertreter nach den Instruktionen seiner Vollmachtgeberin handeln musste. Die Modalitäten der Vertretungsregelung unterschieden sich in den einzelnen Bundesländern. In Preußen war eine beglaubigte Vollmacht vorzuweisen, was gewissen Kosten und bürokratischen Aufwand verursachte. Nur wenige Frauen unter den Wahlberechtigten waren sich über ihr Recht bewusst und nur ein geringer Prozentsatz übte es tatsächlich aus.

Die Frauenbewegung und das Wahlrecht

Die Gründungen des Frauenbildungsvereins und des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins – beides 1865 in Leipzig – gelten als Geburt der deutschen Frauenbewegung. Ab den 1870er Jahren entstanden in Berlin und einigen anderen Städten vielfältige Frauenvereine, die sich um das ganze Spektrum Frauenbildung und –erwerbsarbeit positionierten; nur wenige hatten einen eindeutig frauenemanzipatorischen Ansatz. In manchen Gegenden wie dem Rheinland kam es erst deutlich später zu frauenrechtlerischen Aktivitäten. Von Forderungen nach Gleichberechtigung war im 19. Jahrhundert fast noch nie die Rede.

Eine Ausnahme waren Louise Otto Peters und Hedwig Dohm. Bereits 1843 nahm die Schriftstellerin Louise Otto Peters in den Sächsischen Vaterlandsblättern Stellung zur Frauenpolitik und erklärte: „Die Teilnahme der Frau an den Interessen des Staates ist nicht ein Recht, sondern eine Pflicht.“ Sie war die erste Deutsche, die ein zukünftiges Wahlrecht für Frauen forderte. Hedwig Dohm, ebenfalls Schriftstellerin, veröffentlichte 1876 ihr wichtigstes Werk „Der Frauen Natur und Recht“. Im Rahmen einer demokratischen Ordnung forderte sie staatsbürgerliche Gleichheit für beide Geschlechter. Sie sah die politische Rechtlosigkeit als Ursache für die Unterdrückung der Frauen, daher verurteilte sie die damaligen Wahlrechte als Mittel männlicher Interessensvertretung. Da sich kein überzeugender Grund für den politischen Ausschluss der Frauen finden ließ, so war ihre Schlussfolgerung, „leben wir nicht in einem Recht- sondern in einem Gewaltstaat“. (zit. n. Rosenbusch, S. 293)

Auf sozialistischer Seite forderte August Bebel 1879 in seiner Veröffentlichung „Die Frau und der Sozialismus“ die rechtliche Emanzipation der Frauen. 1891 gelang es ihm, die Forderung nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht für beide Geschlechter im SPD-Parteiprogramm durchzusetzen. 1895 reichte die SPD den ersten Gesetzesentwurf zum Frauenstimmrecht im Deutschen Reichstag ein. Ansonsten hielten sich die Genossen in diesem Punkt eher zurück. Unter den Genossinnen trat Clara Zetkin als wichtigste Kämpferin für das Frauenwahlrecht hervor. Das Stimmrecht für beide Geschlechter betrachtete sie als bedeutendes Instrument im Kampf gegen den Kapitalismus. In der von ihr herausgegebenen Zeitschrift „Die Gleichheit“ und in zahlreichen Veranstaltungen forderte sie seit Beginn der 1890er Jahre dieselben politischen Rechte für Frauen und Männer, bevor die ersten bürgerliche Frauen damit in die Öffentlichkeit traten.

Der politische Kampf wurde Frauen im Deutschen Reich sehr erschwert, denn die Gesetzgebung schränkte ihr politisches Engagement gravierend ein. In den meisten Bundesstaaten war es Frauen ebenso wie Minderjährigen verboten, in politische Vereine einzutreten und an politischen Versammlungen teilzunehmen. Darunter litten vor allem sozialistische Frauenrechtlerinnen, aber mitunter auch bürgerliche. Viele Frauenvereine mit emanzipatorischem Anspruch wurden als Bildungs- oder karitative Vereinigung getarnt.

1894 war der „Bund Deutscher Frauenvereine“ (BDF) als Dachverband der bürgerlichen Frauenbewegung begründet worden. Sozialdemokratische Frauenvereinigungen waren von der Mitgliedschaft ausgeschlossen. Der Bund trat vor allem für Frauenbildung, besseren Arbeitsbedingungen und

gesellschaftliche Partizipation im sozialen Bereich ein. Um möglichst viele Frauenorganisationen vereinen zu können, verfolgte der BDF eine gemäßigte Politik und vermied es, radikal erscheinende Forderungen zu formulieren. Politische Rechte wie das Frauenstimmrecht galten als Fernziel und wurden erst später eingefordert.

Der erste große gemeinsame Kampf der Frauenbewegung war der Protest gegen das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB), das 1900 in Kraft trat. Es zementierte die untergeordnete Stellung von Ehefrauen und verschärfte sie teilweise sogar. Besonders diskriminierend waren die Paragraphen zur wirtschaftlichen Unmündigkeit von verheirateten Frauen und zur Verankerung der sogenannten Hausfrauenehe. Der Ehemann hatte das Recht, den Arbeitsvertrag seiner Frau zu kündigen. Als Reaktion auf den zweiten Entwurf des BGB, der 1895 im Reichstag eingereicht wurde, gab es mehrere Reformvorschläge von den ersten Juristinnen Dr. Anita Augspurg und Marie Raschke sowie vom Bund Deutscher Frauenvereine. Die Eingaben mussten im Reichstag behandelt werden, aber Fraueninteressen fanden kein offenes Ohr. Die Frauen mussten die Erfahrung machen, dass sie keine rechtliche Verbesserung durchsetzen konnten.

Der fortschrittliche Teil, der sogenannte radikale Flügel, zog daraus die Konsequenz, dass Frauen im Reichstag vertreten sein müssten, um mehr Rechte für das weibliche Geschlecht durchsetzen zu können, und begann, das Frauenstimmrecht zu fordern. Für diese Gruppe unter der Führung von Augspurg, Heymann und Cauer war die Frauenfrage in erster Linie eine Rechtsfrage. Von der politischen Mitarbeit gleichberechtigter Bürgerinnen erwarteten sie die Verabschiedung von Gesetzen, die Frauen ein freies und gleichberechtigtes Leben ermöglichen sollten. Ihre Argumente bezogen sich auf Gerechtigkeit und Menschenwürde.

Im Gegensatz dazu ging der gemäßigte Flügel der Frauenbewegung unter der Führung von Helene Lange vom Unterschied der Geschlechter aus und stützte seine Forderung nach Frauenrechten auf die Differenz von Frau und Mann. Da sich der reine Männerstaat nicht bewährt hatte, müsste die Frau die weiblichen Eigenschaften einbringen. Aufgrund der Verschiedenheit der Geschlechter brauchte die Frau eine eigene Stimme, denn der Mann könnte nicht für sie sprechen und entscheiden. Politische Gleichberechtigung sah sie als Mittel zum fernen Ziel einer neuen gerechten Gesellschaft, nicht als Ziel selbst.

Erreicht werden konnte das Frauenwahlrecht nach Langes Meinung nicht durch Agitation, sondern nur durch überzeugende Leistungen. Daher müssten alle Hindernisse beseitigt werden, die Frauen daran hinderten Leistungen zu zeigen. Sie sprach sich dafür aus, dass Frauen in den Gemeinden, in der Schulverwaltung, Universitäten und den verschiedensten Berufen aktiv würden. Dabei stand nicht der emanzipatorische Anspruch auf politische Teilhabe im Vordergrund, sondern die Erfüllung von Pflichten.

Zersplitterung der Bewegung für das Frauenstimmrecht

Zu Beginn des Jahres 1902 gründete die Juristin Dr. Anita Augspurg mit Gleichgesinnten den Deutschen Verein für Frauenstimmrecht in Hamburg, da es hier ein liberaleres Vereinsgesetz gab, das die frauenpolitischen Aktivitäten nicht verbot. Vereinsziel war die Erlangung des aktiven und passiven Wahlrechts. Sofort entfaltete der Verein vielfältige Tätigkeiten: In kürzester Zeit organisierte er sechs öffentliche Veranstaltungen und bekam eine Audienz beim Reichskanzler von Bülow, dem eine Delegation ihre Forderung nach politischer Partizipation von Frauen darlegte. Der Verein gab die „Zeitschrift für Frauen-Stimmrecht“ heraus und trat 1902 dem Bund Deutscher Frauenvereine bei. Dort brachte er das Thema Frauenstimmrecht auf die Tagesordnung. Wenn der Bund sich auch nicht offen dafür einsetzte, so gab es immerhin erste positive Stellungnahmen.

1904 benannten die Frauenrechtlerinnen den Verein in „Deutscher Verband für Frauenstimmrecht“ um, um so ein Vereinsverbot zu umgehen. Trotz der gesetzlichen Hindernisse gelang es, durch Vortragstätigkeiten und unermüdliche Kleinarbeit vor Ort, ein weit verzweigtes Netz aufzubauen;

Ortgruppen wurden gegründet und Einzelpersonen aufgenommen. Größere Mitgliedsgruppen waren in Berlin, Frankfurt/Main und München zu verzeichnen, etwas kleinere Gruppen in Bremen, Danzig, Hannover, Leipzig und Königsberg. 1906 bildeten sich Landesvereine in Baden, Württemberg, Preußen und Sachsen, nach und nach kamen immer mehr Bundesländer hinzu. Bis zur Verabschiedung eines reichsweiten liberalen Vereinsgesetzes 1908 hatte der Verband 2242 Frauen und 216 Männer an Mitgliedern.

Nachdem Frauen die Mitgliedschaft in politischen Vereinen nicht mehr untersagt war, stieg die Zahl der Mitglieder schnell an. Es wurde deutlich, dass nicht alle aktiven Frauen dieselben Vorstellungen vom Wahlrecht ihres Geschlechts hatten. 1907 nahm die Mitgliederversammlung des Stimmrechtsverbands die Forderung nach dem allgemeinen gleichen geheimen und direkten Wahlrecht für beide Geschlechter in ihre Satzung auf. Es ist anzunehmen, dass dies für die Initiatorinnen des Verbands so selbstverständlich war, dass sie nicht auf den Gedanken gekommen waren, die Art des geforderten Wahlrechts in die Satzung genau zu definieren. Diese Forderung stieß bei konservativen Frauen auf Ablehnung, die nicht für eine allgemeine Emanzipation eintraten, sondern für ihre Rechte als Bürgerliche.

Auslöser der Auseinandersetzungen war der §3 in der Satzung des Stimmrechtsverbands, der parteipolitische Neutralität vorsah. Da die SPD seit 1891 die Forderung nach dem allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrecht für Frauen und Männer in ihr Parteiprogramm aufgenommen hatte, wurde dies als ein explizit sozialdemokratischer Anspruch wahrgenommen, von dem sich bürgerliche Frauen distanzieren. Es war für viele unvorstellbar, dasselbe wie die SPD zu fordern. Sie erhoben ihre Stimme für das Wahlrecht, das die Männer ausübten. 1909 gründeten sich der Schlesische und der Westdeutsche Verband für Frauenstimmrecht, die sich zwei Jahre später mit anderen konservativen Gruppierungen zur Deutschen Vereinigung für das Frauenstimmrecht unter der Leitung von Li Fischer-Eckert zusammenschlossen.

Helene Weber, spätere Zentrums- und CDU-Abgeordnete, war in der Propaganda-Kommission dieser Vereinigung aktiv. In ihrer Rede zur Generalversammlung des Westdeutschen Verbands 1912 beschuldigte sie den fortschrittlichen Deutschen Verband für Frauenstimmrecht, dass er mit seiner Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht die konservativen Frauen ausschließe und die Bewegung spalte, der Westdeutsche Verband dagegen wolle alle Frauen unter seiner Fahne vereinen und fordere daher dasselbe Wahlrecht, das die Männer haben oder haben werden. In Preußen hätte dies das Dreiklassenwahlrecht für Frauen bedeutet. Es muss Helene Weber klar gewesen sein, dass die Arbeiterklasse das Dreiklassenwahlrecht ablehnte. Sie wollte aber keine grundsätzliche Änderung der Gesellschaft, sondern nur Gleichberechtigung im Rahmen der herrschenden Verhältnisse.

Elsbeth Krukenberg, stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Vereinigung, betonte 1910 im „Centralblatt“, dem Organ der gemäßigten Frauenbewegung, dass der Verband sich bewusst auf kein spezifisches Stimmrecht festgelegt habe, um keine Frauen auszuschließen. Obwohl sie dasselbe Wahlrecht für Frauen anstrebte, das Männer ausübten, lehnte sie das Reichstagswahlrecht für Frauen ab.

Anna Lindemann entgegnete ihr in der nächsten Ausgabe des Centralblatts: „... in einem Lande, wo alle über 25 Jahre alten Männer das Reichstagswahlrecht haben, wo in verschiedenen Bundesstaaten alle über 25 Jahre alten männlichen Staatsangehörigen das gleiche usw. Wahlrecht zu den Landtagen haben oder doch energisch haben wollen, ... in einem solchen Lande scheint mir die obige Formulierung für Frauen, die sich nicht auf das Reichstagswahlrecht festlegen wollen, gelinde gesagt, etwas unglücklich zu sein.“ (S.3) Sie appellierte an alle Leserinnen der Zeitschrift, sich – unabhängig von der parteipolitischen Zugehörigkeit – gegen das System der Bevormundung zu wehren, das alle Frauen betreffe. Als weiteres Argument für das allgemeine Wahlrecht führte sie die geringe Wahlbeteiligung bei den letzten Wahlen zum Preußischen Landtag an. Da wäre doch der nächste logische Schluss, das Dreiklassenwahlrecht aufzuheben und ein demokratisches Wahlrecht für alle einzuführen. Damit würde die Wahlbeteiligung sehr steigen.

Toni Breitscheid, Vorsitzende der Berliner Ortgruppe des Deutschen Verbands legte in ihrer Broschüre „Die Notwendigkeit der Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen Wahlrechts“ von 1909 dar, dass das Dreiklassenwahlrecht, das auf der Basis der Steuerzahlungen beruht, den bürgerlichen Ehefrauen überhaupt nichts bringen würde, da sie nicht erwerbstätig waren. „Daher ist es völlig unlogisch, warum Frauen dieses Wahlrecht fordern, das sie so rechtlos bleiben lässt, wie sie sind.“ Es ist fraglich, ob die Mehrheit des konservativ-gemäßigten Flügels sich dieser Problematik bewusst war.

Obwohl mit der Abspaltung der konservativen Vereinigung für das Frauenstimmrecht die Meinungsverschiedenheiten im ursprünglichen Verband für das Frauenstimmrecht nicht mehr so extrem waren, herrschte dennoch keine Eintracht über das angestrebte Ziel. Die Frage, ob die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht für beide Geschlechter mit der parteipolitischen Neutralität in Einklang stand, erregte weiter die Gemüter. Anita Augspurg schlug daher vor, das allgemeine Wahlrecht nur für Frauen zu fordern, was garantiert keinem parteipolitischen Programm entsprach. Aus Mangel an mehrheitsfähigen Alternativen wurde dieser Vorschlag angenommen, nicht aus Überzeugung. Bei der Generalversammlung in Eisenach 1913 kam es zur weiteren Spaltung, weil es keine Einigung für ein demokratisches Wahlrecht gab. Große Teile der früheren Führungsriege verließen den Verband, ebenso der bayrische Landesverein, der Hamburger Verein, Teile des Bremer Vereins und später der badische Landesverein. Augspurg und Heymann gründeten daraufhin die dritte Organisation, den Deutschen Bund für das Frauenstimmrecht, der das Reichstagswahlrecht für alle forderte, also das allgemeine gleiche Wahlrecht. Der Deutsche Bund arbeitete ohne einen Vorstand, Lida Gustava Heymann als Schrift- und Geschäftsführerin kümmerte sich um alle geschäftlichen Angelegenheiten. Die inhaltliche Arbeit fand in 15 bis 20 Ortsgruppen statt.

1913 hatte der zuerst gegründete Verband für Frauenstimmrecht fast 9.000 Mitglieder in 90 Ortsgruppen und 11 Landesvereinen. Die konservative Vereinigung für Frauenstimmrecht hatte 1914 3.500 Mitglieder in 37 Ortsgruppen. Auch wenn der neue Deutsche Bund schnell Mitglieder gewann, blieb er die kleinste der drei Gruppierungen. In Relation zur gesamten Bevölkerung von ca. 68 Millionen vor dem Ersten Weltkrieg – davon mindestens 34 Millionen Frauen – waren die Frauenrechtlerinnen eine verschwindend geringe Minderheit von nicht einmal einem Promille.

Das Kommunale Frauenwahlrecht als erster Schritt

In den Jahren nach der Gründung des Deutschen Vereins für Frauenstimmrecht befürworteten der Bund Deutscher Frauenvereine (BDF) und der Allgemeine Deutsche Frauenverein nach und nach ein Frauenstimmrecht auf kommunaler Ebene, später schlossen sich die konfessionellen Frauenverbände der Forderung an. Dieser Punkt vereinte die Frauenbewegung, in der Zielvorstellung und der Taktik zeigten sich jedoch grundlegende Unterschiede der einzelnen Flügel. Während die Radikalen das Gemeindewahlrecht nur als ersten Schritt auf dem Weg zur Gleichberechtigung sahen, leiteten die Gemäßigten von der Ausübung kommunaler Pflichten die Notwendigkeit ab, Frauen kommunale Rechte zu gewähren. Schwerpunkt ihrer Arbeit war die Übernahme kommunaler Ehrenämter.

Da in der Industriegesellschaft die soziale Absicherung nicht mehr ausreichend über traditionelle Zusammenhänge garantiert war, hatte der Staat in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Fürsorgefunktionen übernommen. In der Erweiterung der Wohlfahrt sah die bürgerliche Frauenbewegung eine nie dagewesene Chance zu weiblicher Partizipation. „Hier fanden Frauen einen Pflichtenkreis, der es ihnen erlaubte, im Interesse des Gemeinwohls ihre besonderen Fähigkeiten einzusetzen und sich als nützliche Glieder des Volksganzen zu beweisen.“ (Rosenbusch, S. 346) Damit konnte die Frauenbewegung zwei Klappen schlagen: neue Berufsfelder für Frauen schaffen und zum Wohl des Staates beitragen. Helene Lange, Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins (ADF), plädierte dafür, dass die Frauen eine „reale Macht“ würden und im öffentlichen Leben so viel praktische Arbeit leisteten, dass sie nicht mehr wegzudenken wären. Sie schrieb, dass ein tüchtiger Stab von Armenpflegerinnen für das Frauenstimmrecht mehr leiste als Volksversammlungen mit schwungvollen Reden.

Der ADF vertrat bei seiner Generalversammlung 1905 folgenden Forderungskatalog: Zulassung von Frauen zu verantwortlichen Ämtern in Gemeinde und Staat, Zulassung als Schöffinnen und Geschworene, Aufhebung der vereinsrechtlichen Beschränkungen sowie Gewährung des kirchlichen, kommunalen und politischen Wahlrechts. Letztes war als Fernziel gedacht, ein „Glaubensbekenntnis“, das der ADF als Erbe von Louise Otto Peters zu wahren habe. (vgl. Bauer, S. 45ff) Zunächst ging es um die nicht unmittelbar politischen Stimmrechte für Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, Schul- und Krankenkassenverwaltungen und die Wohnungsinspektion. In der Phase zwischen 1902 und 1908 begann der gemäßigte Flügel der Frauenbewegung sogenannte unpolitische Wahlrechte im kommunalen Bereich zu definieren und auf diesem Weg Rechtsforderungen zu stellen, ohne sich offiziell auf das Gebiet der Politik zu begeben.

Neben dem ADF machten auch der BDF, der Deutsch-Evangelische Frauenbund und die diversen regionalen Stimmrechtsvereine das kommunale Wahlrecht zum Schwerpunkt ihrer Arbeit, sie organisierten Kurse für Bürgerkunde und entwarfen Flugblätter sowie Petitionen. Auf den Jahresversammlungen der Verbände wurden vielfach Resolutionen verabschiedet, die sich für das Gemeindewahlrecht, die Übernahme kommunaler Ämter und Fürsorgearbeit von Frauen aussprachen. Der BDF erhob 1910 erstmals „Das Bürgerrecht der Frau in der Gemeinde“ zum Thema der Generalversammlung. Die Delegierten plädierten für eine Neuregelung der Gemeindeordnung, verbunden mit der Umwandlung des indirekten in ein persönliches Wahlrecht und der eigenen Besteuerung von Ehefrauen. Damit würde das Wahlrecht wie bisher an die Steuerleistung gekoppelt bleiben.

1909 beschloss der ADF eine Zentrale für die Gemeindeämter der Frau zu gründen, um die politische Teilhabe von Frauen auf kommunaler Ebene zu erweitern als ersten Schritt auf dem Weg zur vollen Staatsbürgerschaft. Der Frankfurter Ortsverband übernahm die Einrichtung dieser Stelle. Unter der Leitung von Jenny Apolant wurden Informationen über die Stellung der Frauen in der Gemeinde sowie bestehende Rechte in verschiedenen Bundesländern gesammelt und Auskünfte gegeben. Darüber hinaus sollten Frauen über bestehende ungenutzte Rechte und Möglichkeiten aufgeklärt werden.

Die Zentralstelle stellte eine Zunahme der Frauenarbeit in den kommunalen Ämtern fest, die aber nicht mit einer Erweiterung der Rechte einherging. Der Verband Frankfurter Frauenvereine beantragte daher 1911 bei der Stadt Frankfurt mehr politische Rechte für Frauen – mit halbem Erfolg: Frauen erhielten das Recht, in verschiedenen Gemeindedeputationen zu beraten, nicht aber zu entscheiden, da dazu das Wahlrecht Voraussetzung war. Vorreiter im Deutschen Reich war das Land Baden. Die dortige Gemeindeverfassung von 1906 legte fest, dass Frauen in städtische Kommissionen berufen werden konnten, ab 1910 war die Übertragung kommunaler Ehrenämter an Frauen erstmals vorgeschrieben.

Im Einklang mit dem Dachverband legten viele konservative Gruppierungen den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf politische Bildung und organisierten Vorträge, so auch die Kölner Ortsgruppe. Große Aktionen, öffentliche Propaganda und gar Petitionen lehnte der Kölner Vorstand ab, stattdessen sprach er sich für „stille Diplomatie“ und Vernetzung mit der Nationalliberalen Partei aus. Die engagierten Kölnerinnen hofften, durch persönlichen Beziehungen und Überzeugungsarbeit „ihre“ Politiker für eine Unterstützung des kommunalen Stimmrechts gewinnen zu können. Als ersten kleinen Erfolg konnten Frauen seit 1912 als Zuhörerinnen an den Stadtratssitzungen in Köln teilnehmen. Der Vorstand empfahl allen Interessierten möglichst regelmäßig an den Sitzungen teilzunehmen, darüber zu berichten und Anregungen für neue Aufgaben mitzunehmen.

Strategien und Aktionsformen

Wahlkampfhilfe von Frauen

Die SPD war die erste Partei, die Frauen für den Wahlkampf rekrutierte. Die Wahlkämpfe 1898, 1903 und 1907 waren ein Gradmesser für die Wirksamkeit der Frauenaktivitäten. Die Vereinsgesetze gestatteten schon vor 1908 für die begrenzte Zeit des Wahlkampfes, dass sich auch Frauen politisch engagierten. Bei der Reichstagswahl 1898 stieg der Stimmenanteil für die SPD um 3,9% auf 27,2%.

Dieser Erfolg war der großen Frauenagitation zu verdanken: Besonders Martha Rohrlack, Luise Zietz und Clara Zetkin reisten durchs ganze Land, sprachen auf Versammlungen und riefen die Genossen auf, wählen zu gehen.

In der SPD wurden 1903 zahlreiche vorübergehende Frauenwahlvereine gegründet. Dem ersten Berliner Verein traten 229 Frauen in der Gründungssitzung bei, bis zum Ende seines Bestehens sieben Wochen später hatte er 900 Mitglieder. In diesem Jahr erhielt die SPD bei der Reichstagswahl 31,7% der Stimmen. Die sozialdemokratischen Frauen verteilten Broschüren, Flugblätter und Stimmzettel, machten Hausagitation, arbeiteten in Wahlbüros und trugen Standarten mit der Aufforderung „Wählt Sozialdemokraten“.

Nach und nach griff die bürgerliche Frauenbewegung das Beispiel auf, zuerst der fortschrittliche Verband für Frauenstimmrecht, später auch konservative Vereinigungen. Bei den Reichstagswahlen 1903 und 1907 riefen die Radikalen dazu auf, „frauenfreundliche Parteien“ zu unterstützen, aber sie koppelten ihr Unterstützungsangebot nicht an die Forderung, das Frauenwahlrecht in das Programm der Partei aufzunehmen. Erstmals gab es öffentliche Veranstaltungen der Bürgerlichen zum Thema Reichstagswahlen und Frauen. Im München betreuten Augspurg und Heymann bei dieser Reichstagswahl den Wahlkreis des Kandidaten Müller-Meinigen von der Freisinnigen Volkspartei. „Mit dem Rad oder zu Fuß klapperten sie die Dörfer ab und verteilten Flugblätter, rüttelten schläfrige Mitglieder und Vertrauensleute auf. Wo kein Aktiver zu finden war, machten die beiden die Wahlversammlung eben allein und ohne Partei ... Heymann leitete, Augspurg hielt das Referat.“ (Dünnebier, Scheu, S. 183)

Der Frankfurter Ortsverein war sowohl 1906 bei der Landtags- und der Stadtverordnetenwahl als auch bei der Reichstagswahl 1907 besonders aktiv. Mit den Wahlkampagnen gelang es, Wahlhelferinnen zu mobilisieren und auch neue Mitglieder für den Stimmrechtsverein zu gewinnen. Noch mehr profitierten die liberalen Kandidaten, für die sich die Frauenrechtlerinnen einsetzten. In Frankfurt hatten sie ein Wahlbüro eingerichtet, in dem sie Briefe beantworteten, telefonische Auskünfte erteilten, Wahlbriefe verschickten und Bezirkswählerlisten schrieben. Zu den Tätigkeiten gehörte es außerdem Flugblätter zu verteilen, Spenden einzusammeln zur Finanzierung des Wahlkampfes und Wahlhelferinnen zu verköstigen. Die Mitarbeit der Frauen in Wahlkämpfen stellte ein erfolgreiches Mittel der Öffentlichkeitsarbeit dar – trotz aller Bedenken, von den Parteien ausgenutzt zu werden. So wurde in der Presse viel über eine Veranstaltung berichtet, in der alle Kandidaten eingeladen wurden, um sich über ihre Position zum Frauenwahlrecht befragen zu lassen. In Frankfurt waren über 200 Frauen für den fortschrittlichen Liberalen Abgeordneten Oeser aktiv, der durch dieses Engagement in den Reichstag gewählt wurde. Irritiert mussten die Frauenrechtlerinnen später feststellen, dass die Liberalen nicht die Forderung nach dem gleichen Wahlrecht für Frauen und Männer unterstützen, sondern nur die Abschaffung des diskriminierenden Vereinsgesetzes.

Die Frauen in der Kölner Ortsgruppe des Westdeutschen Verbands bekamen erst 1912 eine Chance. Bei den Stadtratswahlen 1909 hatte die Nationalliberale Partei noch die ehrenamtliche Mitarbeit der Frauen abgelehnt, weil genug männliche Kräfte zur Verfügung standen. Bei der Stadtratswahl 1912 stellten sich 50 Damen zur Verfügung, um durch persönliches oder telefonisches Werben Wähler für die Nationalliberalen zu mobilisieren. Nach der Wahl engagierten sich einige Frauen weiter in der „systematischen“ Büroarbeit. Aber nur zwei Politiker unterstützten die Frauen in Köln hinsichtlich ihre Bildungsbestrebungen und der Öffnung kommunaler Ämter; von einem Befürworten des Frauenwahlrechts konnte nicht die Rede sein.

Verschiedene Schritte in die Öffentlichkeit

Der zuerst gegründete Deutsche Verband für Frauenstimmrecht trat offensiv an die Öffentlichkeit. Die Ortgruppen in größeren Städten organisierten zwei bis vier öffentliche Veranstaltungen jährlich und monatlich ein bis zwei Versammlungen und Diskussionsabende für Mitglieder. Die Zusammenarbeit in den Vereinen diente dazu, die eigenen Mitglieder zu schulen, stärkte aber auch die Identität

und das Solidaritätsgefühl der Akteurinnen. Für die öffentlichen Veranstaltungen war entscheidend, dass ein interessantes Programm aufgestellt wurde und viele Interessentinnen teilnahmen. Daher gab es nicht nur themenbezogene Vorträge, sondern auch kulturelle Einlagen. Literarische und musikalische Auftritte gehörten zum üblichen Programm. In Karlsruhe führten zwei Frauenrechtlerinnen 1911 bei einer Veranstaltung dagegen turnerische Übungen vor und stellten Kleidermodelle vor. Die Frankfurter Ortsgruppe des Deutschen Verbands entwickelte 1908 eine erfolgreiche Sommerpropaganda, indem sie Versammlungen in den Kurbädern der weiteren Umgebung von Frankfurt verlegte.

Eine andere Strategie bestand darin, den Haus- und Grundbesitzerinnen, die im Besitz eines indirekten Stimmrechts waren, zur Ausübung dieses Rechts zu verhelfen. Die Frauenrechtlerinnen befürchteten, wenn bekannt würde, dass Frauen, die wählen konnten, dieses Recht gar nicht wahrnahmen, die Gegner des Frauenwahlrechts dies zum Argument gegen das Frauenstimmrecht lancieren würden. Größere Aktionen fanden in München, Bremen, Sachsen-Weimar, Schlesien und Hessen-Nassau statt mit Anschreiben an die Wahlberechtigten. In der Regel waren es ältere Witwen, die mehrheitlich auf dem Land wohnten und die den Interessen der Frauenbewegung nicht sehr aufgeschlossen gegenüber standen. In München wurden 1908 alle 2000 Hausbesitzerinnen angeschrieben, aber nur 90 von ihnen äußerten sich positiv zur Ausübung ihres Rechts.

Eine große Kampagne führten 1909 die Frauen des Frankfurter Stimmrechtsvereins vor der Gemeindevahl 1910 durch. Zuerst ermittelten sie in den Landkreisen der Provinz Hessen-Nassau durch schriftliche Anfrage, welche Frauen als Grundbesitzerinnen das indirekte Wahlrecht hatten. 15 Frauenrechtlerinnen reisten darauf in 58 Landkreise, um die Namen der Wahlberechtigten aus den Wählerlisten herauszuschreiben und sie in einem aufklärenden Schreiben mit einer Vollmacht anzuschreiben. Eine ähnliche Kampagne fand in Schlesien statt. Hier wurden 300 Dörfer angeschrieben, die Adressen der wahlberechtigten Frauen ließen sich ohne große Hindernisse beschaffen. Wie viele sich an den Landgemeindevahlen beteiligten, ist aber nicht bekannt. In Hessen-Nassau machte ein knappes Drittel der ermittelten Frauen – und zwar 415 – vom Wahlrecht Gebrauch. Das war zwar wesentlich mehr als in München, aber der große organisatorische Aufwand stand in keinem Verhältnis zum Ergebnis.

Obwohl der radikale Flügel die öffentlichkeitswirksame Taktik der englischen Suffragetten bewunderte, übernahm er nur einen Teil seines Aktionsrepertoires. Postkarten und Marken mit der Forderung nach dem Frauenstimmrecht wurden herausgegeben; Anita Augspurg dichtete nach englischem Vorbild das Deutschlandlied in ein Wahlrechtslied um. Die meisten Vereine lehnten aber die spektakulären Auftritte der Suffragetten ab. So erklärte der Karlsruher Verein für Frauenstimmrecht 1913, dass er bei aller Anerkennung der Motive der Engländerinnen, „deren gegenwärtiges Vorgehen nicht billigt und diese Kampfweise für Deutschland entschieden ablehnt.“ (Karlsruher Frauen, S. 243)

Der fortschrittliche Flügel entwickelte eigene Protestformen und rief bei der Reichstagswahl 1907 die Frauen dazu auf, in den Wahlämtern ihren Wahlschein zu verlangen. Nur wenige folgten dem Aufruf, darunter Minna Cauer, die anschließend die Stadtverwaltung Charlottenburg verklagte, weil sie keinen Wahlschein erhalten hatte. Bei der Wahl 1912 gaben Augspurg und Heymann die Parole aus, die Frauen mögen in die Wahllokale den Protest über ihren Ausschluss laut vortragen. Dieser Aufforderung kamen viele Gruppierungen nach. In Bonn hatten Mitglieder des Vereins für Frauenstimmrecht schriftliche Proteste mitgebracht, wie die Bonner Zeitung am 13.1.1912 berichtete. Bis auf ein Wahllokal verlief die Übergabe der Proteste friedlich und ruhig.

Im Deutschen Reich passten große Aufmärsche und Prozessionen passten nicht in das politische Klima. Frauendemonstrationen widersprachen zudem dem gängigen bürgerlichen Frauenbild. Als Augspurg und Heymann im Juni 1908 beim Kongress des Weltbundes für das Frauenstimmrecht in Amsterdam teilnahmen, erfuhren sie dort, dass wenige Tage später in London eine groß angelegte Demonstration mit 20 Redetribünen im Hyde Park stattfinden würde. Spontan fuhren sie nach London und waren geradezu beseelt von dem großartigen Erlebnis, zu dem bis zu 500.000 Menschen teilgenommen hatten. Beim nächsten Treffen der deutschen Stimmrechtsvereine in Berlin schlugen die

beiden einen solchen Umzug hierzulande vor. Sie mussten aber feststellen, dass auch die Mitglieder ihres eigenen Verbandes ihrem Vorschlag ablehnend gegenüber standen.

Die ersten Frauendemonstrationen für das Stimmrecht wurden von den Sozialdemokratinnen initiiert. 1910 hatte Clara Zetkin beim internationalen Kongress der Sozialistinnen in Kopenhagen einen Aktionstag für das Frauenwahlrecht gefordert. Im folgenden Jahr fanden mit der Einführung des Internationalen Frauentags erstmals in größerem Stil öffentliche Kundgebungen statt. Versammlungen, Aufrufe und Flugblätter unterstützten die Mobilisierung der SPD-Anhängerinnen. Die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen ignorierten den ersten Frauentag weitgehend, Augspurg thematisiert ihn zurückhaltend in der von ihr herausgegebenen Zeitschrift für das Frauenstimmrecht. Begeistert zeigte sich dagegen Minna Cauer, die in Berlin an den Kundgebungen teilnahm.

Erst vier Jahre nach ihrer Londonfahrt konnten sich Augspurg und Heymann mit ihrer Idee einer reinen Frauendemonstration durchsetzen. Die einzige bürgerliche öffentliche Kundgebung für das Frauenwahlrecht fand 1912 in München statt, organisiert vom Bayrischen Landesverein für Stimmrecht. Die Damen gingen allerdings nicht zu Fuß, sondern fuhren in 20 festlich geschmückt Kutschen, auf denen Tafeln in den Vereinsfarben und der Aufschrift „Frauenstimmrecht“ angebracht waren. Einige Frauenrechtlerinnen hatten nach englischem Vorbild Schärpen mit Parolen umgebunden. Viele Schaulustige standen am Straßenrand, wenn auch davon auszugehen war, dass sie oft die Forderungen nicht verstanden haben. Die teilnehmenden Frauen waren begeistert, ihre vorherige Befürchtungen, dass die Polizei einschreiten könnte, hatte sich nicht bewahrheitet. Wenn Adele Schreiber rückblickend schrieb, „wir haben das Unvorstellbare gewagt“, so verdeutlicht dies, welchen Mut die Frauen aufbrachten, an dieser unkonventionellen Aktion teilzunehmen.

Die jahrelangen Tätigkeiten der Frauenrechtlerinnen bewirkten eine schrittweise Öffnung für das Thema Frauenstimmrecht, was nicht zuletzt mit der Gründung des Deutschen Bundes zur Bekämpfung der Frauenemanzipation 1912 sichtbar wurde. Die Gegner konnten die Frauenwahlrechtsvereine nicht mehr ignorieren und rüsteten zur Gegenwehr. Über diese mediale Aufmerksamkeit konnten sich die Frauenrechtlerinnen nur freuen, darin waren sich ausnahmsweise die verschiedenen Flügel der Frauenbewegung einig. Gertrud Bäumer, Vorsitzende des gemäßigten Bundes deutscher Frauenvereine, sprach davon, dass der Anti-Emanzipationsbund den Frauenrechtlerinnen einen Gefallen tue. Heymann stand ihr nicht nach: „Wie oft haben wir deutschen Frauen mit Neid nach jenen Ländern geblickt, wo der Kampf unserer Schwestern durch die indirekte Unterstützung ihrer vermeintlichen Feinde die lebhafteste Unterstützung erfuhr“ und begrüßte die „Brüder, im Kampf für eine gute Sache!“. (zit. n. Dünnbier/Scheu, S. 207)

Die unterschiedlichen Aktionsformen der deutschen Frauenbewegungen zielten darauf, einen gesellschaftlichen Wandel herbei führen zu können. Dafür musste der richtige Zeitpunkt abgewartet und die richtige, nicht abschreckende Taktik gefunden werden, damit Druck ausgeübt werden konnte. Voraussetzung für einen Bewusstseinswandel war gute und mühevoll Vorbereitung der Aktivitäten, bei der persönliche Beziehungen wie auch formelle und informelle Kontakte z.B. zu Politikern, Journalisten und Juristen genutzt wurden. Doch obwohl die Frauenfrage einen gesicherten und wahrgenommenen Platz in der politischen Agenda des Kaiserreichs eingenommen hatte, blieben ihr die entscheidenden Erfolge versagt. (vgl. Wischmann)

Petitionen als wichtiges Kampfmittel

Zentrale Strategie der bürgerlichen Wahlrechtsvereine war es, Petitionen einzureichen. Damit waren der Reichstag bzw. die Landtage gezwungen, sich mit der Frage des Frauenstimmrechts auseinander zu setzen. Jeder Mensch konnte eine Petition einreichen – unabhängig vom Geschlecht. Die Petitionen wurden einem Ausschuss unterbreitet, der sie entweder ganz ablehnte oder – mit oder ohne Stellungnahme – an das Parlament weiter reichte. Die meisten Debatten in den Landtagen und im Reichstag über das Frauenwahlrecht oder andere Rechte gingen auf Eingaben der Frauenvereine zurück.

Bürgerliche Frauenrechtlerinnen sahen Petitionen als wichtiges Organ politischer Manifestation und Intervention. Die proletarische Frauenbewegung lehnte das bürgerliche „Petitionsheldentum“ ab. Sie für war das gleichbedeutend mit Bittstellerei. Stattdessen bevorzugte sie Resolutionen, die auf Versammlungen verabschiedet wurden und über Zeitungen verbreitet wurden.

Erster Schritt auf dem Weg zum Frauenstimmrecht war die Beseitigung der Vereins- und Versammlungsverbote für Frauen gewesen. Das war einer der wenigen Berührungspunkte von sozialistischer und bürgerlicher Frauenbewegung und es kam zu temporären Bündnissen. Bürgerliche Frauenvereine und der Bund Deutscher Frauenvereine reichten von 1897 bis 1907 mindestens 19 Petitionen ein. Obwohl einige Eingaben vom Reichstag an den Reichskanzler mit einer Empfehlung weitergereicht wurden, blieben die diskriminierenden Vereinsgesetze bis 1908 in Kraft. Im Gegensatz zur Wahlrechtsforderung hatten die Frauenrechtlerinnen bei der Aufhebung der Vereinsgesetze die Unterstützung liberaler Politiker.

Die wiederholten Petitionen für das Frauenwahlrecht fanden so gut wie keine Unterstützer. Für die erste Petition der SPD 1895 im Reichstag sprach sich nur August Bebel aus. 1906, als die SPD wieder eine Petition einreichte, trat nur der Abgeordnete von Gerlach von der Demokratischen Vereinigung für das Frauenwahlrecht ein. Die Eingaben riefen entweder Heiterkeit oder Horrorvisionen hervor hinsichtlich der Folgen, wenn Frauen im Parlament disputierten. Im bayrischen Landtag hatten 1905 immerhin neben der SPD die Hälfte der Liberalen und acht bis zehn Zentrumsabgeordnete einem Antrag zugestimmt.

1909 reichten 70 bayrische Vereine unter der Führung des Münchener Vereins für Fraueninteressen eine Petition an das bayrische Innenministerium mit der Forderung, den Erwerb des Bürgerrechts allen Staatsangehörigen zu ermöglichen. Das war ein anderer Weg, den Frauen politische Partizipation zu ermöglichen. Das Bürgerrecht war – wie oben dargelegt – an die Entrichtung einer direkten Steuer gekoppelt und schloss Ehefrauen von vornherein aus. Ein weiteres bayrisches Kriterium, das Ehefrauen benachteiligte, bestand darin, dass der Anspruch auf das Bürgerrecht auf Personen begrenzt war, die in der Gemeinde die „selbständige Heimat“ besaßen: das war der Ehemann. Verheiratete Frauen besaßen laut Heimatgesetz nur die „abgeleitete Ehefrauenheimat“. Mit diesem Status konnten sie kein Bürgerrecht erhalten. Wie zu erwarten, blieb der bayrischen Petition der Erfolg verwehrt.

In Sachsen-Weimar hatten Frauen als einziges deutsches Bundesland das aktive kommunale Wahlrecht unter denselben Konditionen wie Männer, sie mussten sich allerdings vertreten lassen. Frauenrechtlerinnen forderten 1910 sowohl die Aufhebung der Vertretung wie auch das passive Frauenwahlrecht. Der Landtag nahm in der Vertretungsfrage eine positive Haltung ein und stellte eine Änderung der Gemeindeordnung in Aussicht, ebenso 1912. Doch die Mühlen der Bürokratie mahlten sehr langsam. 1914 beschloss der Landtag anlässlich einer erneuten Petition die Vertretungsregel aufzuheben, doch der Kriegsbeginn verhinderte zum zweiten Mal eine geplante Reform der Gemeindeordnung.

Der preußische Landtag musste sich 1912 mit 43 Petitionen zum Kommunalrecht der Frauen befassen. Dies brachte den Frauen aber keinen Erfolg. Die SPD unterstützte als einzige Partei die Petitionen nach einem demokratischen Wahlrecht, die Linksliberalen befürwortete ein eingeschränktes Frauenstimmrecht, das Zentrum und die Nationalliberale sahen momentan keine Notwendigkeit für eine Änderung und die Konservative Partei war grundsätzlich dagegen.

War der Erfolg 1918 tatsächlich ein Sieg?

Ein Dilemma der Wahlrechtsbewegung war ihr vorsichtiges Taktieren einerseits und die engen Handlungsspielräume von Frauen andererseits, die es ihnen unmöglich machten, eine gewisse Radikalität an den Tag zu legen und gleichzeitig mit ihren Forderungen ernst genommen zu werden. Ein weiteres Manko bestand darin, dass die verschiedenen Wahlrechtsvereine nicht mit einander kooperierten und nur im eigenen sozialen Umfeld agierten. Dies änderte sich erst langsam im Ersten Weltkrieg. Bei Kriegseintritt trat jedoch zunächst ein frauenpolitischer Stillstand ein. Nachdem der

Kaiser den Burgfrieden ausgerufen hatte, stellten die meisten Frauenrechtlerinnen ihre Forderungen zurück. Sowohl die bürgerlichen wie auch sozialdemokratischen Frauen engagierten sich mehrheitlich im Dienste der sogenannten Heimatfront. Nur eine kleine Minderheit auf beiden Seiten setzte sich für Frieden ein.

Im Winter 1916/17 brach der Burgfrieden auf, Proteste gegen Lebensmittelknappheit und Kriegsnot traten auf, innenpolitische Reformen wurden gefordert. Im Frühjahr 1917 sprachen Reichskanzler Bethmann-Hollweg und der Kaiser in der Osterbotschaft von Wahlrechtserweiterungen, doch erwähnten sie mit keinem Wort die Frauen. Nach zweieinhalb Jahren Kriegsdienst fanden selbst die Gemäßigten diese ignorante Halten nicht mehr angemessen. Von der gemäßigten Helene Lange bis zur radikalen Minna Cauer gab es Aufrufe, dass die Frauen nicht mehr übergangen werden dürfen.

Im Herbst 1917 schlossen sich die verschiedenen Flügel der Frauenbewegung und die Mehrheits-SPD unter Leitung von Marie Stritt, Anita Augspurg und Marie Juchacz erstmals zusammen und verfassten eine erste gemeinsame Resolution für ein allgemeines gleiches Wahlrecht auf Reichs- und Landesebene. In einigen Großstädten kam es im Dezember 1917 zu gemeinsamen Kundgebungen, in Berlin nahmen mehr als 1000 Teilnehmerinnen teil. Eine zweite Protestwelle von bürgerlichen und sozialdemokratischen Frauen im April 1918 in Berlin blieb auch erfolglos. Die Abgeordneten im Reichstag lehnten das Frauenwahlrecht genauso wie vor dem Krieg ab. Die Hinweise auf die Kriegleistungen der Frauen, in denen sie ihre patriotische Haltung bewiesen hatten, wurden als Ausnahmeerscheinung abgetan.

Im Herbst 1918 wurde die SPD an der Regierungsbildung beteiligt, um politische Aufstände zu vermeiden. In der sogenannten Oktoberreform wurde formell das parlamentarische Regierungssystem eingeführt, doch ohne Frauen an der politischen Macht zu beteiligen. Offiziell trat die SPD für das Frauenwahlrecht ein, sie verlangte aber nicht die unmittelbare Umsetzung dieser Forderung. Erst am 8. November, einen Tag vor dem Zusammenbruch des Kaiserreichs, als schon in vielen Städten die Bevölkerung gegen das alte System demonstrierte, brachten Vertreter der Regierungsparteien einen Antrag für das allgemeine gleiche Wahlrecht beider Geschlechter ein, um die Monarchie zu retten und die revolutionäre Situation zu beruhigen. Aber das Zentrum und die Nationalliberale Partei verweigerten noch immer ihre Zustimmung.

Einen Tag später wurde die Republik ausgerufen. Der Soldaten- und Arbeiterrat proklamierte am 12.11.1918 das allgemeine gleiche Wahlrecht für alle – wie es die SPD seit 1891 gefordert hatte. Alle Anstrengungen der Frauenrechtlerinnen waren erfolglos geblieben. Ohne Revolution hätte es 1918 und in den Folgejahren kein Frauenwahlrecht gegeben.

Erstaunlicherweise gab es nach der Proklamation keinen Aufschrei der konservativen Kräfte. Obwohl das Frauenwahlrecht vorher so heftig bekämpft worden war, akzeptierten es alle Parteien. Vor den Landtagswahlen sowie der Wahl zur Nationalversammlung im Januar 1919 fand ein Wettkampf um die Gunst der Wählerinnen statt. Die Politiker hofften auf die Stimmen der Frauen und wollten vermeiden, dass die anderen Parteien mehr von den Frauenstimmen profitierten als ihre eigene Partei. Parteien und Frauenverbände organisierten Vorträge und politische Schulungen für Frauen. In Flugblättern und Broschüren wurden die neuen Wählerinnen beschworen, ihrer Pflicht nachzukommen. In der Veröffentlichung „Frauen lernt wählen! Eine Sammlung von Losungsworten beutender deutscher Männer und Frauen zum Wahlrecht der deutschen Frauen“ ist wiederholt von der heiligen Pflicht zur Wahl die Rede. Bezeichnenderweise war Anita Augspurg die einzige, die nicht nur das aktive, sondern auch das passive Wahlrecht der Frauen hervorhob. Alle anderen haben die Tatsache, dass Frauen nun auch gewählt werden konnten, verschwiegen bzw. verdrängt.

Bis Anfang Januar 1919 erklärten 308 Frauen ihre Kandidatur zur Wahl der Nationalversammlung am 19. Januar 1919. 37 von ihnen wurden gewählt. Damit waren knapp 9% der Abgeordneten in der Nationalversammlung Frauen. Das war kein schlechter Start. Aber der Frauenanteil sank mit jeder Wahl, das Interesse der Parteien an der Mitgestaltung von Frauen nahm schnell wieder ab. Eigentlich nicht erstaunlich: Wenn die Politiker den Frauen im Kaiserreich nicht freiwillig das Stimmrecht gewährt

hatten, so überließen sie ihnen nun konsequenterweise auch nicht freiwillig aussichtsreiche Listenplätze. Diese Haltung zog sich bis zum Ende des 20. Jahrhunderts durch. Erst 1983 war der Anteil von Frauen im Parlament höher als 1919, d.h. 64 Jahre nach der ersten Wahl mit Beteiligung der Frauen. Und der Kampf um vordere Listenplätze geht immer noch weiter.

Wichtigste Literatur

Ameling, Elisabeth: Kölner Stimmrechtsbewegung, in: 10 Uhr Gürzenich, 100 Jahre bewegte Frauen in Köln, Hg. Helga Bargel et Al., Köln 1995

Asche, Susanne: Fürsorge, Partizipation und Gleichberechtigung – die Leistungen der Karlsruherinnen für die Entwicklung der Großstadt (1859-1914), in: Karlsruher Frauen 1715-1945, Hg. Susanne Asche et Al., Karlsruhe 1992

Bauer, Katrin: Die bürgerliche Frauenstimmrechtsbewegung im Kaiserreich, unver. Magisterarbeit, Universität Köln 1990

Breitscheid, Toni: Die Notwendigkeit der Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen Wahlrechts, 1909

Dünnebier, Anna/Scheu, Ursula: Die Rebellion ist eine Frau. Anita Augspurg und Lida G. Heymann – Pionierinnen der Frauenbewegung, Kreuzlingen 2002

Gerhard, Ute: „Bis an die Wurzeln des Übels“ – Rechtskämpfe und Rechtskritik der Radikalen, in: Feministische Studien 1984, Heft 1

Klausmann, Christina: Politik und Kultur der Frauenbewegung im Kaiserreich. Das Beispiel Frankfurt am Main, Frankfurt 1997

Lindemann, Anna: Warum müssen Frauen das allgemeine Wahlrecht fordern? in: Centralblatt vom 1.4.1910

Lindemann, Anna: Die Frauenstimmrechtsbewegung in Deutschland, in: Jahrbuch der Frauenbewegung 1913

Notz, Gisela: „Her mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht für Mann und Frau!“ Die internationale sozialistische Frauenbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts und der Kampf um das Frauenwahlrecht, (Hg.) Friedrich Ebert-Stiftung 2008

Rosenbusch, Ute: Der Weg zum Frauenwahlrecht in Deutschland, Baden-Baden 1998

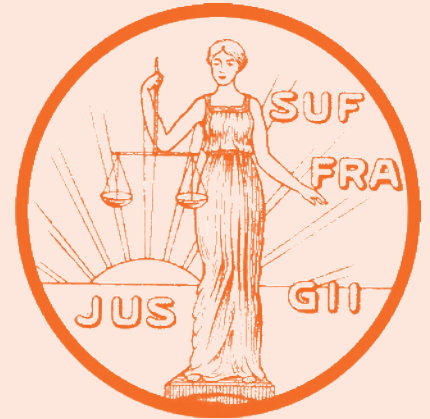
von Gizycki, Lily: Die Bürgerpflicht der Frauen, 1895, Vortrag in Berlin, Breslau, Dresden

Wischermann, Ulla: Frauenbewegung und Öffentlichkeit um 1900. Netzwerke. Gegenöffentlichkeiten. Protestinszenierungen, Königstein 2003

Wahlanleitungen vor der ersten Wahl, an der Frauen teilnahmen. (Wikimedia Commons)



Keine persönliche Stimmabgabe für Frauen



Erste Forderung nach dem Frauenstimmrecht

Die Schriftstellerin Hedwig Dohm forderte 1876 in ihrem Werk „Der Frauen Natur und Recht“ als Erste die staatsbürgerliche Gleichheit für beide Geschlechter. Sie sah die politische Rechtlosigkeit als Ursache für die Unterdrückung der Frauen. Da sich dafür kein überzeugender Grund finden ließ, so lautete ihre Schlussfolgerung, „leben wir nicht in einem Recht- sondern in einem Gewaltstaat“. Mit dieser Haltung war sie ihrer Zeit weit voraus.

Ein bahnbrechendes Ereignis war die erste Versammlung bürgerlicher Frauen zum Frauenwahlrecht 1894 in Berlin. Der fortschrittliche Verein „Frauenwohl“ unter der Leitung von Minna Cauer organisierte die Veranstaltung, bei der die bürgerliche Frauenrechtlerin Lily von Gizycki (später SPD) eine leidenschaftliche Rede über „Die Bürgerpflicht der Frau“ hielt. Ihr Kerngedanke lautete, dass Frauen ohne das politische Stimmrecht nicht ihre Pflichten im Staat erfüllen können. Sie appellierte an alle Frauen, ihren Beitrag zur Linderung von Not und Ungerechtigkeit zu leisten. Die Rede war ein großer Erfolg.

Kennen Frauen überhaupt ihre Wahlrechte?

Gemäß Bundeswahlgesetz von 1869 galt im deutschen Kaiserreich für die Reichstagswahl das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für Männer ab 25 Jahren. In den meisten Bundesstaaten wurde ein Zensuswahlrecht praktiziert, d.h. die Stimmen der Wähler mit hohem Steueraufkommen hatten mehr Gewicht. Frauen waren von den Wahlen für Reichs- und Landtag ganz ausgeschlossen. Begründung war die Steuerleistung, von der das Wahlrecht abhing. Frauen waren zum ganz überwiegenden Teil nicht steuerpflichtig – außer als Grund- und Hausbesitzerinnen oder selbstständige Unternehmerinnen. Diese kleine Gruppe hatte in vielen Bundesländern ein indirektes kommunales Wahlrecht.

Die meisten Bundesstaaten gestatteten Steuerzahlerinnen keine persönliche Stimmabgabe, sondern nur das Votum durch einen männlichen Vertreter. Der Ehemann galt immer als gesetzlicher Vertreter seiner Frau. Es herrschte Uneinigkeit, ob die Männer nach den Instruktionen ihrer Vollmachtgeberin handeln mussten. Nur wenige wahlberechtigte Frauen waren sich ihres Rechts bewusst und nur ein geringer Prozentsatz übte es tatsächlich aus.



Hedwig Dohm war Vorreiterin im Kampf für politische Frauenrechte. (© Thomas-Mann-Archiv)

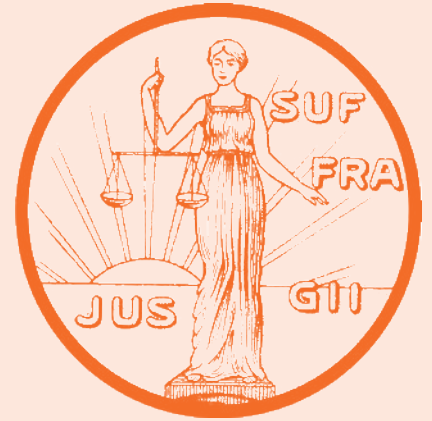


Lily von Gizycki (später Braun) sprach als Erste öffentlich über das Frauenwahlrecht. (Bestand: IISG Amsterdam, © unbekannt)



Wahllokal 1912 in Neukölln bei Berlin: ein frauenfreier Raum. (© gemeinfrei)

Wenig Einigkeit – kaum Zusammenarbeit



Das Wahlrecht muss her!

Der erste große Kampf der Frauenbewegung richtete sich gegen das 1896 verabschiedete Bürgerliche Gesetzbuch, das die untergeordnete Stellung von Frauen verankerte. Als Reaktion auf die Entwürfe hatten die Juristinnen Dr. Anita Augspurg und Dr. Marie Raschke sowie der Bund Deutscher Frauenvereine Reformvorschläge im Reichstag eingereicht – jedoch ohne Erfolg. Der radikale Flügel der Frauenrechtlerinnen zog daraus die Konsequenz, dass Frauen im Reichstag vertreten sein müssten, um mehr Rechte für ihr Geschlecht durchsetzen zu können.

Im Januar 1902 gründeten Anita Augspurg, Lida Gustava Heymann und einige Gleichgesinnte den „Deutschen Verband für Frauenstimmrecht“ in Altona, da dort ein liberaleres Vereinsgesetz frauenpolitische Aktivitäten nicht verbot. Ziel war die Erlangung des aktiven und passiven Wahlrechts. In kürzester Zeit organisierten die Frauen sechs öffentliche Veranstaltungen und bekamen eine Audienz beim Reichskanzler von Bülow.

Zersplitterung der Wahlrechtsbewegung

Reichsweit wurde ein verzweigtes Netz von Einzelpersonen, Ortsvereinen und Landesvereinen für das Frauenstimmrecht aufgebaut. Als 1908 das neue Vereinsrecht Frauen die Mitgliedschaft in politischen Vereinen gestattete, stiegen die Mitgliederzahlen. Aber viele neu eingetretene Frauen lehnten das allgemeine Wahlrecht als sozialdemokratische Forderung ab. Sie befürworteten dasselbe (eingeschränkte) Wahlrecht für Frauen, das die Männer hatten. Diese konservative Gruppe gründete 1911 unter der Leitung von Li Fischer-Eckert die „Deutsche Vereinigung für Frauenstimmrecht“.

1913 kam es zu einer weiteren Spaltung, weil es im ursprünglichen Verband immer noch keine Einigung für das allgemeine Wahlrecht gab. Große Teile der früheren Führungsriege verließen ihren eigenen Verband. Augspurg und Heymann gründeten daraufhin die dritte Organisation, den „Deutschen Bund für das Frauenstimmrecht“, der das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht für alle forderte. Die Zersplitterung spiegelte sich auch auf regionaler Ebene wider.



Gruppe der Radikalen 1901: Hartog, Heymann, Witt, Cauer, Lüders, Dr. Augspurg, Lischnewska, Schaaf (Landesarchiv Berlin, © gemeinfrei)

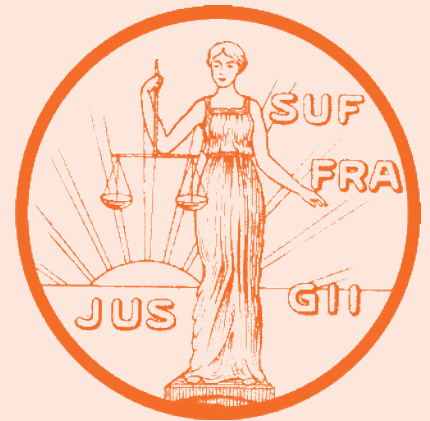


Käthe Schirmacher, Mit-Gründerinnen des Vereins für Frauenstimmrecht, lehnte später das allgemeine Wahlrecht ab. (Archiv der dt. Frauenbewegung, © unbekannt)



Die Staatswissenschaftlerin Li Fischer-Eckert trat für das „Damenwahlrecht“ ein, das bürgerlichen Frauen mehr Gewicht verlieh als Arbeiterinnen. (Archiv der dt. Frauenbewegung, © unbekannt)

Geringes Selbstbewusstsein – kaum Forderungen nach voller Partizipation



Die Fortschrittlichen traten für Frauenrechte ein:
A. Augspurg, M. Stritt, L. v. Gizycki,
M. Cauer, S. Goudstikker um 1896.
(FrauenMediaTurm, © unbekannt)

Rechte versus Pflichten

Während die radikalen Frauengruppen das Wahlrecht der Frauen als Voraussetzung für die volle Gleichberechtigung sahen, leiteten die Gemäßigten von der Ausübung bürgerlicher Pflichten die Notwendigkeit ab, Frauen bürgerliche Rechte zu gewähren. In der Erweiterung der staatlichen Wohlfahrtspflege sah die konservative Frauenbewegung eine Chance, sich als nützliche Bürgerinnen zu beweisen. Es ging dabei nicht um emanzipatorische Ansprüche, sondern um Pflichtenerfüllung.

Helene Lange – Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins (ADF) – plädierte dafür, dass die Frauen eine „reale Macht“ werden und sich im öffentlichen Leben so sehr engagieren sollten, dass sie nicht mehr wegzudenken wären. Tüchtige Armenpflegerinnen leisteten ihrer Meinung mehr für das Frauenstimmrecht als mitreißende Rednerinnen. Der ADF vertrat 1905 folgenden Forderungskatalog: Zulassung von Frauen zu verantwortlichen Gemeindeämtern in der Armen-, Waisen- und Krankenpflege, Zulassung als Schöffinnen und Geschworene sowie Gewährung des kirchlichen und kommunalen Wahlrechts.

Die Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht für Frauen war der kleinste gemeinsame Nenner der verschiedenen Frauengruppen. Die SPD-Frauen und die Radikalen um Anita Augspurg, Lida G. Heymann und Minna Cauer traten für das allgemeine Wahlrecht für Frauen ein, akzeptierten aber teilweise den Akzent auf das Kommunalwahlrecht als ersten Schritt.

Forderungen nur für ledige Frauen?

In den Zeitschriften der konservativen und fortschrittlichen Frauenverbände fanden heftige Diskussionen statt über Sinn bzw. Unsinn eines kommunalen Wahlrechts für Frauen unter denselben Bedingungen wie für Männer. Da das Wahlrecht an den Steuersatz gekoppelt war und Steuern verheirateter Frauen immer ihrem Mann zugerechnet wurden, ließ solch ein eingeschränktes Wahlrecht Ehefrauen so rechtlos wie sie waren.



Helene Lange,
führende Kopf
der konservativen
Frauenbewegung
(Landesarchiv Berlin,
© gemeinfrei)



Brautpaar um 1900:
Die Heirat bedeutete
für Frauen in vielen
Fällen Entmündigung.
(© unbekannt)

Allgemeines Frauenwahlrecht und Internationaler Frauentag



Agitation trotz Versammlungsverbot

1891 konnte August Bebel die Genossen überzeugen, die Forderung nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht für Frauen ins Parteiprogramm aufzunehmen. Die SPD konzentrierte sich jedoch auf den Kampf für das allgemeine Männerwahlrecht und überließ es zunächst den Genossinnen, für ihre Rechte einzutreten. Clara Zetkin, Wortführerin der Sozialistinnen, sah die Unterdrückung der Frauen als Teil des Klassenproblems und das Wahlrecht als Mittel zum Kampf gegen den Kapitalismus.



Clara Zetkin,
Frontfrau der
sozialistischen
Frauenrechtlerinnen
(Archiv der sozialen
Demokratie,
© unbekannt)

Clara Zetkin, Luise Zietz, Otilie Baader und Andere bauten ein Netz von Vertrauenspersonen auf. Sie reisten über Land und sprachen auf Veranstaltungen für das Frauenwahlrecht. Erschwert wurde ihre Arbeit durch die Vereins- und Versammlungsgesetze, die Frauen von politischen Veranstaltungen ausschlossen. Sozialdemokratinnen waren von polizeilicher Kontrolle stärker betroffen als bürgerliche Frauen.



Luise Zietz und Otilie Baader, engagierte
Rednerinnen für das Frauenwahlrecht
(Archiv der sozialen Demokratie, © unbekannt)

Erfolgreiche Frauenwahlvereine

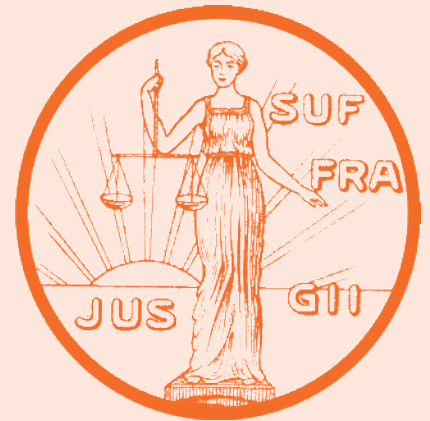
Die SPD war die erste Partei, die Frauen für den Wahlkampf rekrutierte. Das preußische Vereinsgesetz gestattete für die begrenzte Zeit des Wahlkampfes, dass sich auch Frauen engagierten. Vor der Reichstagswahl 1903 gründeten sich zahlreiche Frauenwahlvereine. Dem ersten Berliner Verein traten 229 Frauen zur Gründung bei, bis zu seiner Auflösung sieben Wochen später hatte er 900 Mitglieder. Die SPD erhielt bei der Reichstagswahl 31,7% der Stimmen. Der Gewinn von 4,5% war im Wesentlichen der Agitation von Frauen zu verdanken. Sie verteilten Broschüren und Flugblätter, machten Hausbesuche und arbeiteten in Wahlbüros – stets in Verbindung mit der Forderung nach dem Frauenwahlrecht.

1907 traf sich die erste internationale sozialistische Frauenkonferenz in Stuttgart und beschloss, dass in allen Ländern das Frauenwahlrecht mit derselben Intensität wie das allgemeine Stimmrecht der Männer gefordert werden sollte. 1910 beim zweiten Kongress in Kopenhagen setzte Clara Zetkin einen Aktionstag für das Frauenwahlrecht durch. Im März 1911 fand der erste Internationale Frauentag mit vielen Massenversammlungen und öffentlichen Kundgebungen statt.



Internationaler Frauentag 1911 in Berlin:
„Spaziergang“ auf dem Bürgersteig, damit die
Polizei nicht einschritt (© Ullstein Bild)

Petitionen und vorsichtiges Taktieren statt Provozieren



Öffentlich oder intern

Der 1902 gegründete „Verband für Frauenstimmrecht“ trat offensiv an die Öffentlichkeit. Die Ortsgruppen in größeren Städten organisierten Veranstaltungen und monatliche Versammlungen für Mitglieder. In Anlehnung an die englischen Suffragetten kreierten die Radikalen ein Logo und gaben Postkarten sowie Marken mit der Forderung nach dem Frauenstimmrecht heraus. Anita Augspurg dichtete die Deutschlandhymne in ein Wahlrechtslied um, das bei Veranstaltungen gesungen wurde.

Die konservativen Gruppen vermieden „Propagandaaktionen“ und bevorzugten „stille Diplomatie“. Besonders engagiert war der Allgemeine Deutsche Frauenverein in Frankfurt/Main. Er richtete 1907 die „Zentralstelle für die Gemeindeämter der Frau“ ein. Dort wurden Informationen über die Stellung der Frauen in der Gemeinde sowie bestehende Rechte in den Bundesländern gesammelt und Auskunft erteilt. Es ging eher um die Öffnung von kommunalen Ehrenämtern als um das kommunale Stimmrecht für Frauen.

Eine einzige spektakuläre Aktion

Aufmärsche von Frauen passten nicht in das politische Klima und widersprachen dem Frauenbild. Die einzige bürgerliche öffentliche Kundgebung, organisiert vom „Bayrischen Landesverein für Stimmrecht“, fand 1912 in München statt: eine Prozession von 20 festlich geschmückten Kutschen mit der Aufschrift **Frauenstimmrecht**. Zur Erleichterung der Teilnehmerinnen winkten viele Menschen und die Polizei schritt nicht ein.

Zentrale Strategie bürgerlicher Wahlrechtsvereine war es, Petitionen einzureichen. Damit waren der Reichstag bzw. die Landtage gezwungen, sich mit dem Frauenstimmrecht auseinanderzusetzen. Doch alle Anträge wurden abgelehnt. Häufigste Begründung: Frauen würden sonst ihre Familie vernachlässigen oder sogar eine Abneigung gegen die Mutterschaft entwickeln. 1912 reichte der preußische Landesverein für Frauenstimmrecht 43 Petitionen im Landtag ein. Nicht einmal das kommunale Stimmrecht konnte durchgesetzt werden, weil die Abgeordneten befürchteten, dass die Frauen danach weitere Rechte forderten.



Jenny Apolant richtete in ihrer Wohnung die Zentralstelle für die Gemeindeämter der Frau ein. (© Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt/Main)



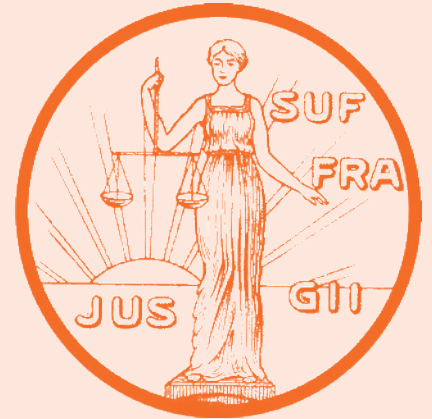
Logo des „Bayrischen Landesvereins für Frauenstimmrecht“ (Archiv der deutschen Frauenbewegung, © unbekannt)



Erste deutsche Demonstration für Frauenstimmrecht. München, September 1912. Vor der Abfahrt.

Die Münchener Demonstration für das Frauenwahlrecht von 1912 war die einzige öffentliche Kundgebung von bürgerlichen Frauen. (© Stadtarchiv München)

Frauen sind erfolgreich im Wahlkampf



Minna Cauer, Vorsitzende des preußischen Landesverbands, verklagte die Stadt Charlottenburg. (Archiv der dt. Frauenbewegung, © unbekannt)

Frauen als Parteimitglieder

Bei den Reichstagswahlen 1907 und 1912 entwickelte der radikale Verband neue Protestformen. Er rief die Mitglieder dazu auf, in den Wahlämtern ihren Wahlschein zu verlangen und gegen ihren Ausschluss zu protestieren. Minna Cauer ging am konsequentesten vor: Sie verklagte 1907 die Stadt Charlottenburg, weil sie keinen Wahlschein erhielt.

Nachdem Frauen ab 1908 in den politischen Parteien zugelassen waren, begannen viele Frauenrechtlerinnen sich in den verschiedenen liberalen Parteien zu engagieren, um die Forderung nach dem Frauenstimmrecht voranzubringen. Bald erkannten einige, dass sie eher für Männerinteressen ausgenutzt wurden und kaum ihre eigenen Belange durchsetzen konnten.



Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann engagierten sich zeitweise in der Freisinnigen Volkspartei. (Elvira-Atelier und Bundesarchiv)

Wahlkampagnen und Wahlkampfhilfe

1909 führte der Frankfurter Stimmrechtsverein vor der Gemeindewahl 1910 eine große Kampagne durch. 15 Frauen reisten per Automobil quer durch das Herzogtum Hessen-Nassau, um die Namen der wenigen Frauen, die ein indirektes Stimmrecht hatten, zu erkunden und sie in einem aufklärenden Schreiben anzuschreiben. 400 Frauen – ein knappes Drittel der Wahlberechtigten – machten vom Wahlrecht Gebrauch. In anderen Regionen gab es ähnliche Kampagnen, aber mit noch weniger Erfolg.

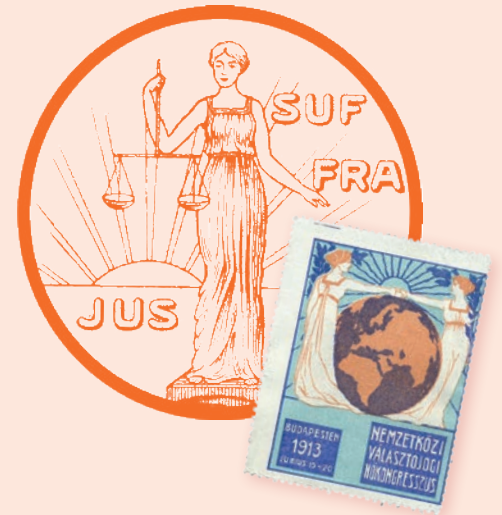
In vielen Städten engagierten sich Frauenrechtlerinnen bei Wahlen für Kandidaten im liberalen Spektrum. Im München betreuten Augspurg und Heymann bei der Reichstagswahl 1907 einen Wahlkreis der Freisinnigen Volkspartei: Sie klapperten Dörfer ab, verteilten Flugblätter, hielten Veranstaltungen ab. In Frankfurt richteten Frauen ein Wahlbüro ein, um Briefe zu beantworten, telefonische Auskünfte zu erteilen und Spenden zu sammeln. Darüber hinaus luden sie alle Kandidaten ein und befragten sie zum Frauenwahlrecht. Das brachte ihnen große Medienresonanz.

Die Wahlkampfhilfe zeigte Erfolg. Mehrere liberale Kandidaten gewannen mit Unterstützung der Frauen ein Mandat. Doch keiner setzte sich für das Frauenwahlrecht ein.

Titelseite einer Schrift von Lida Gustava Heymann. (Archiv der dt. Frauenbewegung)



Der Weltbund für Frauenstimmrecht



Eröffnung des internationalen Kongresses in Budapest mit den Fahnen vieler Mitgliedsvereine, u.a. aus China. (© Library of US-Congress)



Teilnehmerinnen des Kongresses 1913 verteilen Zeitschriften in der Stadt. (© Library of US-Congress)



Accessoires mit der Forderung nach dem Frauenwahlrecht aus mehreren Ländern. (1. v.l. Atria, 2. Bibliothèque Marguerite Durand, 3. LSE Library)

Ein internationales Netzwerk für alle Verbände

Der 1888 gegründete International Council of Women (ICW) setzte sich allgemein für Frauenrechte ein, doch lehnten konservative Mitglieder das Frauenwahlrecht als verfrüht ab. Daher riefen engagierte Frauenrechtlerinnen unter dem Vorsitz von Carrie Chapman Catt (USA) vor dem Kongress des ICW im Juni 1904 in Berlin den „Weltbund für Frauenstimmrecht“ ins Leben. Sein Ziel war es, die Aktivistinnen weltweit zu vereinen und das Frauenwahlrecht in allen Nationen durchzusetzen. Er legte sich nicht auf ein bestimmtes Wahlrecht als ersten Schritt fest.

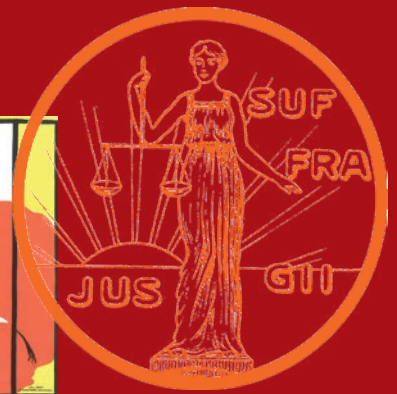
Die Gründung erregte große mediale Aufmerksamkeit. Außer Australien nahmen alle Staaten teil, in denen nationale Frauenstimmrechtsvereine existierten: England, Norwegen, Schweden, Dänemark, Deutschland, die Niederlande und USA, daneben Vertreterinnen ohne nationale Organisation. Von deutscher Seite wurden Anita Augspurg als Stellvertreterin und Käthe Schirmacher als Schriftführerin in den Vorstand gewählt. Die monatliche Zeitschrift „Jus Suffragii“ und zweijährlich stattfindende Kongresse waren wichtige Kommunikationsmittel.

Freundschaften und Erfolge stärken den Weltbund

Um die Unterschiede zu überwinden, musste eine gemeinsame Sprache gefunden werden. Es gelang den Gründungsfrauen, sich auf Englisch zu einigen. Bei den Kongressen ging es darum Erfahrungen auszutauschen, Forderungen zu formulieren, Strategien zu diskutieren, beim Aufbau neuer Organisationen zu helfen und über positive Beispiele zu berichten. Die deutschen Radikalen fanden besonders bei den englischen Suffragetten Anregungen für eigene Aktionen.

In den ersten 10 Jahren wuchs der Weltbund ständig. Bei der Konferenz in Budapest 1913 waren 400 Frauen aus 24 Mitgliedsvereinen vertreten. Die Bindungen der Frauen wurden u.a. durch Tournées gefestigt. Auf dem Weg zum bzw. vom Kongress reiste viele gemeinsam, hielten unterwegs Vorträge oder Lesungen und gewannen neue Mitglieder. Im Ersten Weltkrieg stagnierten die Aktivitäten.

Erst die Revolution bringt Gleichheit!



*Marie Stritt,
Vorsitzende des
Reichsverbandes,
vermittelte im Krieg
zwischen den Flügeln.
(Landesarchiv Berlin,
© gemeinfrei)*



*Der gemäßigte Flügel stellte die
Wahlrechtsforderungen im Krieg zurück. (Archiv
der dt. Frauenbewegung, © unbekannt)*



*Lange Schlangen vor Lebensmittelläden und
Hungerproteste von Frauen bereiteten den
revolutionären Aufstand vor. (Bundesarchiv)*

Neue Konstellationen im Ersten Weltkrieg

Mit Kriegsbeginn und dem politischen „Burgfrieden“ traten die Forderungen nach dem Frauenwahlrecht in den Hintergrund. Die meisten bürgerlichen Frauenrechtlerinnen und ein Teil der SPD-Frauen unterstützten die sogenannte Heimatfront im „Nationalen Frauendienst“. Dagegen engagierten sich viele Radikale und eine Minderheit der SPD in pazifistischen Initiativen.

Im März 1916 vereinigten sich der gemäßigte und der konservative Verband zum „Deutschen Reichsverband für Frauenstimmrecht“ unter Führung von Marie Stritt. In der Satzung war nur vage von gleichen öffentlichen Rechten für Männer und Frauen die Rede. Dennoch beanspruchten Frauen ein Mitspracherecht, nachdem sie im Kriegsdienst die Männer ersetzt und ihre Fähigkeiten als Staatsbürgerinnen bewiesen hatten.

Wahlreformen mit oder ohne Frauenwahlrecht?

Als im Frühjahr 1917 Reichskanzler von Bülow und Kaiser Wilhelm II. eine Ausweitung des preußischen Dreiklassenwahlrechts in Aussicht stellten, übergangen sie die Frauen. Doch diese forderten Gehör. Der erste gemeinsame Aufruf von Mehrheits-SPD, dem „Reichsverband für Frauenstimmrecht“ und dem radikalen Frauenstimmrechtsbund ging im Herbst 1917 in die Öffentlichkeit. Im Dezember 1917 folgte eine gemeinsame Erklärung an den preußischen Landtag. Doch Petitionen für das Frauenwahlrecht wurden wie in der Vorkriegszeit abgelehnt.

Eine zweite Protestwelle fand im April 1918 mit Versammlungen in Großstädten wie Berlin und Hamburg statt. Doch wieder blieben Frauen von allen Demokratisierungsplänen ausgeschlossen. Erst am 8.11.1918 brachten MSPD, Zentrum, Nationalliberale und Fortschrittliche Volkspartei einen Antrag für ein gleiches Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts ein, um einen Umsturz zu verhindern. Zu spät!

Einen Tag später hatte sich die Revolution im ganzen Deutschen Reich verbreitet. Der neu eingesetzte Soldaten- und Arbeiterrat proklamierte am 12.11.1918 das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht für alle.

Marlies Obier

Eine Erinnerung an Marie Juchacz

„Besonders wir Frauen sollten es heute in unserer Not und Bedrängnis wissen, dass vor uns mutige Frauen freudig und ohne Furcht um ihr Menschen- und Frauenrecht gestritten haben und damit um das unsere, um das, was wir heute als Recht so selbstverständlich hinnehmen.“

Marie Juchacz

Marie Juchacz sprach am 19.2.1919 als erste Frau vor einem deutschen Parlament, der Nationalversammlung in Weimar. Ein bewegender Moment auf einem langen Weg voller Widerstände für die Gleichberechtigung von Mann und Frau und für den Aufbruch des Deutschen Reiches aus der jahrhundertalten Feudal- und Militärherrschaft in eine demokratische Republik.

„Es ist das erste Mal, daß in Deutschland die Frau als Freie und Gleiche im Parlament zum Volke sprechen darf, und ich möchte hier feststellen, und zwar ganz objektiv, daß es die Revolution gewesen ist, die auch in Deutschland die alten Vorurteile überwunden hat.“

Marie Juchacz stand fest in der Tradition der sozialistischen Arbeiterinnenvereine, die für Mutterschutz, Arbeitsschutz, den Schutz der Kinder und für ein besseres Leben für die kommenden Generationen kämpften. Schon 1873 hatte Pauline Staegemann den „Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenverein“ gegründet, Emma Ihrer 1881 den „Frauen-Hilfsverein für Handarbeiterinnen“, die im Kaiserreich sofort verboten waren und die politisch tätigen Frauen strafrechtlich verfolgt wurden. Bis zum 15. Mai 1908 galt der Paragraph 8 des preußischen Vereinsgesetzes: „Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, dürfen keine Frauenspersonen, Schüler oder Lehrlinge als Mitglieder aufnehmen.“ Immer wieder trotzten die Frauen dem Verbot und gründeten neue Arbeiterinnenvereine und ihre Zeitschrift trug mit der Chefredakteurin Clara Zetkin ab 1892 den Namen „Die Gleichheit“. „Wir haben einen Reichtum an Tradition“ schrieb Marie Juchacz in ihren Erinnerungen an die mutigen Frauen, die vor ihr kämpften.

Marie Juchacz gehörte zu den sozialdemokratischen Politikerinnen, die die politische, gesellschaftliche und rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau in ihrer Zeit der Weimarer Republik realisieren wollten. Ihre Weggefährtin Toni Pfülf setzte die Streichung des Lehrerinnenzölibats, das verheirateten Lehrerinnen die Ausübung ihres Berufes verbot, durch. Gertrud Hanna kämpfte für die Verbesserung der Lage erwerbstätiger Frauen und für ihr gleiches Recht auf Arbeit. Hildegard Wegscheider arbeitete für eine Schulreform, die gleiche Bildungsmöglichkeiten für Mädchen und Jungen, ohne Beeinträchtigung durch Geschlecht, Konfession und Herkunft vorsah. Die Ständegesellschaft war abgeschafft, Freiheit und Gleichheit zu verwirklichen, waren die revolutionären Ziele der Republik.

Elfriede Ryneck wirkte für den Aufbau der jungen Republik als Sozialstaat, in dem Mutterschutz, Kinder- und Jugendschutz im Arbeitsrecht gesetzlich verankert waren. Das Fürsorgerecht löste die demütigende Armenpflege ab und Witwen und Waisen, Kranke und Kriegshinterbliebene hatten einen Anspruch auf die Hilfe der Gesellschaft, deren Glieder alle Menschen sind.

„Jetzt heißt es, das zu schaffen, was zum Glück unseres Volkes in der Zukunft wichtig ist“, fuhr Marie Juchacz in ihrer berühmten Rede fort. Die neue Saat eines demokratischen Wohlfahrtsstaates sollte wachsen – und wurde in den steinigen und schneebedeckten Acker dieses Landes im Winter gelegt.



Portraits: Marie Juchacz, 1921 und 1946,
Archiv der sozialen Demokratie Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Die Schrecken des Ersten Weltkrieges waren unbewältigt. Not und Elend als Folgen des verlorenen Krieges hielten an und nur ein Jahr zuvor tobten die schlimmsten Kämpfe des Bürgerkrieges in dem von tiefen Konflikten bestimmten Reich. Die Sorge um das Überleben der Menschen und die Verantwortung für den Aufbau des neuen Staates wurde durch die Last der Kriegsschuld des Deutschen Reiches noch sehr viel größer. Die junge, demokratische Republik übernahm die Verantwortung für einen Staat, der im Innern seine gesellschaftlichen Spannungen unbewältigt mitnahm und im Äußeren der fatalen Feindschaft der Entente gegenüberstand. „Wir wenden uns an die Völker der anderen Länder, die furchtbare Blockade, die uns auch heute noch und jede Stunde mit dem Hungertod bedroht, zu beenden ... und es ist das Furchtbarste, was die Entente sich heute zu dieser Stunde noch zuschulden kommen läßt, dass sie dieses wehrlose deutsche Volk dem Hunger überliefert“, sprach Marie Juchacz aus dem neuen Parlament hinaus. Während die Politik verhandelte, kamen den Menschen des bekämpften Feindeslandes die Menschen der Welt zu Hilfe. Hilfsaktionen für unterernährte Kinder und Erwachsene, für schwangere und stillende Mütter, trafen, wie Marie Juchacz es beschrieb, als „gesammelte Liebesgaben“ ein. Mit der Gründung der Arbeiterwohlfahrt im Dezember des gleichen Jahres 1919 schuf Marie Juchacz eine Organisation, um Lebensmittel und Kleidung zu verteilen, die Versorgung der Menschen durch Volksküchen, Wärmehallen und Teestuben zu unterstützen und mit der Öffnung von ersten Nähstuben, Werkstätten und Ausbildungsorten den Menschen Hilfe zur Selbsthilfe zu geben.

Armut und Not kannte Marie Juchacz aus eigener Erfahrung schon von Kindheit an. Am 15. März 1879 war sie als Marie Gohlke in Landsberg an der Warthe geboren worden. Ihr Vater war selbstständiger Zimmermann und ihre Mutter stammte aus einer Familie von armen Tagelöhnern, die im Dienst der Gutsherrschaft stand. Der Wohlstand der Gründerzeit war nicht über die ganze Gesellschaft gekommen. Marie Gohlke wuchs im Deutschen Kaiserreich auf und erlebte die furchtbare Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen und ihrer Familien. Schon als Vierzehnjährige musste sie Geld verdienen und die Schule verlassen – zeitlebens erinnert sie sich an den Schmerz, nicht mehr lernen zu dürfen. Immer wird sie nachts Bücher lesen, als Dienstmädchen, als Fabrikarbeiterin, Krankenwärterin, Näherin und als Parteisekretärin.

1906 kam Marie Juchacz nach einer beendeten Ehe mit zwei kleinen Kindern und mit ihrer Schwester Elisabeth nach Berlin. Sie arbeiteten als Heimarbeiterinnen für wenig Geld. „Wir sind oft gefragt worden“, schrieb sie in ihren Erinnerungen, „wie wir zur Arbeiterbewegung gekommen sind. Nun, ich kann wohl sagen, daß wir hineingewachsen sind.“ Die Bedeutung des Staates für den Menschen, und das eigene Urteil, wie dieser Staat beschaffen ist und wie er sein sollte, waren ihre wichti-



Marlies Obier, die Revolution, Farbfotografie bearbeitet, 100 x 120 cm

gen Fragen. Sie beantworteten sie mit dem Kampf gegen das preußische Dreiklassenrecht und gegen den Ständestaat und für die gleichen demokratischen Rechte für Mann und Frau. Beide Schwestern erlebten im Januar 1908 bei einer Demonstration den Einsatz der berittenen Polizei. Marie Juchacz erinnerte sich zeitlebens, dass nur die Pferde davor scheuten, auf die liegenden Körper zu trampeln.

Ihre erste Rede hielt Marie Juchacz, als die angekündigte Rednerin ausfiel – gerade von der Arbeit auf dem Weg nach Hause war sie, als einige Genossinnen schon an der Straßenbahnhaltestelle auf sie warteten. „Luise Zietz ist verhindert, Du musst einspringen. Hier ist ein Butterbrot von Zuhause. Du kommst gleich mit ins Lokal, das ist schon brechend voll.“ Sie handelte sogleich. Von diesem Tag an wurde sie oft zu Vorträgen und Reden eingeladen. Während des Ersten Weltkrieges sprachen allein der Kaiser und die Oberste Heeresleitung. Erst mit der Revolution von 1918/19 waren Republik und Freiheit und Gleichheit greifbar. Als Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt wirkte Marie Juchacz an dem Aufbruch der Republik als sozialem Staat mit. –

Die Gründe des bitteren Scheiterns der Weimarer Republik sind vielfältig. Die ungebrochene Macht der alten Eliten, die unbewältigten politischen Konflikte im Reich, die niederdrückenden Bedingungen des Versailler Friedensvertrages, die Weltwirtschaftskrise mit der fatalen Situation des Deutschen Reiches von schließlich über 6 Millionen Arbeitslosen ließen den Winter im Land nicht vergehen. Der Acker, in den die neue Saat gelegt wurde, blieb steinig und vereist.

Marie Juchacz hielt 1932 ihre letzte Rede vor dem Parlament und musste mit der Machtübernahme Hitlers 1933 sofort vor ihrer Verfolgung, Haft und Tod fliehen. Über Saarbrücken, Frankreich und die Insel Martinique gelangte sie schließlich nach New York.

Die nationalsozialistische Diktatur nahm alles demokratisch Erreichte der ersten Republik wieder zurück. Die erwünschte Rolle der Frau in der neuen staatlichen Ordnung war ausschließlich die der Mutter. Elisabeth Selbert, die 1949 für den Gleichstellungsparagrafen im Grundgesetz der zweiten deutschen Republik kämpfte, war die letzte zugelassene Anwältin unter nationalsozialistischer Herrschaft. – Die Jahre der Grauen und Schrecken von Diktatur, Vernichtung und Krieg endeten mit der Befreiung durch den verlorenen Krieg; und in Trümmern und Ruinen.

Marie Juchacz kehrte 1949 nach Deutschland zurück. Sie war nun 70 Jahre alt und wollte keine politischen Funktionen mehr übernehmen. Sie wurde Ehrenvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, die sich nach ihrer Zerschlagung nun mit der jungen Republik wieder erhob. Sie schrieb ein Buch, das eine Schatztruhe ist: „Sie lebten für eine bessere Welt“. Die Erinnerung an lauter mutig und tapfer geführte Frauenleben ist darin. „Für die, deren Namen nicht genannt wurden“, lautet ihre Widmung. Marie Juchacz starb am 28. Januar 1956.

Zitate aus: Marie Juchacz: Sie lebten für eine bessere Welt, Lebensbilder führender Frauen des 19. und 20. Jahrhunderts, Berlin/Hannover 1955. Rede Marie Juchacz' www.bundestag.de

Marlies Obier, die neue Saat, Farbfotografie bearbeitet, 100 x 120 cm



Frauen in den revolutionären Räten 1918/19



Die Frauenrechtlerin und Friedensaktivistin Gertrud Baer leitete in der Münchner Räterepublik das Referat für Frauenrechte. (© Swarthmore College Peace Collection)



Toni Sender, Generalsekretärin des Frankfurter Arbeiterrates, forderte vergeblich eine Frauenquote für die Räte. (© Stadtarchiv Wiesbaden)



Münchner Postarbeiterinnen demonstrierten beim Generalstreik im April 1919 für die Räterepublik. (© Stadtarchiv München)

Begrenzte Chancen

In den Zentralrat der Sozialistischen Republik Deutschland wurden im Dezember 1918 nur Männer berufen. In den lokalen Arbeiter- und Soldatenräten waren Frauen vereinzelt vertreten. Lediglich in den aufständischen Zentren Bremen und München wurden je drei Frauen in die Räte gewählt. Sie setzten sich u.a. für gleiche Bezahlung und gleiche Erwerbslosenunterstützung der Arbeiterinnen ein.

Bekannte Repräsentantinnen der radikalen Frauenbewegung engagierten sich in der Münchner Räterepublik: Gertrud Baer wurde Leiterin des Referats für Frauenrechte, drei Frauen saßen im Revolutionstribunal, mindestens sechs Frauen waren in diversen Kommissionen aktiv. Anita Augspurg beantragte vergeblich beim Münchner Zentralrat, dem Bauernrat einen Frauenrat anzugliedern, um die ländlichen Frauen aufzuklären und somit zu verhindern, dass diese nur konservative Parteien wählten.

Nach der Vorstellung des Münchner Rats waren neun Berufsgruppen wählbar: es waren acht typische Männerberufe, an letzter Stelle die häuslichen Dienstboten. Wahlberechtigt waren laut Entwurf des bayrischen Wahlgesetzes nur die in Betrieben tätigen Frauen und Männer. Das hieß, Hausfrauen sowie Erwerbslose waren vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen.

Frauenräte und Volkskommissarin

Die Forderung von Frauen nach Frauenräten fand kaum Gehör. Bekannt sind nur ein Frauenrat in Magdeburg und ein Hausfrauenrat in Jena, der sich um die Versorgung der Bevölkerung kümmerte.

Den höchsten Posten erhielt Minna Fasshauer aus Braunschweig, die im November 1918 zur „Volkskommissarin für Volksbildung“ ernannt wurde. Sie war erste Ministerin in Deutschland bis zur Auflösung des Rats der Volksbeauftragten im Februar 1919. U.a. schaffte sie die kirchliche Schulaufsicht ab und engagierte sich für Volkskindergärten sowie Volksschulen.

Wählen und kandidieren

Das aktive Wahlrecht

Alle Parteien organisierten vor der Wahl zur Nationalversammlung im Januar 1919 politische Schulungen für Frauen. Sie befürchteten, die politischen Gegner könnten mehr als sie selbst von den Frauenstimmen profitieren. Daher begann ein Wettkampf um die Gunst der Wählerinnen. An der ersten demokratischen Wahl am 19.1.1919 nahmen 83% der wahlberechtigten Frauen teil, bei späteren Wahlen nahm ihr Anteil leicht ab.

1919 wählten Frauen in größerem Maße die SPD als in den folgenden Jahren, doch insgesamt zogen sie konservative Parteien vor. Am meisten profitierte das katholische Zentrum vom Frauenstimmrecht: 60% der Stimmen kamen von Frauen. Auch die Deutsche Volkspartei und die Deutsch-Nationale Volkspartei wählten mehr Frauen. Die liberale Deutsche Demokratische Partei, in der bekannte Frauenrechtlerinnen wie Gertrud Bäumer, Marie Baum und Marianne Weber Führungspositionen innehatten, wurde 1919 gezielt als „Frauenpartei“ beworben. Sie erhielt fast 50% ihrer Stimmen von Frauen.

Das passive Wahlrecht

Nach der Einführung des Frauenwahlrechts herrschte Aufbruchsstimmung. In kurzer Zeit erklärten 308 Frauen ihre Kandidatur für die Wahl zur Nationalversammlung im Januar 1919. Ein großer Teil kam aus der bürgerlichen und sozialdemokratischen Frauenbewegung. Nur die wenigsten erhielten einen aussichtsreichen Listenplatz. 37 weibliche Abgeordnete wurden gewählt, d.h. jede achte Kandidatin; vier Frauen rückten nach. Von den männlichen Kandidaten wurde jeder Dritte gewählt. Ca. 9% der Abgeordneten waren Frauen. Doch mit jeder weiteren Wahl wurden es in den bürgerlichen Parteien weniger. Die SPD-Fraktion hatte durchschnittlich 11% Frauen. Bei der KPD schwankte der Frauenanteil zwischen 5,5 und 25%.

Die bürgerlichen Parteien stellten ihre Kandidaten nach berufsständischen Kriterien auf. Die Kategorie „Frau“ wurde wie ein Beruf behandelt: Neben den Interessenvertretern der Unternehmer, Beamten, Akademiker, Kaufleute, Landwirte usw. wurde nur eine Frau als Kandidatin zugelassen. Ohne Lobby und finanzielle Mittel hatten die Vertreterinnen der Frauen(bewegung) kaum Chancen auf einen aussichtsreichen Listenplatz.



Großer Andrang vor den Wahllokalen am 19.1.1919. (© Friedrich-Ebert-Gedenkstätte)



Das Auszählen der Wahlstimmen in München 19.1.1919. (© Stadtarchiv München)



USPD-Anhängerinnen beim Wahlkampf für Luise Zietz (© Archiv der sozialen Demokratie)



Die SPD-Fraktion hatte 1919 den größten Anteil von Frauen. (© Archiv der sozialen Demokratie)

Nur bedingt gemeinsames Eintreten für frauenpolitische Rechte



„Grundsätzliche“ oder uneingeschränkte Gleichberechtigung?

Die weiblichen Abgeordneten hatten mitunter sehr unterschiedliche Vorstellungen über die weibliche Rechtsstellung. Dies wird in der Auseinandersetzung über die angestrebte Gleichberechtigung in der Verfassung deutlich. Nur 20 von 38 Frauen in der Nationalversammlung stimmten für die bedingungslose Gleichberechtigung.

Während die SPD- und USPD-Fraktionen eine Gleichstellung ohne Einschränkungen forderten, traten die konservativen Parteien für „grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten“ der Frauen ein. Die privatrechtliche Unterordnung der (Ehe-) Frauen wurde damit nicht aufgehoben.

Die VerfechterInnen einer bedingungslosen Gleichstellung konnten sich nicht durchsetzen. Die weiblichen Abgeordneten richteten sich nach dem Votum ihrer Partei, einige Frauen fehlten bei der Abstimmung. Hedwig Dransfeld (Zentrum) war die Einzige, die sich enthielt und damit ein Zeichen gegen ihre Fraktion setzte.

Interfraktionelle Eingaben der weiblichen Abgeordneten

Die Politikerinnen der ersten Legislaturperiode mussten sehr darum kämpfen, das Wahlrecht zu den Sozialwahlen, Kaufmanns- und Gewerbeberichten durchzusetzen sowie die Zulassung von Frauen zu allen Berufen und Ämtern der Rechtspflege. Dies war nur durch mehrfache interfraktionelle Anträge der weiblichen Abgeordneten aller Parteien möglich.

Sie setzten sich parteiübergreifend für verschiedene (frauen-) politische Anliegen ein: für verbesserten Mutterschutz, einheitliche Erwerbslosenunterstützung, Versicherung der Heimarbeiterinnen, ein Jugendwohlfahrtsgesetz und Straffreiheit der Prostitution, wenn sie nicht gewerbsmäßig betrieben wurde. Das Beamtinnenzölibat, die Kündigung verheirateter Beamtinnen, konnten linke und liberale Politikerinnen nur vorübergehend bis 1932 aufheben. Bei der Reform des Ehe- und Familienrechts hatten sie auch keinen Erfolg. Konservative Politikerinnen stimmten gegen privatrechtliche Verbesserungen für Frauen.

USDP-Frauen (links Luise Zietz) setzten sich für umfassende Frauenrechte ein mit dem Ziel, eine sozialistische Republik zu erringen. (© Friedrich-Ebert-Gedenkstätte)



Die national-konservativen Frauen stimmten nur für Frauenrechte, wenn sie mit den traditionellen Geschlechterrollen zu vereinbaren waren. (© Friedrich-Ebert-Gedenkstätte)



Marie-Elisabeth Lüders (hier mit Sohn) war DDP-Abgeordnete und ledige Mutter. Sie engagierte sich für eine Reform der Ehe- und Scheidungsgesetze sowie für eine Besserstellung unehelicher Kinder. (© Archiv der deutschen Frauenbewegung)

Weibliches Staatsbürgertum und **bürgerliche** Frauenbewegung



Auf der Suche nach einem neuen Selbstverständnis

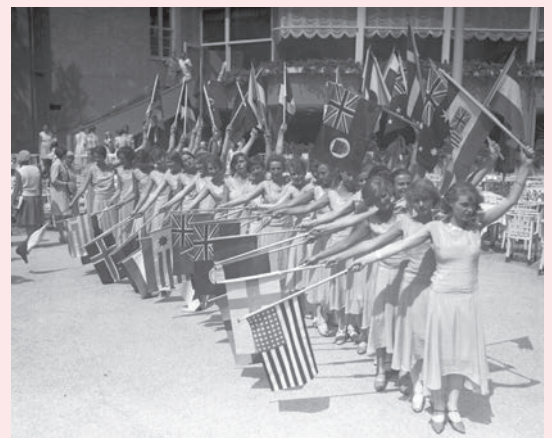
Nach der Erlangung des Frauenwahlrechts suchten der Allgemeine Deutsche Frauenverein (ADF), der sich erst für Ausbildung, später für die Mitarbeit von Frauen in der Kommune eingesetzt hatte, und der Bund Deutscher Frauenvereine (BDF) nach neuen Zielen. Die 38-jährige Dorothee von Velsen wurde 1921 Vorsitzende des ADF, sie sah seine Hauptaufgabe in der staatsbürgerlichen Erziehung und in internationalen Kooperationen. Unter ihrer Leitung reorganisierte sich der Verein 1923 als Deutscher Zweig des Weltbundes für Frauenstimmrecht und nannte sich in Staatsbürgerinnenverband um.

Gertrud Bäumer, die von 1910 bis 1919 den BDF in eine gemäßigte Richtung geführt hatte, blieb in der Weimarer Republik als Stellvertreterin die einflussreichste Persönlichkeit. In der starren hierarchischen Organisation gab es wenig Veränderung. Unter den Mitgliedern dominierten Frauenberufsorganisationen sowie die nationalen Haus- und Landfrauenverbände. Junge Frauen wurden nicht von der Frauenbewegung angesprochen, sie empfanden die älteren Frauenrechtlerinnen als „männerfeindlich“.

Staatstragender Ausgleich oder feministische Opposition

Die Arbeit des BDF zielte darauf, Kandidatinnen zu fördern und frauenpolitische Forderungen in die Politik einzubringen. Intern versuchte der Bund vergeblich zu einer einheitlichen Haltung über seine Ziele zu gelangen. Konflikte zwischen den liberalen Frauen und der „Nationalen Opposition“ waren nicht zu überbrücken. In dieser Auseinandersetzung mit rechten Kräften Ende der 1920er-Jahre bemühte sich der BDF den kleinsten politischen Konsens zu finden und musste Kompromisse eingehen. Aufgrund seiner parteipolitischen Neutralität war er zum Ausgleich zwischen kontroversen Haltungen gezwungen. Eine mobilisierende Wirkung war nicht (mehr) möglich.

Der radikale Flügel der Frauenbewegung um Anita Augspurg und Lida G. Heymann engagierte sich nicht mehr im BDF, sondern im deutschen Zweig der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit. Die Gruppe befasste sich mit internationaler Friedenspolitik aus feministischer Perspektive, u.a. mit Waffenhandel, Menschen- und Frauenrechtsverletzungen sowie dem erstarkenden Nationalsozialismus.



Eröffnung des Kongresses zum 25-jährigen Jubiläum des Weltbundes für Frauenstimmrecht 1929 in Berlin, organisiert vom Staatsbürgerinnenverband (© Bundesarchiv, Foto: Georg Pahl)



Dorothee von Velsen, Vorsitzende des Staatsbürgerinnenverbands, daneben ihre Stellvertreterin Else Ulich-Beil (© Archiv der deutschen Frauenbewegung, Foto: Paul Beuttler)



Referat von Ilse Neumann im preußischen Landtag über die deutschnationale Frauenpolitik, April 1932 (© Bundesarchiv, Foto: unbekannt)

Wenig Spielraum für SPD-Frauengremien



*Marie Juchacz und ihre Schwester Elisabeth Kirschmann-Röhl kandidierten 1919 für die Nationalversammlung.
(© Archiv der sozialen Demokratie)*



*SPD-Demonstration gegen den § 218 in den 1920er Jahren.
(© Archiv der sozialen Demokratie)*



Kundgebung zum 1. Mai um 1925. (© Archiv der sozialen Demokratie, Atelier Schaletzky)

Annäherung an die bürgerliche Emanzipationsidee

Die sozialdemokratische Frauenbewegung hatte zu Beginn der Weimarer Republik die alte sozialistische Emanzipationstheorie aufgegeben und sah die Emanzipation in einer allgemeinen Erweiterung des spezifisch weiblichen Kultureinflusses. Sie hatte ihre früheren wichtigsten Köpfe verloren: Clara Zetkin war der KPD beigetreten, Luise Zietz der USPD. Neue Führungsfigur wurde Marie Juchacz, Mitglied im Parteivorstand, Herausgeberin der Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ und Gründerin der Arbeiterwohlfahrt.

Die weiblichen Abgeordneten der SPD-Reichstagsfraktion konzentrierten sich auf die Sozial- und Familienpolitik, sie setzten sich u.a. für Koedukation, Mutter- und Arbeiterinnenschutz und das Recht der Frau auf Erwerb ein. Die Partei engagierte sich besonders im Kampf gegen das Abtreibungsgesetz. 1926 konnte die Umwandlung der Zuchthausstrafe in Gefängnishaft und 1927 die Zulassung der medizinischen Indikation durchgesetzt werden. Für eine ersatzlose Streichung des § 218 setzten sich aber nur wenige ein.

Anpassung oder Kritik

Zwar hatte die SPD-Fraktion im Reichstag den größten Frauenanteil, doch auch SPD-Kandidatinnen mussten beim Kampf um gute Listenplätze Männern weichen. Auf den jährlichen Frauenkonferenzen ging ein Teil der Genossinnen kritisch mit der Partei um. Um ihren Forderungen das Gewicht zu nehmen, legte die SPD die Frauenkonferenz zeitlich nach den Parteitag, bis sie 1927 ganz eingestellt wurde. Der Parteitag 1923 beschloss, mehr Ämter und Funktionen mit Frauen zu besetzen, doch änderte sich kaum etwas an der Unterbesetzung von Frauen. Führende Politikerinnen wie Juchacz machten u.a. auch Frauen dafür verantwortlich.

Die sozialdemokratische Frauenbewegung befand sich in enger Abhängigkeit von der Partei. Politiker kritisierten die rückläufige Zahl weiblicher Mitglieder und beklagten wiederholt das „Versagen“ der Frauen. Sie hielten die Zahl der neugewonnenen Genossinnen für das entscheidende Kriterium für den Erfolg der Frauenarbeit. Trotz proklamierter Gleichberechtigung blieb die SPD eine Männerpartei, der auch Frauen angehörten.

Reaktionen auf den Verlust von Frauenmandaten



Gertrud Bäumer (DDP),
Ministerialrätin im
Reichsinnenministerium,
war eine der wenigen, die
nicht um ihre Wiederwahl
bangen musste.
(© Archiv der deutschen
Frauenbewegung,
Foto:
Erna Lendvai-Dirksen)



Bescheidene Quote und Kampagnen

In der Zentrumsparterie hatte der Frauenbeirat bereits 1920 eine weiche Quote von 20% eingeführt – allerdings nur in erfolgreichen Wahlkreisen. Der einzige Wahlkreis, der sich an die Vorgaben hielt, war der Kreis Köln-Aachen. Bei der liberalen Deutschen Demokratischen Partei zeigt sich, wie mit einsetzendem Stimmenverlust die Frauenmandate prozentual zurückgingen. Bei der Deutschen Volkspartei sah es ähnlich aus. DDP-Politikerinnen starteten mehrere Kampagnen, damit Kandidatinnen bessere Plätze bekämen – doch ohne Erfolg.

Politiker, die den Frauen im Kaiserreich nicht freiwillig das Stimmrecht gewährt hatten, gestanden ihnen nun genauso wenig erfolgreiche Listenplätze zu. Weder die Politikerinnen noch der Bund Deutscher Frauenvereine schafften es, Druck auf die Parteien auszuüben. Parteistrukturen wurden nicht infrage gestellt. Solange sich die weiblichen Abgeordneten auf die sogenannten Frauenbereiche wie Wohlfahrt und Soziales beschränkten, trugen sie dazu bei, die männliche Dominanz in der Politik zu verfestigen.



Katharina v. Kardorff-Oheimb (DVP), bekannteste Verfechterin der Frauenlisten, bei einer Rede im Lyceum Club Berlin-Charlottenburg 1930.
(© Bundesarchiv, Foto: Alfred Eisenstaedt)

Frauenlisten als Alternative

Immer wieder schlugen gescheiterte Politikerinnen aus dem bürgerlichen Spektrum und Vertreterinnen der Frauenorganisationen vor, Frauenlisten zu den Wahlen aufzustellen. Auf Reichsebene ließ sich dieser Vorschlag nicht verwirklichen, da die Abgeordneten kaum die Freiheit hatten, mit Kolleginnen anderer Parteien Wahlverbindungen einzugehen. Einige fühlten sich zudem ihrer Partei verpflichtet. Die SPD-Politikerinnen lehnten Frauenlisten mit bürgerlichen Frauen prinzipiell ab.

In den Kommunen sah es anders aus. Aus Protest über nicht eingehaltene Versprechen gründeten sich mehrfach Frauenlisten. Die Kandidatinnen mussten hart im Nehmen sein, auf sie wurde großer Druck ausgeübt, ihre Kandidatur wieder zurückzuziehen. Die erfolgreichste Frauenliste bildete sich 1924 in Warendorf unter Leitung von Klara Schmidt, als das Zentrum den Frauen trotz vorheriger Zusage ein Mandat verweigerte. Es war eine Sensation, als vier Frauen in den Stadtrat gewählt wurden – neben 14 Männern.



Plakat zur Kommunalwahl in Ludwigshafen 1929.
(© Stadtarchiv Ludwigshafen)

Frauenrechte wieder in Gefahr



Frauen der Eisernen Front in Berlin neben dem Gebäude des SPD-Parteivorstands.

(© Bundesarchiv, Fotograf: unbekannt)

Titelseite von
Amalie Lauers
Broschüre.



Ankündigung einer Rede von Toni Sender in der „Volksstimme“ 25.10.1932

Stagnation nach hoffnungsvollem Start

Obwohl die weiblichen Abgeordneten ohne parlamentarische Erfahrung begannen und die erste Legislaturperiode von 1920-1924 mit außerordentlichen Problemen wie der Inflation und Putschversuchen konfrontiert war, konnten in diesen Jahren die meisten rechtlichen Verbesserungen für Frauen durchgesetzt werden. Diese Entwicklung nahm später ab, parallel mit einem Verlust von Frauenmandaten.

In der Wirtschaftskrise gab es kaum noch parteiübergreifende Initiativen der Frauen. Im Hinblick auf Frauenrechte und Sozialpolitik ging es höchstens noch um den Erhalt des Erreichten. Häufig wechselnde Regierungen, das Erstarken der frauenfeindlichen NSDAP und ein Parlament ohne Kompetenzen läuteten ab 1930 nicht nur den Verfall der Republik ein, sondern auch der Frauenrechte. 1932 wurde das Beamtinnenzölibat wieder eingeführt.

Die NSDAP bedroht Frauenrechte

Einzelne Persönlichkeiten der Frauenbewegung und einige Politikerinnen warnten vor dem aufkommenden Nationalsozialismus. Neben den radikalen Feministinnen analysierte Dorothee von Velsen, Vorsitzende des Staatsbürgerinnenverbands, 1930 detailliert den Erfolg der NSDAP. Amalie Lauer vom Zentrum warnte in zahlreichen Vorträgen und in ihrer Broschüre „Die Frau in der Auffassung des Nationalsozialismus“ vor der Rechtlosigkeit und Reduzierung der Frauen auf ihre biologische Funktion.

Konsequenter gingen die SPD- und KPD-Frauen gegen die rechte Gefahr vor, jedoch nicht gemeinsam. Sie verteilten Flugblätter und organisierten antifaschistische Kundgebungen. In vielen Städten gründeten Arbeiterorganisationen, Gewerkschaften und der Reichsbanner Bund der aktiven Demokraten 1931 die „Eiserne Front“, in der auch Frauen aktiv waren. In Hamburg initiierte die DDP-Politikerin Emmy Beckmann eine überparteiliche Frauenfront zur Verteidigung von Frauenrechten.

Die NSDAP schaffte nach der Machtübernahme de facto das passive Wahlrecht für Frauen ab und führte einen Numerus Clausus ein, um den Anteil der Studentinnen auf 10% zu begrenzen. Damit machte sie wichtige Errungenschaften der Frauenbewegung rückgängig.

Dr. Florence Hervé

Frauenfriedensbewegung der 50er- und 60er-Jahre an Rhein und Ruhr

Nach dem Sieg über den Nationalsozialismus, nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs mit mehr als 60 Millionen Toten und nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki waren die Antikriegsstimmung und der Wunsch nach einer europäischen Friedensordnung stark. „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ hieß die Losung in vielen Ländern. Dieser Wunsch spiegelt sich in der Gründung und Neugründung von internationalen und nationalen friedensbewegten Frauenorganisationen wider.

Für die 1919 gegründete und 1933 von den Nazis in Deutschland „aufgelöste“ Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit IFFF ging es um den Wiederaufbau der europäischen Sektionen. Im ersten Aufruf der IFFF-Frauen heißt es 1945 „... den Einfluß des noch bestehenden Faschismus auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens auszumerzen und das Denken zu befreien von dem Ungeist völkischer Überheblichkeit und des Rassenhasses ... Wir wollen beitragen zu der Erkenntnis, daß nur gegenseitige Achtung und gegenseitiges Vertrauen die Kräfte sind, auf deren Grundlage das Zusammenleben der Menschen und Völker neu gestaltet werden kann ...“.¹

Aus dem antifaschistischen Widerstand entstand 1945 in Paris die Internationale demokratische Frauenföderation IDFF. In der ersten IDFF-Satzung werden die Ziele der Organisation genannt: 1. Die aktive Beteiligung am Kampf zur vollständigen Vernichtung des Faschismus; 2. ein gemeinsames Prozedere, um die Frauen in allen Ländern der Welt zur Verteidigung ihrer Rechte zu bringen; 3. Schutz der Volksgesundheit, insbesondere der physischen und psychischen Gesundheit von Kindern; 4. Stärkung der Freundschaft und Einheit unter den Frauen in der ganzen Welt.²

Bald setzte jedoch der Kalte Krieg ein, die Konfrontation zwischen Ost und West, verbunden mit der Truman-Doktrin (Interventionspolitik in andere Staaten) und der McCarthy-Ära (Verfolgung von Kommunisten), und mit dem Wettrüsten. Bereits 1950 erwähnte Bundeskanzler Adenauer die Notwendigkeit der Wiederbewaffnung der BRD. Dies führte zum Friedensengagement vieler Frauen.

Während sich die meisten Frauenverbände in der BRD in ihren Forderungen auf die gesetzliche Gleichstellung von Frauen konzentrierten, entwickelte sich in den 1950er-Jahren eine Frauenfriedensbewegung, die sich während des Kalten Krieges gegen die Einbindung der Bundesrepublik in ein Militärbündnis, gegen Wiederaufrüstung, Wehrpflicht und Atombewaffnung engagierte. Dies geschah unter schwierigen Bedingungen, da im Westen in den 1950er-Jahren die Beschäftigung mit dem Frieden als kommunistische Agitation galt und verfolgt wurde.

Antifaschistische Frauenausschüsse und Demokratischer Frauenbund Deutschland

1947 traten rund 2.000 Delegierte von antifaschistischen Frauenausschüssen zum „Deutschen Frauenkongress für den Frieden“ in Berlin zusammen: Der Demokratische Frauenbund wurde als zonenübergreifende Organisation gegründet. Ziel war es, gegen Faschismus und Militarismus,

¹ IFFF: zit. in: <https://www.wilpf.de/die-liga/geschichte/>

² Francisca de Haan: Hoffnungen auf eine bessere Welt. Die frühen Jahre der Internationalen Demokratischen Frauenföderation (IDFF/WIDF) 1945-1950. In: Feministische Studien, Heft 2/2009, S. 241–258

für die Einheit und den Wiederaufbau eines demokratischen Deutschlands und für die Gleichberechtigung der Frau einzutreten. Nach der Währungsreform in den drei Westzonen und der Gründung beider deutschen Staaten wurde der Demokratische Frauenbund Deutschland als eigenständige Organisation in der BRD gegründet, mit dem Ziel, für den Frieden zu arbeiten und eine Wiederbewaffnung der BRD zu verhindern.

Er gab die Zeitschrift „Frau von heute“ heraus, beteiligte sich u.a. aktiv an den Unterschriftensammlungen für den Stockholmer Appell zur Ächtung der Atombombe und zur Verurteilung des Ersteinsatzes von Atomwaffen (500 Millionen Unterschriften weltweit). 1950 organisierte der DFD einen – wegen Verbots als „Kaffeeklatsch“ getarnten – Friedenskongress der westdeutschen Frauen in München, auf dem 1.000 Frauen die Ächtung der Atomwaffen wie die Begrenzung sämtlicher Waffen forderten. Da der DFD in Westdeutschland als „Marionette der DDR“ abgestempelt wurde und Friedensaktivitäten damals generell unter Kommunismusverdacht fielen, verfolgte der westdeutsche Staat die geschilderten Aktivitäten. Mehrere DFD-Mitglieder, die der KPD nahestanden, wurden auf der Grundlage des Adenauer-Erlasses von 1950 aus dem öffentlichen Dienst entlassen und verurteilt. Der DFD, der nach eigenen Angaben 28.000 Mitglieder hatte, wurde 1957 als verfassungswidrige und staatsgefährdende Organisation verboten.³

Die Westdeutsche Frauenfriedensbewegung

Damit hatte sich das von der Bundesregierung gefürchtete Thema Frieden allerdings nicht erledigt. Aus einem Frauenfriedenskongress in Velbert am 14. Oktober 1951, zu dem 1.000 Frauen gekommen waren, ging die Westdeutsche Frauenfriedensbewegung WFFB im Februar 1952 hervor. Unter den Rednerinnen des Kongresses die ehemalige CSU-Abgeordnete Maria Deku: „Die Geschichte, die seit 2000 Jahren und länger von Männern gemacht wird, ist in Bezug auf Menschlichkeit sehr dürftig gewesen. Daher sind wir der Meinung, dass es an der Zeit ist, dass wir Frauen uns der Geschehnisse der Menschheit ein wenig annehmen. Und das natürlich zuerst in unserem Vaterland.“⁴ Die anwesenden Frauen empfanden sich als Trägerinnen des Lebens, als verantwortungsvolle Mütter. „Seid wachsam! Seid kritisch! Zeigt Zivilcourage!“ hieß die Losung.

Über die Zusammensetzung der weltanschaulich wie politisch breiten Bewegung berichtete Elly Steinmann, Mitbegründerin und Mitredakteurin der Zeitschrift „Frau und Frieden“: „In der WFFB arbeitete die Christin neben der Kommunistin, die Berufstätige mit der Hausfrau, die Wissenschaftlerin mit der Arbeiterin.“⁵

Ziel war es, die Wiederaufrüstung und die Einbindung der Bundesrepublik in ein Militärbündnis zu verhindern und eine friedliche Lösung des Deutschlandproblems (Ost-West-Verständigung) zu erreichen. Im Mai 1952 demonstrierten 1.600 Frauen in Bonn gegen den Generalvertrag, der einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft vorsah, und forderten den Abschluss eines Friedensvertrags. Auf dem Frauenfriedenstag der WFFB am 22. Mai 1952 sprach die Zentrumsvorsitzende Helene Wessel, eine der vier Mütter des Grundgesetzes. Die WFFB protestierte 1954 gegen die allgemeine Wehrpflicht, 1955 gegen die Pariser Verträge, welche die Eingliederung der BRD in die NATO und die Möglichkeit der atomaren Bewaffnung von NATO-Truppen auch auf bundesdeutschem Gebiet vorsahen.

³ Ingeborg Nödinger, a.a.O. S. 139 ff.

⁴ Maria Deku, in: Frau und Frieden, Informationsheft der Friedensbewegung deutscher Frauen in Nordrhein-Westfalen, Heft 1, Januar 52, S.1

⁵ Elly Steinmann, a.a.O. S. 170 ff.

1957 wandte sich die Bewegung gegen die drohende Atomgefahr, 1960 gegen die Entwürfe der ersten Notstandsgesetze und die darin enthaltene Dienstverpflichtung für Frauen sowie den Abbau demokratischer Rechte. 1964 riefen die aktiven Frauen gegen die multilaterale Atomstreitmacht auf, 700 WFFB-Frauen demonstrierten mit Frauen aller NATO-Länder in Den Haag und ab Mitte der 1960er-Jahre schlossen sie sich den Protesten gegen die US-amerikanische Aggression in Vietnam und deren Unterstützung durch die Bundesregierung an.

Wegen ihres antimilitaristischen Engagements wurde die WFFB verfolgt. In Rheinland-Pfalz wurde sie von der Landesregierung als „kommunistische Tarnorganisation“ 1955 verboten, gewann aber ihren Prozess. Die ständigen Repressalien wie Raumverbote und Verhaftungen veranlassten die Frauen zu phantasievollen Aktionen: Sie trafen sich zum Beispiel als Trauergemeinde, als Kaffeekränzchen und zu Adventsfeiern.

Neben den Aktivitäten in der BRD gab es auch weltweite Zusammenarbeit mit der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit IFFF und der 1945 gegründeten Internationalen Demokratischen Frauenföderation IDFF.

Wer waren die Frauen der WFFB?

Mitbegründerin, Motor und Aktivistin der Bewegung war die Katholikin und Pazifistin Klara Marie Faßbinder (1890-1974), „Friedensklärchen“ genannt.⁶ Als junge, patriotische Rheinländerin meldete sie sich im Kriegssommer 1918 zum „vaterländischen Hilfsdienst“ bei der kaiserlichen Armee, wurde als Referentin für den „Vaterländischen Unterricht“ in das Hauptquartier der Dritten Armee berufen, um den Kampfgeist der Truppen aufrechtzuerhalten. Sie kehrte als Kriegsgegnerin zurück. Das Eiserne Kreuz lehnte sie 1919 ab. Die Aussöhnung mit dem „Erbfeind Frankreich“ wurde ihr Herzenssache.

Die Doktorin der Philosophie arbeitete in der Weimarer Republik als Lehrerin. Sie engagierte sich in der Kirche, wurde zweite Vorsitzende des Friedensbundes Deutscher Katholiken und nahm an Frauen- und Friedenskongressen teil. Wegen Kritik an den antisemitischen Übergriffen wurde sie 1933 suspendiert und 1935 entlassen. Nach Ende von Nationalsozialismus und Krieg war sie Professorin für Geschichte an der Bonner Pädagogischen Hochschule, bald eines der ersten Berufsverbotsopfer.

1947 gründete die Großtante des Regisseurs Rainer Werner Fassbinder die internationale Organisation „Mouvement Mondial des Mères“ (Weltbewegung der Mütter) in Paris mit, beteiligte sich 1952 auch an der Gründung der christlich-pazifistisch orientierten Gesamtdeutschen Volkspartei von Gustav Heinemann und Helene Wessel. Im selben Jahr gründete sie die westdeutsche Frauenfriedensbewegung WFFB, deren Vorsitzende sie wurde. Sie war ebenfalls Mitredakteurin der WFFB- Frauen *Frau und Frieden*.

Faßbinder setzte sich für die Verständigung und Freundschaft mit Frankreich und dem Osten ein, geleitete die ersten Frauengruppen nach Moskau, Warschau und Paris, besuchte die Gedenkstätten der nationalsozialistischen Verbrechen im französischen Oradour, in Auschwitz und Majdanek in Polen sowie im tschechischen Lidice. Sie bekam später Audienzen sowohl bei Nikita Chruschtschow als auch bei Papst Johannes XXIII.

Das politische Engagement der streitbaren Friedensaktivistin hatte Folgen: 1953 wurde sie ihres Amtes als Professorin enthoben und 1954 ohne Rechtsgrundlage in den vorzeitigen Ruhestand ver-

⁶ Klara Marie Faßbinder: Bertha von Suttner und ihre Töchter – Ein Versuch –, hrsg. von der Westdeutschen Frauenfriedensbewegung, Gelsenkirchen o.J. 1964

setzt. Beschuldigt, eine verkappte Kommunistin zu sein, antwortete sie: „In Moskau weiß man, dass ich eine unverbesserliche Christin bin, da sollte man es in Bonn nicht wissen?“ 1966 verweigerte Bundespräsident Heinrich Lübke der Übersetzerin der Werke von Paul Claudel die Entgegennahme des französischen Ordens „Les Palmes Académiques“ für die Förderung französischen Kulturgutes. Erst 1969 revidierte Lübkes Nachfolger Gustav Heinemann diese Entscheidung. Zuletzt engagierte sie sich für die Befreiung Vietnams, die sie aber nicht mehr erleben sollte.

Das Entsetzen über die Adenauer-Politik, die bereits kurz nach Kriegsende für die Wiederaufrüstung mobilmachte, führte die Chemotechnikerin Elly Steinmann dazu, sich friedenspolitisch zu engagieren. Es war ihr unbegreiflich, dass in den 50er-Jahren eine deutsche Armee überhaupt in Betracht kam und ihre beiden Söhne vielleicht eingezogen werden könnten. Sie hatte ihre Erlebnisse als Flüchtling in Dresden nicht vergessen, das im Februar 1945 „in einer einzigen Nacht zu einem Massengrab aus Mörtel, Schutt und Mauersteinen“ wurde.⁷

Sie wählte den Weg des zivilen Ungehorsams, stellte sich vor Zechentore und Fabriken, sammelte Unterschriften gegen Wiederaufrüstung, machte sich zu eigen, was auf dem Friedenskongress der 1.000 Frauen im Oktober 1951 in Velbert gesagt wurde: „Habt Zivilcourage“. Sie wurde 1952 Mitbegründerin der Westdeutschen Frauenfriedensbewegung, redigierte 20 Jahre lang deren Zeitschrift „Frau und Frieden“. In diesen Jahren, an der Seite ihrer ‚Lehrmeisterin‘ und Freundin Prof. Klara Marie Faßbinder, gewann die Journalistin ihre politische Hornhaut. In den 60er-Jahren bereiste sie verschiedene Länder, um für den Frieden zu werben, sprach mit Polens Außenminister Adam Rapacki in Genf, der eine atomwaffenfreie Zone in Europa vorgeschlagen hatte.

Mit Blumen „bewaffnet“ demonstrierte Elly Steinmann 1964 mit 1.400 Frauen in Den Haag, während der dort stattfindenden NATO-Tagung, gegen die atomare Aufrüstung. Im Laufe ihrer politischen Entwicklung hat Elly Steinmann erfahren, dass der Frieden notfalls mit der Waffe verteidigt werden muss. Während des US-Bombenkriegs war sie 1970 und 1974 bei der Befreiungsbewegung in Vietnam. Die Solidarität mit Vietnam lag ihr daher besonders am Herzen.

Auch die Journalistin Ingeborg Küster (1909-2004), 20 Jahre lang Redakteurin der Zeitschrift der WFFB „Frau und Frieden“, war von Anfang an dabei. Während der Weimarer Republik war die „gefühlsmäßige Pazifistin“ bereits mit Friedenspolitik konfrontiert, u.a. als Sekretärin des Herausgebers der Zeitschrift der Deutschen Friedensgesellschaft *Das Andere Deutschland*, ihres späteren Ehemanns Fritz Küster. Nach der Entlassung von Fritz Küster aus dem KZ Buchenwald und nach dem Krieg baute sie gemeinsam mit ihrem Mann den Fritz-Küster-Verlag in Hannover auf und gab *Das Andere Deutschland* mit heraus. Das Ehepaar trat gegen die Remilitarisierung Deutschlands ein, für eine Anerkennung der polnischen Westgrenze, für eine Entspannungs- und Aussöhnungspolitik mit Osteuropa, und unterstützte die Kampagne Kampf dem Atomtod und die Ostermärsche. Die Zeitschrift wurde drei Jahre nach Fritz Küsters Tod 1969 eingestellt. Bis 1974 gab Ingeborg Küster „Frau und Frieden“ mit heraus.⁸

1970 kam die Gewerkschafterin, Antifaschistin und Friedensaktivistin Alma Kettig (1915-1997) in der Redaktion hinzu.⁹ Aufgewachsen in einer sozialdemokratischen Familie, schloss sich die Stenotypistin früh der Sozialistischen Arbeiterjugend und dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus an. Nach dem Krieg engagierte sie sich in der Gewerkschaft und in der SPD und hatte zwischen 1953 und 1965 ein Bundestagsmandat inne. Die Wittener Stadträtin war eine der wenigen SozialdemokratInnen,

7 Elly Steinmann, a.a.O.

8 Ingeborg Küster: Politik – haben Sie das denn nötig? Autobiografie einer Pazifistin. Bearbeitet von Ruth Esther Geiger und Gitta Gramkow, Hamburg 1983

9 Alma Kettig: Verpflichtung zum Frieden, Biographie einer Bundestagsabgeordneten, hrsg. von Stefan Appellius, Oldenburg 1990; darunter auch: Helga Julien, Alma Kettigs Frauen- und Friedensarbeit, S. 142. <https://almakettig.wordpress.com/>

die zu der Wiederbewaffnung Deutschlands und den Notstandsgesetzen Nein sagte. Nach Diffamierungen verließ sie 1965 den Bundestag, arbeitete danach im Großhandel und als Journalistin. Sie engagierte sich in der *Westdeutschen Frauenfriedensbewegung* der frühen 70er-Jahre und schrieb für deren Zeitschrift wie beim Deutschen Freidenkerverband, dessen 2. Vorsitzende sie 1983 wurde.

1974 musste die Zeitschrift „Frau und Frieden“ eingestellt werden, die WFFB zerfiel. Die Friedensfrage schien in der Phase der Entspannung in Europa kein Thema mehr zu sein. Der WFFB gelang es zum anderen nicht, junge Frauen aus der Neuen Frauenbewegung anzusprechen; Themen wie der § 218 und Gewalt gegen Frauen wurden von ihr nicht aufgegriffen.

Die weitere Entwicklung

Nach der Auflösung der WFFB initiierten Alma Kettig, Ingeborg Küster und Elly Steinmann zusammen mit Frauen der neuen Frauenbewegung und mit Gewerkschafterinnen die Demokratische Fraueninitiative DFI. Anknüpfend an das 1975 von der Internationalen Demokratischen Frauenföderation angeregte UNO-Jahr der Frau setzten sie sich die „Gleichberechtigung in einer humanen Gesellschaft“ zum Ziel. Die DFI gab ab 1979 den Kalender „Wir Frauen“ sowie ab 1982 die Zeitschrift gleichen Namens heraus.¹⁰ Sie betonte den gesellschaftlichen Zusammenhang der Frauendiskriminierung in der BRD, engagierte sich nicht nur für die Streichung des § 218 aus dem Strafgesetz und für die Durchsetzung des Rechts auf Arbeit und auf gleiche Entlohnung für Frauen, sondern auch friedenspolitisch, wie in der Initiative „Frauen in die Bundeswehr – Wir sagen Nein“. Deren Aufruf wurde von 100.000 Frauen unterschrieben. Gegen die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr demonstrierten 1980 rund 10.000 Frauen in Hamburg, Bonn und München.

Mit dem Ende der Entspannungspolitik, der Diskussion um die Neutronenbombe, welche die Menschen tötet und die Gebäude ausspart, und mit dem NATO-Beschluss zur Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles 1979 griffen wieder Frauen in die sicherheitspolitische Debatte ein und es entstand erneut eine vielfältige Frauenfriedensbewegung aus verschiedenen Gruppen. 1979 fand der Kongress der Frauenzeitung *Courage* in Köln „gegen Militär und Atom“ statt. Der Friedensappell der skandinavischen Frauen 1980 für sofortige Abrüstungsverhandlungen, für einen dauerhaften Weltfrieden und für die Verwendung der Rüstungsgelder für soziale Belange stieß in der BRD auf ein breites Echo und konnte mit insgesamt 500.000 Unterschriften dem UN-Generalsekretär auf der Kopenhagener UN-Weltfrauenkonferenz 1980 übergeben werden.

Es folgten Frauenfriedensmärsche (Kopenhagen–Paris 1981, Berlin–Wien 1982, Dortmund–Brüssel 1983), Frauenfriedensketten, Frauenfriedenszelte (vom Ruhrgebiet bis zur UN-Weltfrauenkonferenz in Nairobi), Frauen-Aktionen gegen die Perversion des Gedanken der deutsch-französischen Freundschaft im Sinne einer Militärachse Bonn–Paris (1988), eine KSZE der Frauen in Berlin 1990 unter dem Motto „Frauen Macht Europa“ für Abrüstung und vertrauensbildende Maßnahmen. Durch den europäischen bzw. internationalen Charakter dieser Aktivitäten gewann die Frauenfriedensbewegung an Stärke.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts wandte sich die Frauenaktion Scheherazade 1991 mit einem Aufruf gegen den Golfkrieg an die Weltöffentlichkeit und die UNO „Für eine Welturabstimmung jetzt! Sofortiger Waffenstillstand!“. 50.000 Frauen unterstützten diesen Aufruf.

¹⁰ Kalender Wir Frauen, Redaktion: Florence Hervé und Melanie Stitz, Köln.

Zeitschrift Wir Frauen. Vgl.: Melanie Stitz, Gabriele Bischoff, Florence Hervé: Seit bald fünfundzwanzig Jahren erscheint die Zeitschrift Wir Frauen. In: Wer schreibt, der bleibt. Die Neue Frauenbewegung. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis. 28. Jg. (2005), Heft 66/67, S. 221–226. www.wirfrauen.de

Bei all diesen Friedensaktivitäten gab es unterschiedliche Ansatzpunkte, wurde viel und heftig über die Ursachen der Frauendiskriminierung und die Ursachen von Kriegen diskutiert und gestritten, ebenfalls über die sozialen Folgen der Aufrüstung für die Frauen sowie über eine angeblich besondere Friedfertigkeit von Frauen.¹¹ Die meisten Forderungen der Frauenfriedensbewegung sind nicht verwirklicht worden, doch hat sich Frauenfriedenspolitik zum Teil institutionalisiert. Vor allem ist ein neues Bewusstsein entstanden.

Allgemeine Literatur:

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Dossier Frauenbewegung, darunter: Florence Hervé: Fast vergessen – Die Frauenfriedensbewegung in der BRD, 11. November 2008, <http://www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauenbewegung/35283/friedensfrauen-im-westen>

Florence Hervé (Hg.): Geschichte der deutschen Frauenbewegung, 7. überarbeitete Auflage, Köln 2001, darunter: Ingeborg Nödinger: Für Frieden und Gleichberechtigung. Der Demokratische Frauenbund Deutschland und die Westdeutsche Frauenfriedensbewegung in den 50er und 60er Jahren.

Florence Hervé (Hg.): Brot & Rosen. Geschichte und Perspektive der demokratischen Frauenbewegung, Frankfurt 1979, darunter: Elly Steinmann: Die Westdeutsche Frauenfriedensbewegung (WFFB).

Karola Maltry: Die neue Frauenfriedensbewegung. Entstehung, Entwicklung, Bedeutung, Frankfurt/M. 1993

Gaby Swiderski: Die westdeutsche Frauenfriedensbewegung in den 50er Jahren, in ergebnisse, Zeitschrift für demokratische Geschichtswissenschaft 21/1983

Was ist, was will, was tut die westdeutsche Frauenfriedensbewegung, Gelsenkirchen 1967

<http://www.addf-kassel.de/dossiers-und-links/dossiers/wffb/westdeutsche-frauenfriedensbewegung>, Dossier online

11 vgl. Karola Maltry, a.a.O



Abb. (Archiv der deutschen Frauenbewegung)

Irene Franken

Die Anfänge der Neuen Frauenbewegung in Köln – Von der versteckten Selbsthilfe zur politischen Partizipation

Ob es denn 1968 schon eine Frauenbewegung gegeben habe, ist eine häufig gestellte Frage. Sie ist mit „Ja, noch“ zu beantworten, wenn wir den juristischen Kampf der Frauen betrachten, die schon zur Zeit der Weimarer Republik für die Erweiterung der Handlungsräume gekämpft hatten und nun wieder aktiv waren; mit Nein, wenn die Antwort eine dauerhafte Gruppierung impliziert, in der junge Frauen völlig unabhängig von Männern politisch aktiv wurden. Also ein klares Jein ...

Nehmen wir das Brennglas der Miss Marple zur Hilfe. 1933 wurde von den Nationalsozialist*innen die lebendige Frauenbewegungskultur der bürgerlichen Frauenbewegung zerstört oder in nationalsozialistische Bahnen gelenkt. Diese heterogene Bewegung, die am ehesten liberal zu nennen ist, wurde auch durch sog. „Nazissen“, Anhängerinnen der NSDAP, zerstört.¹ Auch Sozialistinnen und Kommunistinnen mussten 1933 ihre Aktivitäten unter Androhung der Inhaftierung oder gar Ermordung einstellen. Alle weiblichen Stadtverordneten wurden aus den Stadträten, Länderparlamenten sowie dem Reichstag entfernt, die NSDAP stellte keine Kandidatinnen auf, es konnten nur wenige Frauen innerhalb der Massenorganisationen eine Parteikarriere machen.

Schon vor der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahr 1946 wirkten Frauen bei Re-Demokratisierung und Wiederaufbau des zerstörten Landes mit, etwa in den zahlreichen Frauenausschüssen. 1947 schlossen sich bürgerliche Frauen zum „Frauenring der britischen Zone“ zusammen, der nach Gründung der Bundesrepublik im Oktober 1949 zum Deutschen Frauenring erweitert wurde. Dieser definierte sich als Nachfolgeorganisation des Bundes Deutscher Frauenvereine (BDF).² In dem Dachverband wurden wie zuvor konservative, auf ein „Frauentum“ bezogene wie emanzipatorische Ansichten vertreten, in Köln etwa durch Dr. Rosemarie Ellscheid (*1896).³ Frauen ihrer Generation schlugen eine Brücke von der Weimarer Emanzipationsbewegung zur Nachkriegszeit. Sie reagierten aber sehr distanziert auf die jungen Frauen der 1968er-Bewegung mit ihren Kinderläden und anderen Initiativen.

Die 1950er-Jahre brachten nur wenige Frauen hervor, die für neue Handlungsräume kämpften. Zwar gingen 1951 Tausende Frauen in ganz NRW zum 8. März, dem Internationalen Frauentag, auf die Straße, um gemeinsam gegen die geplante Wiederbewaffnung aufzutreten, darunter Sozialdemokratinnen, Kommunistinnen wie auch christliche Frauen. Andererseits gab es – meist von katholischen Frauengruppen – massive Störaktionen gegen den Film „Die Sünderin“ wegen dessen Statements zu Euthanasie, Prostitution und einem Sekündchen Nacktheit der Hauptdarstellerin Hildegard Knef.

Viele Diskriminierungen wegen des Geschlechts waren trotz der im Grundgesetz aufgenommenen Gleichberechtigungsklausel noch zu beheben.⁴ Immer noch wurden Beamtinnen entlassen, wenn sie

1 Vgl. Ellscheid, Rosemarie: Der Stadtverband Kölner Frauenvereine. Ein Kapitel Frauenbewegung und Zeitgeschichte von 1909 – 1933. O.O. [Köln], o.J. [1983/84], S. 51.

2 Vgl. Deutscher Frauenring (seit 1949) <http://www.addf-kassel.de/dossiers-und-links/dossiers/frauenring/>; vgl. König, Elke: Der Deutsche Frauenring – Untersuchungen zu Politik und Selbstverständnis eines traditionellen Frauenverbandes in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1982.

3 Vgl. Ellscheid, Rosemarie: 30 Jahre Deutscher Frauenring Köln 1947-1977 (1977) im Archiv der deutschen Frauenbewegung, Kassel, Sign. NL-K-07; 2-4.

4 Grundgesetz, Artikel 3 Absatz 2 vom 23. Mai 1949.

heirateten (Zölibatsklausel), immer noch mussten Paare höhere Steuern zahlen, wenn die Ehefrau erwerbstätig war (sog. Ehestrafsteuer). Immer noch galt das Alleinentscheidungsrecht des Mannes bei Streitfragen in Ehe und Familie usw.⁵ Art. 117 des Grundgesetzes hatte der Bundesregierung [es gab noch keine Bundesministerinnen!] „aufgegeben“, das Familien- (und Ehe-)Recht aus dem 19. Jahrhundert bis zum 31. März 1953 anzupassen, doch waren erhebliche gesellschaftliche Widerstände gegen die Aufhebung der „natürlichen Eheordnung“ zu überwinden. Dass 1958 ein Bundesgesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau in Kraft trat, war zu großen Teilen Expertinnen des Deutschen Juristinnenbundes, einem Berufsverband innerhalb des Deutschen Frauenrings, zu verdanken. Auch Juristinnen aus NRW sorgten dafür, dass der sog. „Stichentscheid“ des Vaters über die gemeinsamen Kinder aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch gestrichen wurde. Medien berichteten allerdings kaum über die Verbesserungen, am traditionellen Rollenverständnis änderte sich zunächst nichts.⁶

Themen wie die Abschaffung des § 218 waren dagegen im bürgerlichen Frauenmilieu fast tabu; 1963 forderte die Bundesvorsitzende des Deutschen Frauenrings Bertha Middelhaue aus Leverkusen immerhin die Straffreiheit einer Abtreibung nach Vergewaltigung.⁷

Erst die Veränderungen am Arbeitsmarkt und die stärker werdende internationale Popkultur brachten einen Mentalitätswandel mit sich. Jugendliche wollten händchenhaltend über die Straßen schlendern und sich küssen, sie besuchten gemeinsam Rockkonzerte, in denen verhalten von Sex gesungen wurde.⁸ Der Film „Zur Sache Schätzchen“, enthielt 1968 u.a. das Motto: „Zur Sache, Schätzchen / mach' keine Mätzchen / komm' ins Bettchen / rauchen wir noch'n Zigarettchen“, und zeigte freizügiges Beisammensein junger Leute; er erreichte in 18 Monaten mehr als 3 Mio. Zuschauer*innen.⁹ Wenn also 1968 ein Schuldirektor noch versuchte, außerschulische Begegnungen von Jungen des Dreikönigen-Gymnasiums mit Mädchen des benachbarten Ursulinengymnasiums zu verhindern, dann wehrten sich die Schüler*innenschaft erstmals öffentlich.¹⁰

Die oft beschworene Freiheit durch die Antibabypille, die durchaus auch als „Mittel für die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Frau“¹¹ auf den Markt gebracht worden und ab 1961 in Deutschland erhältlich war, diese „Pille“ bekamen nur Ehefrauen verschrieben, die bereits drei Kinder hatten. Ansonsten war der legale Erwerb nicht möglich. 1968 durften 18-Jährige noch nicht wählen und waren nicht volljährig. Auch der Kuppeleiparagraf schränkte die Freiheit der Jugendlichen ein, er sollte laut Gesetzgeber verhindern, dass Prostitution durch Überlassung von Räumen erleichtert werde und dass Sex außerhalb der Ehe stattfinde.¹² Selbst Eltern oder Leiter*innen von Wohnheimen, die nicht verhinderten, dass Jugendliche in einem Raum außerehelich miteinander verkehrten,

5 Vgl. Katz, Juli: 100 Jahre Frauenwahlrecht, in: die Zeit vom 12. November 2018, online <https://www.zeit.de/arbeit/2018-11/geschlechtergerechtigkeit-100-jahre-frauenwahlrecht-familienrecht-diskriminierung-maria-wersig/komplettansicht> zuletzt abgerufen am 23.03.2019.

6 Vgl. Dribbusch, Barbara: Als der Mann noch gottgleich war. 50 Jahre Gleichberechtigung per Gesetz, in: Die Taz vom 1. 7. 2008, online <http://www.taz.de/!5179719/> zuletzt abgerufen am 23.03.2019.

7 Vgl. Deutscher Frauenring: Resolution zu § 160, online unter http://www.addf-kassel.de/fileadmin/user_upload/Dossiers/Frauenring/DFR_Resolution.pdf zuletzt abgerufen am 23.03.2019.

8 Die katholische Tageszeitung Kölnische Rundschau testete im Mai 1968 Reaktionen von Passant*innen auf ein sich öffentlich küssendes Paar, vgl. Kurt Holl; Claudia Glunz (Hg.): 1968 am Rhein. Satisfaction und Ruhender Verkehr. Köln, 2. Aufl. Köln [1998] 2008, S. 21.

9 Zit. nach Zur Sache, Schätzchen, Eintrag Wikipedia, zuletzt korrigiert am 14. Juni 2018, online unter https://de.wikipedia.org/wiki/Zur_Sache,_Sch%C3%A4tzchen zuletzt abgerufen am 23.03.2019.

10 Vgl. Holl/Glunz, S. 160-1.

11 Vgl. NN: 55 Jahre „Pille“, online unter <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/210997/55-jahre-pille-zuletzt-korrigiert-am-18.8.2015>, zuletzt abgerufen am 23.03.2019.

12 Vgl. NN: Ohne Ehe alles Unzucht, in: Der Spiegel, H. 16 vom 15.04.1968, online unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46050205.html> zuletzt abgerufen am 23.03.2019.

machten sich strafbar. Die Kölner Studentin Angelika Felsko erfuhr dies sowohl im privaten Bereich als auch im Studentinnenwohnheim. „Als ich meinen Eltern kurz vor der Hochzeit S. [...] vorstellte, hatte meine Mutter ein Zimmer im benachbarten Hotel angemietet, weil sie fürchtete, dass sie wegen Kuppelei angezeigt werden würde. [...] Die Angst vor dem Kuppeleivorwurf war also eher die Angst vor meiner Mutter, mich hat eine derartige Angst nicht bekümmert.“¹³ Frauen litten stärker unter dem Kuppeleiparagrafen, da es ihr „Ruf“ war, der beschädigt werden konnte, wenn sie unverheiratet mit einem Mann unter einem Dach übernachteten.

Mitte der 1960er-Jahre stieg die Zahl der Abiturientinnen und Akademikerinnen sprunghaft an, – ein Erfolg der sozialdemokratischen Bildungsreform.¹⁴ Ab 1966 politisierte sich ein geringer Teil von ihnen. Zentral stand der gemeinsame Kampf mit den Männern gegen die Notstandsgesetze und den Vietnamkrieg, gegen ausbeuterische Diktaturen im Iran oder der Rassismus gegenüber Schwarzen in den USA, nicht gegen die globale Unterdrückung von Frauen. Im Zuge der 68er-Bewegung wurde es für Mädchen und Frauen wichtiger, etwas über den eigenen Körper zu wissen. Sie mussten sich eigene Möglichkeiten einer selbstbestimmten „Familienplanung“ schaffen, um eine Schwangerschaft zu verhindern. So hatten die ersten Anliegen der Studentinnen mit Verhütung und der Möglichkeit einer illegalen Abtreibung zu tun. Als Angelika Felsko erfuhr (später Lehndorff-Felsko), Mitglied im SDS, dass häufig verzweifelte Studentinnen zum Asta kämen, um in einer „persönlichen Beratung“ zu erfahren, wie sie an die Pille gelangen könnten, beschloss sie zu handeln. „Ich hatte eine Liste von Ärzten zusammengestellt und später noch eine zweite sehr geheime von Ärzten, die zu einem Schwangerschaftsabbruch bereit waren. Für beide Listen kamen damals sehr viele Studentinnen.“¹⁵ 1966 erließ der AstA einen formalen Beschluss zur freien Abgabe der Pille an ledige Studentinnen.¹⁶ Der Kanzler – oberster Chef der Verwaltung der Universität zu Köln – nahm diese Entscheidung als „Verfall der Sitten“ wahr.¹⁷

Zu einem Erweckungserlebnis wurde für die Studentin aber ein anderer Kampf gegen patriarchale Restriktionen im studentischen Umfeld, der sich von 1966 bis 1967 hinzog: „In Efferen gab es drei Wohnheime für Studenten und eines für Studentinnen. Nur das letztere wies einen Pförtner auf, der gehalten war, jeden Besuch mit Zimmernummer, Ankunfts- und Abschiedszeit schriftlich festzuhalten und um 22.00 Uhr zum Gehen aufzufordern.“¹⁸ Mehr und mehr betroffene Bewohnerinnen ärgerten sich über diese Ungleichbehandlung. Sie luden sich auf Verabredung alle zur gleichen Zeit Besuch ein. „Um 22.00 Uhr gab es folgerichtig auf jeder Etage den Anruf, der Besuch habe umgehend das Heim zu verlassen. Doch der blieb.“ Der Pförtner alarmierte die Polizei, die nichts ausrichten konnte. „Unsere Forderung nach Gleichstellung mit den männlichen Bewohnern trat am nächsten Morgen eine Lawine los.“ Der Kanzler gab ein Statement, das die ganze Doppelmoral der Zeit spiegelte. Er schrieb, die Universität habe eine Fürsorgepflicht gegenüber den Eltern, die ihre Töchter in deren Obhut gegeben hätten, und die Studentinnen vom Lande müssten vor den Gefahren der Großstadt geschützt werden. Da Kanzler Wagner die Regelung nicht aufheben wollte, riefen die Student*innen zu einer Vollversammlung am 9.11.1967 auf, die die Aula zum Platzen brachte und zahlreiche Medienvertreter*innen anlockte. Der Behördenvertreter musste sich auf dem bislang größten Teach-in

13 Lehndorff-Felsko, Angelika: Email an die Verfasserin, 15.5.2018.

14 NN: 55 Jahre „Pille“, online unter <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/210997/55-jahre-pille-zuletzt-korrigiert-am-18.8.2015,zuletzt-abgerufen-am-23.03.2019>.

15 Lehndorff-Felsko, Angelika: Email an die Verfasserin, 15.05.2018.

16 Vgl. Holl/Glunz, S. 54.

17 Vgl. Lehndorff-Felsko, Angelika: Mein Köln 68, in: Michaela Keim; Stefan Lewejohann (Hg.) Köln 68. Protest. Pop. Provokation. Begleitband zur Ausstellung im Kölnischen Stadtmuseum vom 20. Oktober 2018 bis zum 24. Februar 2019, Mainz 2018, S. 260-261.

18 Vgl. Holl/Glunz, S. 54.

Kölns der Kritik der Studierenden stellen.¹⁹ Angelika Felsko erinnert sich: „Kurze Zeit später war der Posten des Pförtners gestrichen. Und Spaß gemacht hatte es auch!“²⁰ So läutete ein Frauenprotest in Köln quasi das Jahr 1968 ein.

AK Frau und Gesellschaft

1968 kam es zur ersten Formierung einer Frauengruppe in Köln im Kontext des Republikanischen Club Köln e.V.²¹ Die 1967 bundesweit gegründeten Clubs standen in der demokratischen Tradition von 1848, verschrieben sich der Räte-Idee von 1918 und zählten sich zur Außerparlamentarischen Opposition (APO). Die meisten waren diskutierfreudige Intellektuelle.²² Zu den Frauen im RCK gehörten u.a. die indische Journalistin Roshan Dhunjibhoy, die sich auf Ausbeutung und Verelendung, Unterdrückung und Diskriminierung von Bevölkerungsgruppen in den Ländern des Südens spezialisiert hatte, und die Soziologin Carola Möller.²³

Dass Frauen 1968 noch restriktiven Gesetzen unterlagen, war für die meisten linken Männer und Frauen angesichts der globalen Ungerechtigkeiten ein unwichtiges Thema. Zum Jahresbeginn 1968 hatte sich daher in Berlin der „Aktionsrat zur Befreiung der Frau“ gegründet.²⁴ Er postulierte selbstbewusst: „Die Befreiungsbewegung der Frauen muß [...] als eine der politisch brisantesten Bewegungen der antikapitalistischen Opposition beurteilt werden [...].“²⁵ Ob die Kölner „Republikanerinnen“ davon etwas erfahren haben, wissen wir nicht.²⁶ Aber es kam zu einer Reaktion. Auch im RCK standen Frauen aufgrund des überlieferten Rollenbildes häufig – unsichtbar – in der zweiten bis dritten Reihe. Die Unzufriedenheit wuchs. Dr. Carola Möller, frisch geschiedene kinderlose Ökonomin und Soziologin, die u.a. die Arbeitsbedingungen von Jungarbeiterinnen bei Stollwerck, 4711 etc. erforscht hatte, sowie Petra H., später Besitzerin einer Kunstgalerie, gründeten im Sommer 1968 einen Arbeitskreis (AK) Frau und Gesellschaft, der ursprünglich für ‚beide‘ Geschlechter gedacht war.²⁷ Ein Arbeitskreis NUR für Frauen wurde von den Herren theoretisch abgelehnt: „Da die Schwierigkeiten in weiten Bereichen Männer und Frauen gleichermaßen treffen, müßte es selbstverständlich sein, daß auch die männlichen Republikaner ihre Ideen, ihre Vorstellungen, ihre Aktionsbereitschaft in den Arbeitskreis einbringen.“²⁸ Praktisch glänzten die Männer jedoch durch Abwesenheit, der AK mutierte zu einer Frauengruppe.

19 Holl/Glunz, S. 54.

20 Lehdorff-Felsko, Angelika: Mein Köln 68, S. 261.

21 Dokumente sind einsehbar in: Franken, Irene: Die erste Frauengruppe der Neuen Frauenbewegung in Köln – der AK Frau und Gesellschaft im Republikanischen Club Köln e.V., online unter <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/themen/die-erste-frauengruppe-der-neuen-frauenbewegung-koeln-der-ak-frau-und-gesellschaft-im> korrigiert am 13. 09.2018, zuletzt abgerufen am 23.03.2019.

22 Vgl. von Schwind, Pui: Ein 60er-Jahre-Motor für die politischen 70er: der Republikanische Club Köln (RCK), in: Reiner Schmidt et al. (Hg.): Die Stadt, das Land, die Welt verändern! Köln, Kiepenheuer 2014, S. 33-36 (=Kiwi Köln).

23 Vgl. Franken, Irene: Carola Möller, online unter <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/akteurinnen/carola-moeller>, korrigiert am 13. 09.2018, zuletzt abgerufen am 23.03.2019.

24 Vgl. Heinrich-Böll-Stiftung und Feministisches Institut (Hg.): Wie weit flog die Tomate? Eine 68erinnen-Gala der Reflexion, Berlin 1999.

25 Zit. nach Ehrler, Solveig: „Informationsveranstaltung des Aktionsrates zur Befreiung der Frauen“, in: Republikanischer Club Berlin e.V. (Hg.): RC-Bulletin, Jg. 1, Nr. 2, 23.10.1968, Blatt 6. Online unter: https://www.mao-projekt.de/BRD/BER/ORG/RC/Berlin_RC-Bulletin_1968_02.shtml zuletzt abgerufen am 23.03.2019.

26 Vom berühmten Tomatenwurf wussten auch aktive Kölnerinnen wie Ute Remus nichts, mdl. Information an die Verfasserin 2018.

27 informationen-Sonderdienst Veranstaltungskalender Juli 1968, in: Archiv Köfge, Bestand 94 Mappe 1, Bl. 30 und 31 (Kopie); Beilage des Arbeitskreises Frau und Gesellschaft, in Archiv Köfge, Bestand 94 Mappe 1; vgl. informationen. RCK, Nr. 6 vom 18.10.1968, Bl. 1.

28 pop: Betr. Arbeitskreise Woche vom 1. bis zum 7. Juli 1968“, in: informationen. RCK; vgl. Mitglieder Rundbrief August vom 27. 07.1968.

Auch wenn diese nicht lange bestand, sind ihre Aktivitäten ein Beleg dafür, dass neue Zugänge zur Frauenfrage als zartes Pflänzchen heranwuchsen.

Die beiden Aktivistinnen verfassten ein Dokument, in welchem sie darauf hinwiesen, dass zwar für Frauen rechtlich einiges erreicht sei, aber auf der zwischenmenschlichen Ebene noch viele Diskriminierungen zu beheben seien, auch in linken Zusammenhängen.²⁹ Die aufgezeigten Probleme kreisten um die Themen Verteilung von Hausarbeit und Elternpflichten, Erweiterung der Rollenmuster, Herstellung herrschaftsfreier Beziehungen und Geburtenkontrolle.³⁰ Zudem blickten die Verfasserinnen kritisch auf die eigene Situation als Linke im RCK: „Ist es in unserem Club nicht ähnlich organisiert? Wer von den Republikanern glaubt, daß gerade hier die Frau ‚könne, wenn sie nur wolle‘, der übersieht die Erziehungswirklichkeit, übersieht die internalisierten Normen. Die, die durch Bewußtmachung unterdrückender Strukturen befreien wollen, zeigen sich hier nicht als Helfer einer unterdrückten Minderheit, sondern, welche Schizophrenie, als deren Ausbeuter.“³¹ Der Begriff Feminismus, der bereits Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland eingeführt war, kam in den Statements des AK Frau und Gesellschaft nicht vor.³² Vermutlich lag es den Gründerinnen sogar fern, Teil einer Bewegung von Frauen zu sein. Aber sie wandten sich den Themen zu, die der Parole: „Das Persönliche ist politisch“ nahe kamen, der „Entwicklung von Gegenmodellen zur Kindererziehung und Familienstruktur.“³³ Sie politisierten Schwangerschaft, Sexualität und Kindererziehung als zu verändernde und zu verhandelnde Phänomene. Sie machten damit – vielleicht erstmals in Köln – „private“ Beziehungen zu Männern zum öffentlichen Thema. Ihr Ziel war, die kleinbürgerliche Familie, die sie als Repressionszusammenhang bewerteten, durch kollektive Erziehung zu ersetzen. Ebenso galt der Kampf der überkommenden Moral der im Rheinland dominanten katholischen Kirche, so verbreiteten sie ein Flugblatt gegen die „Enzyklika Humane Vitae“, nach der weiterhin jeder (eheliche) Geschlechtsakt auf die Erzeugung menschlichen Lebens hinzielen sollte, und schufen eine eigene „Beratungsstelle für Fragen der Geburtenkontrolle“, die jeden Mittwoch um 20 Uhr Beratungszeiten anbot. Erinnerungen an den AK Frau und Gesellschaft sind kaum überliefert. Die Mitgründerin Carola Möller beschrieb den Diskussionszirkel später eher negativ: „Frauenpolitische Aspekte [...] waren – ehrlich gesagt – nicht mein allererstes Interesse. [...] Die Frauen tauschten sich eher über das machohafte Verhalten ihrer linken Männer und Freunde aus, als daß sie nach außen hin politisch aktiv waren.“³⁴ Die politische Brisanz der illegalen Adressweitergaben war ihr nicht ersichtlich.

Der AK Frau und Gesellschaft verschwand Ende 1968 fast spurlos aus der Geschichte.³⁵ Zu dieser Zeit wurden die Auseinandersetzungen unter den Linken (Männern) aggressiver, es kam zur politischen Parzellierung in kleinste Organisationen und Parteien, der RCK verlor seinen Charakter als integrierendes Sammelbecken. Dennoch ist der AK Frau und Gesellschaft ein Zeichen für erste Aufbrüche hin zur Frauenbefreiung. Als gewichtigste Thematik stellte sich in der Folgezeit der Kampf gegen das

29 Selbstdarstellung des AK Frau und Gesellschaft (Kopie), in: Archiv Köfge, Bestand 94, Mappe 1, Bl. 25 und 26. Die Selbstdarstellung war als Flugblatt dem Newsletter beigelegt. Ein Original ist aufgrund des Absturzes des Stadtarchivs nicht bekannt.

30 Vgl. ebenda.

31 Ebenda.

32 Vgl. Gerhard, Ute: Frauenbewegung, in: Roth, Roland; Rucht, Dieter (Hg.) Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt/New York 2008, S. 187-217, hier S. 189.

33 N.N.: Arbeitskreis Frau und Gesellschaft, in: Informationen des Republikanischen Club Köln Nr. 4 vom 09.09.1968, S. 4.

34 Böttger, Barbara / Fröse, Marlies W.: Wissenschaft und Politik – die Geschichte einer fruchtbaren Beziehung. Interview mit Carola Möller. (Frühjahr 1999), in: Fröse, Marlies W. et al.: Ökonomie und Arbeit. Frauenansichten. Neue Arbeitsformen und neue Widerstandsformen. Festschrift für Carola Möller zum 70. Geburtstag. Frankfurt/M. 1999 (= Edition Hipparchia), S. 17-43, hier S. 32.

35 Seit den „Informationen“ RCK, Nr. 10, 20.12.1968 fehlt der AK in der Auflistung.

Abtreibungsverbot dar. Somit war der Club letztlich sogar ein Vorläufer der sogenannten Aktion 218, die 1971 gegründet wurde.³⁶

Politisches Nachtgebet und Frauenforum

In Köln wurde 1968 ein neues Format von Gottesdiensten geschaffen, bei der christlich-sozialistisch ausgerichtete Christen und Christinnen Themen der Zeit szenisch aufbereiteten, das sogenannte Politische Nachtgebet. Der Name „Nachtgebet“ verdankte sich dem Faktum, dass auf dem Deutschen Katholikentag in Essen eine Veranstaltung zum Thema Vietnamkrieg auf 23 Uhr „strafverlegt“ worden war, um die BesucherInnen von der Teilnahme abzuhalten.³⁷ Eines der Nachtgebete behandelte 1971 auch das Thema Frauenemanzipation. Die Initiatorin des monatlichen Formates Dr. Dorothee Sölle, eine Kölner Theologin, war eine durch die Verbrechen von Auschwitz politisierte Linke, die zur Entmythologisierung des Gottesbildes aufrief.³⁸ Sie radikalisierte sich beim Widerstand gegen den Vietnamkrieg.³⁹

Seit dem ersten Politischen Gebet am 1. Oktober 1968 fand das ‚Event‘ wegen Verweigerung eines katholischen Gottesraumes durch den Kölner Erzbischof immer in der protestantischen Antoniterkirche statt.⁴⁰ Die Nachtgebete hatten ein egalitäres Format, die konstanten Personen waren neben Dorothee Sölle der Benediktinerpater Fulbert (als Laie dann Fulbert Steffensky) und Sölles frühere Religionslehrerin Marie Veit.⁴¹ Andere Personen traten ein- oder mehrmalig als Expert*innen zu Themen auf, wobei Frauen bei den meisten Abendveranstaltungen in hoher Zahl beteiligt waren, was Ende der 1960er-Jahre selbst in linken Kreisen noch ungewöhnlich war.

Zu den Nachtgebeten fanden sich teilweise mehr als 1.000 Interessierte ein, was die Zahl der üblichen Gottesdienste sprengte.⁴² „[...] junges Volk lagerte sich auf dem Boden, vor Altar und Kanzel“, erinnerte sich die linkskatholische Mitorganisatorin und Journalistin der FAZ, Vilma Sturm später.⁴³ Die Abende folgten einer festen Struktur: „[...] im ersten Teil politische Information, dann biblische Meditation dazu, Aktionsvorschlag und Diskussion [...]“⁴⁴ Mitstreiterin Prof. Maria Mies urteilte noch Jahrzehnte später: „Der Viererschritt: Information – Diskussion – Meditation – Aktion war eine wahrhaft revolutionäre Methode.“⁴⁵

1971 machten vier Kölner Frauen die Situation der Frauen zum Thema. Die erste war Dorothee Sölle selbst, die keine Feministin im engeren Sinne war. Die später weltweit bekannte radikalfeministische Wissenschaftlerin Maria Mies dagegen hatte bei Studien in Asien „das Patriarchat als System ent-

36 Die Gründung der Aktion 218 Köln erfolgte im Mai 1971, zwischen Herbst 1971 und Herbst 1972 tagte die Frauengruppe in den Clubräumen, vgl. Jüssen, Anne: ‚Liane‘. Sechs Monate Frauen-WG. in: Reiner Schmidt et al. (Hg.): Die Stadt, das Land, die Welt verändern! Köln, Kiepenheuer 2014, S. 115-117 (=Kiwi Köln). Ab August 1971 kam hier dienstags das sozialliberale Frauenforum Köln zusammen, wie der Terminkalender des RCK spiegelt.

37 Vgl. Herzberg, Markus et al. (Hg.): Liturgie von links. Dorothee Sölle und das Politische Nachtgebet in der Antoniterkirche, Köln 2016, S. 30/31; vgl. Hahn, Ulla: Spiel der Zeit, München 2014, S. 456 ff.

38 vgl. Sölle, Dorothee: Gegenwind. Erinnerungen, Hamburg 1995, S. 32 und S. 40 ff.; vgl. Herzberg, et al., S. 18.

39 Vgl. Schmidt, Klaus: ‚Vietnam ist Golgatha‘. Das ‚Politische Nachtgebet‘ in Köln, in: Schmidt, Reiner et al. (Hg.): Die Stadt, das Land, die Welt verändern! Die 70er/80er Jahre in Köln – alternativ, links, radikal, autonom, Köln, 2014, S. 41-44, hier S. 41; vgl. Sturm, Vilma: Barfuß auf Asphalt, Köln 1981.

40 Herzberg, et al., S. 77, S. 7 und S. 27.

41 Herzberg, et al., S. 87.

42 Vgl. Aussage des Pfarrer Eichert, zit. nach Herzberg, et al., S. 78.

43 Sturm, Vilma: Barfuß auf Asphalt, [Köln] 1981, S. 260.

44 Veit, Marie: Theologie muß von unten kommen. Ratschlag für Linke, Wuppertal 1991, S. 161.

45 Mies, Maria: Das Dorf und die Welt. Lebensgeschichten – Zeitgeschichten, Köln 2008, S. 126.

deckt“⁴⁶, das sie auch im zeitgenössischen Deutschland vorfand.⁴⁷ „Ich wollte diese patriarchalischen Strukturen in einem Politischen Nachtgebet darstellen, kritisieren und zu Veränderungen aufrufen. [...] Als Slogan für unser Flugblatt wählten wir einen von uns etwas abgeänderten Satz von Ernst Bloch: „Die Frau liegt (immer noch) unten.“⁴⁸, schreibt sie in ihrer Autobiografie. Sodann beteiligten sich die Publizistin und junge Mutter Ursula Erler sowie eine Kölner „Hausfrau“, Erika Klug, an der Konzeption Abendveranstaltung.⁴⁹

Die vereinbarten großen Themenblöcke lauteten „Diskriminierung in der Arbeitswelt, in der Familie und in der Religion“. Wie bei jedem Nachtgebet wurde ein Textheft erstellt. Am 5. Januar 1971 war die Kirche aufgrund des erwartbaren Interesses so voll, dass für den Folgetag eine Wiederholung eingeplant wurde. Das Team trug abwechselnd Texte über Arbeitsbedingungen von Arbeiterinnen in der Fabrik und ihre Träume vor sowie über den erfolglosen Versuch einer Hausfrau, Beruf und Familie zu vereinbaren. Maria Mies erinnert sich: „Der Kern unserer Kritik galt der üblichen familialen Arbeitsteilung: Der Mann ist der ‚Ernährer‘, der das Geld verdient. Die Arbeit der Hausfrau zählt nicht.“⁵⁰ Im dritten Teil trug Dorothee Sölle Beschränkungen von Frauen in der biblischen Theologie bei und kommentierte die Aussage des Apostels Paulus: „[...] der Mann aber ist des Weibes Haupt“⁵¹: Die Religionswissenschaftlerin Ursula Erler brachte Zeugnisse für das Befreiungspotenzial des Christentums bei. Sie stellte die Passagen in einen Kontext mit denen von Sozialist*innen wie Karl Marx, Friedrich Engels, Fidel Castro, Clara Zetkin oder Rosa Luxemburg.⁵² In der sich anschließenden Diskussion ging es um die Frage: „Wie könnte eine Arbeitsteilung aussehen, die ein herrschaftsfreies Verhältnis zwischen Mann und Frau herstellt?“⁵³ [...] Als „Aktion“ wurde angeregt, einen offenen Gesprächskreis ausschließlich für Frauen einzurichten, zum Beispiel an der Volkshochschule. Kurze Zeit später entstanden in der Tat Gruppen an der VHS Köln, die für Hunderte von Frauen zum Auslöser von Emanzipationsprozessen wurden.⁵⁴ Zudem entstand die erste langfristige Kölner Frauengruppe, das Frauenforum Köln e.V., das Ursula Erler für einige Zeit begleitete und anleitete. Noch ging es nicht um Autonomie und radikale Forderungen, sondern um die ersten Erkenntnisse über die Rollenzwänge von (Kölner) Hausfrauen und Müttern. Doch das Politische Nachtgebet stieß ein Tor zu vielfältigen Frauenaktivitäten auf, sei es in kirchenkritischer, sozialistischer oder internationaler Perspektive.

Die Frauengruppe im RCK und das Politische Nachtgebet zum Thema Emanzipation waren wichtige Vorläufer der folgenden sogenannten Neuen Frauenbewegung, denn sie sensibilisierten erstmals für die Unterdrückung „zu Hause“ und leisteten einen Beitrag zur Bewusstwerdung größerer Kreise. Erst durch die Aufklärung, die Selbstreflexion und den zivilen Ungehorsam der Pionierinnen konnte erreicht werden, dass der § 218 StGB 1976 abgemildert und das Ehe- und Familienrecht 1977 reformiert wurden. Damit wurden die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Frauen ein Stück realer.

46 Ebenda, S. 127.

47 Ebenda, S. 125.

48 Ebenda, S. 127; mdl. Auskunft von Maria Mies am 28.11.2017 zum Zitat von Ernst Bloch.

49 Die Berufsangabe von E. Klug ist eine mündliche Auskunft von Dr. Hans Erler am 1.12.2016.

50 Mies, S. 128, vgl. Erler, Ursula; Klug, Erika; Mies, Maria; Sölle, Dorothee: Die Frau liegt immer noch unten, hg. von Ökumenischer Arbeitskreis Politisches Nachtgebet, Köln 1971, S. 5 ff.

51 Ebenda, S. 11.

52 Vgl. ebenda, S. 12.

53 Ebenda, S. 15.

54 Vgl. Schmidt-Koddenberg, Angelika: Frauenbildungsarbeit an der Kölner VHS, in: Bargel, Helga; Kölner Frauengeschichtsverein (Hg.): Zehn Uhr pünktlich Gürzenich. Hundert Jahre bewegte Frauen in Köln, Zur Geschichte der Organisationen und Vereine, Münster 1995, S. 370-377.

Frauenausschüsse als Interessensvertretung aller Frauen



Die politische Karriere von *Änne Brauksiepe*, der späteren Bundesfamilienministerin, begann mit der Gründung des Frauenausschusses in Duisburg. (© Archiv der Konrad-Adenauer-Stiftung/Slomifoto)



Hoffnung der Frauen auf Mitbestimmung

Nach Kriegsende bildeten sich in ganz Deutschland mit Zustimmung der Alliierten ca. 5.000 überparteiliche und überkonfessionelle Frauenausschüsse, darunter zahlreiche Gruppen im Rheinland und in Westfalen. Ihre Ziele waren, am demokratischen Wiederaufbau teilzunehmen, die unmittelbare Not zu lindern und die Stellung der Frauen zu stärken. Die meisten Ausschüsse gingen auf die Initiative von früheren weiblichen Stadtverordneten oder Vertreterinnen der alten Frauenbewegung zurück.



Vertreterinnen des Bremer Frauenausschusses auf dem Rückweg von einer überregionalen Tagung. (© Redaktion frauenseiten.bremen)

Viele Frauen sahen nach der militärischen Niederlage 1945 die Chance für einen grundlegenden politischen Neubeginn. Sie distanzierten sich von der männlich dominierten Politik, die das Land ins Verderben geführt hatte. Da Frauen weniger durch die NS-Zeit belastet waren, bevorzugten sie die Besatzungsmächte für ihr Re-Education-Programm. Soweit bekannt, untersagten die Alliierten nur in Bielefeld die Bildung eines Frauenausschusses.

Zurückhaltender Anspruch auf Gleichbehandlung

Nachdem sich in Bonn nach Kriegsende bürgerliche und sozialistische Frauen getrennt getroffen hatten, konstituierte sich im Juni 1946 der gemeinsame Frauenausschuss. Im Vorstand waren Vertreterinnen der CDU, SPD und KPD. Sie sahen ihre Aufgabe in der Einflussnahme und Unterstützung der Stadtverwaltung. Auch in umliegenden Gemeinden wie Siegburg, Honnef und Köln gründeten sich Ausschüsse, darüber hinaus in Aachen, Düsseldorf, Wuppertal, Essen, Gelsenkirchen, Duisburg und weiteren Städten mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Einige Frauenausschüsse beabsichtigten, Frauen für politische Partizipation in jeder Form zu motivieren. Der Ausschuss in Dortmund organisierte speziell an Frauen gerichtete politische Bildungsarbeit. In Münster protestierte der Ausschuss 1948 heftig, dass nur zwei Frauen im Stadtrat vertreten waren, obwohl Frauen 60% der Wählenden darstellten.



links: Kein Frauenausschuss in Bielefeld, aber Frauen im Zonenbeirat. (© Stadtarchiv Bielefeld)



rechts: Späteres Logo des Frauenausschusses Aachen, der unter dem Namen „Frauennetzwerk“ bis heute existiert. (© Frauennetzwerk StädteRegion Aachen)

Viele Frauenausschüsse existierten nur kurze Zeit wie in Bonn. Durch die Neugründung der Parteien und die Etablierung traditioneller politischer Strukturen verloren sie ihre Existenzgrundlage. Besonders die linken Parteien sahen in den überparteilichen Aktivitäten ein Hindernis für die eigene Frauenarbeit und orderten die Genossinnen aus den Frauenausschüssen zurück.

Sturm oder „Stürmlein“? Frauen machen Druck



Hertha Gotthelf übernahm 1946 das zentrale Frauensekretariat der SPD, um die Frauenpolitik zu organisieren und auszubauen. Zusätzlich war sie verantwortliche Redakteurin der SPD-Frauenzeitschrift „Die Genossin“. Sie trug wesentlich dazu bei, die Juristin Dr. Elisabeth Selbert 1948 in den Parlamentarischen Rat zu entsenden und als Rechtsexpertin für Frauenfragen aufzubauen.

Wie gleich soll die Gleichstellung sein?

Als Rechtsanwältin hatte Selbert erfahren, wie negativ sich die Ehe- und Familiengesetze für Frauen auswirkten. Für sie war klar, dass im Grundgesetz der Bundesrepublik die Gleichberechtigung der Frauen weiter gefasst sein musste als in der Weimarer Republik, in der nur „grundsätzlich gleiche staatsbürgerliche Rechte“ verankert waren.

Die bürgerlichen Parteien im Parlamentarischen Rat und mit ihnen Helene Weber (CDU) sowie Helene Wessel (Zentrum) lehnten eine „schematische“ Gleichstellung ab. Sie plädierten dafür, Gleiches gleich, „Verschiedenes nach seiner Eigenart“ zu behandeln. Damit konnten sie eine Reform der Ehe- und Familienrechte umgehen. Die SPD-Forderung „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ wurde sowohl im Grundsatzausschuss wie auch am 3. Dezember 1948 im Hauptausschuss abgelehnt.

Beachtlicher Protest, aber keine Massenbewegung

Nach der Ablehnung organisierte Gotthelf im Frauensekretariat eine medienwirksame Kampagne, um Proteste landesweit zu kanalisieren. Es fanden viele Veranstaltungen mit Selbert und anderen Politikerinnen statt, in denen sie Frauen um Unterstützung aufriefen. Gewerkschafterinnen, weibliche Abgeordnete aller Landtage (außer in Bayern) und überparteiliche Frauenverbände schickten Eingaben. Mit der Frauenunterstützung im Rücken konnte Selbert am 18. Januar 1949 die uneingeschränkte Gleichberechtigung im Parlamentarischen Rat durchsetzen.

Die Öffentlichkeitskampagne hatte unbekannte Ausmaße erreicht. Dabei ging es Gotthelf und Selbert nicht darum, überparteiliche Frauensolidarität zu erringen, sondern die SPD als „DIE“ Partei für Frauenrechte zu etablieren und neue Wählerinnen zu gewinnen. Bei der Bundestagswahl 1949 wurde dieses Ziel nicht erreicht. Die SPD erhielt nur 29,2% der Stimmen, Frauen wählten mehrheitlich die CDU.



Kämpferinnen für die Gleichberechtigung: Elisabeth Selbert und Hertha Gotthelf 1948. (AdsD / Friedrich-Ebert-Stiftung)



Die vier „Mütter“ des Grundgesetzes – nicht der Gleichberechtigung, v.l. Nadig, Weber, Wessel, Selbert. (Bestand Erna Wagner-Hehmke, HdG Bonn)



Vortrag von Elisabeth Selbert bei einer SPD-Frauenkonferenz in Wuppertal 1948. (Archiv der deutschen Frauenbewegung)

Friederike Nadig und Helene Weber Konträre Politikerinnen



Zu den vier Frauen des Parlamentarischen Rats, der das Grundgesetz formulierte, gehörten drei Politikerinnen aus NRW: Die Kommunal- und Landtagspolitikerin Friederike Nadig (SPD) aus Bielefeld, Helene Weber (CDU) aus Elberfeld, Zentrumsabgeordnete in der Weimarer Republik, und Helene Wessel (Zentrum), frühere Abgeordnete im Preußischen Landtag.

Der Parlamentarische Rat und die Gleichberechtigung

Nadig und Weber waren Mitglied des Grundsatzausschusses, der den Grundrechtskatalog erarbeitete, dazu gehörte auch die Gleichberechtigung der Geschlechter. Beide vertraten die Forderung nach gleichem Lohn für Frauen, waren aber sonst wenig einig. Nachdem sich die SPD-Politikerin überzeugt hatte, dass die bedingungslose Gleichstellung der Geschlechter die Voraussetzung bildete, um die Benachteiligung der Frauen im bürgerlichen Recht aufzuheben, stritt sie für die vollständige Gleichberechtigung. Ihre Kollegin Weber hielt diese Forderung für überflüssig mit dem Argument, dass niemand wegen seines Geschlechts benachteiligt werden darf. Im Einklang mit ihrer Fraktion plädierte sie im Grundsatzausschuss für eine Formulierung, die beinhaltete, dass Frauen nicht minderen Rechts sind. Dieser Antrag wurde in der zweiten Lesung angenommen.

Damit war die uneingeschränkte Gleichberechtigung abgelehnt. Darauf unterstützte Nadig das Frauensekretariat der SPD und beteiligte sich an Protestveranstaltungen. Auch aus ihrer Heimatstadt Bielefeld kamen zwei Eingaben mit der Forderung nach uneingeschränkter Gleichberechtigung. Die CDU startete eine Gegenkampagne für eine „weiche“ Variante. Damit hatte sie keinen Erfolg. Im Januar 1949 wurde die Gleichberechtigung endlich beschlossen.

Unterschiedliches Bild der Ehefrau

Beide Politikerinnen gehörten ab 1949 dem Bundestag an. Wiederholt drängte Nadig auf eine Reform des Ehe- und Familienrechts, um die Unmündigkeit der Ehefrauen zu beseitigen. 1955 wurde sie in den neu gegründeten Ausschuss zur Familienrechtsänderung berufen. Weber dagegen, wichtige Repräsentantin des Katholischen Frauenbunds, trat für die traditionelle Vormacht des Ehemannes ein. Beide Politikerinnen waren unverheiratet.



Wahlkampfplakat mit Friederike Nadig 1949
(Stadtarchiv Bielefeld)



Helene Weber, führende CDU-Politikerin, 1951
(Archiv des Katholischen Deutschen Frauenbunds,
Foto: Elisabeth Knipp)

Widerstand gegen rechtliche Gleichberechtigung im BGB



Der Parlamentarische Rat hatte beschlossen, dass die Regierung bis März 1953 die Ehe- und Familienrechte im Einklang mit der Gleichberechtigung im Grundgesetz reformieren sollte. Maria Hagemeyer, Obergerichtsrätin aus Köln, wurde vom Justizministerium beauftragt, Reformentwürfe zu erarbeiten. Weiter passierte nichts. Stattdessen beantragte die CDU/CSU-Fraktion 1953, den Gleichberechtigungsartikel zwei weitere Jahre auszusetzen. Diesen Antrag lehnte das Bundesverfassungsgericht ab.

Emanzipationsfeindliches Familienministerium behindert Reformen

Viele Frauenverbände unterstützten die Reformvorschläge, doch von den Kirchen gab es heftigen Widerstand gegen die Umsetzung der Gleichberechtigung im Privatrecht. Im Auftrag der katholischen Bischofskonferenz schrieb Kardinal Frings aus Köln ein Protestschreiben an Justizminister Dehler. Das Rechtsstatut des männlichen Familienoberhauptes aufzuheben, würde der Heiligen Schrift widersprechen. Da die Kirchen bei der Bundestagswahl 1953 Kanzler Adenauer Schützenhilfe leisteten, richtete dieser im Gegenzug ein Familienministerium ein, das sich zur Abwehrinstanz gegen die Gleichberechtigung entwickelte.

Offizielle Begründung für das neue Ministerium war die drohende Überalterung der Gesellschaft. Das Ressort war mit wenig Budget und Befugnissen ausgestattet. Seine wesentliche Aufgabe sah der klerikale Minister Würmeling darin, Kinderreichtum und die traditionellen Werte der Familie in der Öffentlichkeit zu propagieren. Dazu gehörte nach seiner Vorstellung, dass Scheidungen und der Zugang zu Verhütungsmitteln erschwert werden sollten.

Gleichberechtigungsgesetz mit Lücken

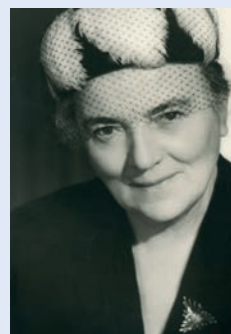
Im Gleichberechtigungsgesetz, das am 1. Juli 1958 mit fünfjähriger Verspätung in Kraft trat, war der Letztentscheid des Ehemannes gefallen. Einen großen Fortschritt stellte das Rechtsstatut der Zugewinnungsgemeinschaft dar, das der Frau ihren Anteil am gemeinsamen Vermögen sicherte. Doch die traditionelle Arbeitsteilung in der Familie blieb bestehen. Die Ehefrau konnte nur eingeschränkt ohne Zustimmung ihres Mannes erwerbstätig sein.



Die Obergerichtsrätin Maria Hagemeyer erarbeitete eine Rechtsreform, um die Gleichberechtigung umzusetzen. (Haus der Geschichte)



Hildegard Gethmann (Dortmund), Gründerin des Juristinnenbunds, setzte sich für Frauenrechte ein. (Archiv der Konrad-Adenauer-Stiftung)



Bertha Middelhaue (Leverkusen), Präsidentin des Deutschen Frauenrings, unterstützte ebenfalls die Reformen. (Nachlass Middelhaue, Foto: Peter Mögenberg)

Frankfurter Rundschau vom 28.10.1953



Westdeutsche Frauen- friedensbewegung



Demonstration in Düsseldorf 1955, links Dr. Doris Maase. (Privatarchiv, Foto: Toni Tripp)



Protestversammlung im Bonner Bürgerverein am 28.9.1960, Rednerin: Klara Maria Fassbinder (Archiv der deutschen Frauenbewegung)



Demonstration in den Niederlanden 1964 gegen die Nato, mit Schirm: Elly Steinmann, (Nationaal Archief, Foto: Joop van Bilsen)

Gegen Wiederaufrüstung und Atomwaffen

Als 1950 erste Pläne zur Wiederbewaffnung der BRD bekannt wurden, begann sich Widerstand von Frauen zu formieren. Aus dem Frauenfriedenskongress 1951 in Velbert mit 1.000 Frauen ging die Westdeutsche Frauenfriedensbewegung (WFFB) hervor. Die Bewegung engagierte sich gegen die Einbindung der BRD in ein Militärbündnis und gegen Atombewaffnung.

Zu den Gründerinnen gehörten u.a. die Bonner Professorin Klara Maria Fassbinder, die Gelsenkirchener Pastorin Grit Weisberg und Elly Steinmann aus Essen, eine der Redakteurinnen der Zeitschrift „Frau und Frieden“. Neben Hamburg und München lag ein Schwerpunkt der Friedensbewegung an Rhein und Ruhr. Zu den aktiven Mitgliedern zählten Christinnen und Kommunistinnen, Hausfrauen und Berufstätige.

Im Mai 1952 beteiligten sich 1.600 Frauen an einer Friedensdemonstration in Bonn. Hauptrednerin war Helene Wessel. Die WFFB protestierte gegen die allgemeine Wehrpflicht und gegen Eingliederung der BRD in die NATO. Ab Mitte der 1960er Jahre schloss sie sich den Protesten gegen den Vietnamkrieg an. Die Frauen hielten Vorträge, machten Infostände, verteilten Flugblätter, sammelten Unterschriften.

Vorwurf kommunistischer Spionage

1955 wurde die WFFB in Rheinland-Pfalz als angeblich kommunistische Tarnorganisation verboten. Dagegen prozessierten die Frauen. Das Oberverwaltungsgericht in Koblenz bestätigte ihnen nach viereinhalb Jahren ihr Recht, andere Ansichten als die Bundesregierung zu vertreten. Ziel und Tätigkeiten der Bewegung seien nicht gegen die Verfassung gerichtet.

Herz und Motor der Bewegung war Klara Maria Fassbinder, die Besuche zwischen Ost und West organisierte und beharrlich für die Verständigung warb. Zu diesem Zweck führte sie u.a. Gespräche mit dem Ministerpräsidenten der DDR, dem sowjetischen Botschafter und Vertretern der UNO. Sie suchte das Gespräch, wo es zwischen offiziellen Stellen schwierig geworden war. Auf Anweisung von Kultusministerin Teusch wurde sie 1953 eines der ersten Berufsverbotsopfer.

1974 löste sich die Gruppe auf.

Christine Teusch

Erste Ministerin trotz großem Widerstand



Gleichberechtigung



1986 brachte die Deutsche Bundespost in der Serie bedeutende Frauen die Briefmarke mit Christine Teusch heraus.



Christine Teusch, deutsche Vertreterin bei der International Union 1925 (Library of Congress USA)



Landtagssitzung in den Henkel-Werken im Juli 1948, am Tisch: das CDU-Präsidium und Christine Teusch (Landesarchiv NRW Landtag)

Die Kölner Lehrerin Christine Teusch (1888-1968) hatte eine Fülle von politischen Ämtern inne: Während der gesamten Weimarer Republik war sie Reichstagsabgeordnete für das Zentrum. 1945 trat sie in die CDU ein, bald wurde sie in den Vorstand der CDU und des Frauenausschusses der CDU gewählt.

Widerstand und Unterstützung

Nachdem zwei NRW-Kultusminister nur vorübergehend im Amt blieben, galt die Landtagsabgeordnete und Kulturexpertin Teusch als wichtige Anwärtlerin. Zur Zeit der Vakanz im Dezember 1947 war Teusch in Kur. Adenauer, der eine Frau als Ministerin ablehnte, verlangte ihr Gesundheitszeugnis. Auch Ministerpräsident Arnold hatte zunächst Bedenken gegen ein „Weiberregiment“. Für sie sprach jedoch, dass sie den Rückhalt der britischen Besatzungsmacht genoss. In zahllosen Gesprächen schaffte sie es, wichtige Kollegen für sich zu gewinnen.

Nach ihrer Ernennung als Kultusministerin erhielt Teusch freudige Zustimmung wie auch Protestbriefe. Ein Abgeordneter hielt ihre Berufung für eine groteske Überspitzung der Frauenpolitik und für „eine Bankrotterklärung des zur Leitung berufenen Mannes“. Mit den Referentinnen in ihrem Ministerium verfuhr sie strenger als mit männlichen Kollegen. Sie wies ihre Mitarbeiterinnen an, frauenrechtlerische Eindrücke zu vermeiden, um den Vorwurf der einseitigen Frauenpolitik zu entkräften.

Respekt für den „einzigen Mann im Kabinett“

Zu den dringendsten Aufgaben des Kultusministeriums gehörte es, Schulen und Lehrpläne errichten, aber auch dem Hunger der Schulkinder abzuhelfen. Neue Ideen in die Schulpolitik brachte Teusch kaum ein – abgesehen von der Einführung des zweiten Bildungswegs. Sie setzte ein konfessionell geprägtes Schulsystem durch. Insgesamt verschaffte sie sich großen Respekt.

Ihr Fazit als Ministerin lautete: „Minister in Deutschland zu sein ist schwer; Kultusminister zu sein noch schwerer, aber als Frau Kultusministerin am Rhein zu sein am allerschwersten.“

Elisabeth Schwarzhaupt und die Forderung nach Frauen im Kabinett



Elisabeth Schwarzhaupt am Redepult im Bundestag, 1957 (Bundesarchiv N 1177 Bild-166-001)



Vertreterinnen der CDU-Frauenvereinigung mit Kanzler Adenauer und Helene Weber (vorne rechts), einflussreichste Politikerin der CDU. (Privatbesitz)



Vereidigung von Elisabeth Schwarzhaupt als erste Gesundheitsministerin am 14.11.1961, die einzige Frau im Kabinett. (Bundesregierung, Foto: Ludwig Wegmann)

Die Juristin Dr. Elisabeth Schwarzhaupt, Mitbegründerin des Frankfurter Frauenausschusses und erste Oberkirchenrätin, gehört zu den Frauen, denen ein Mandat im Bundestag angetragen wurde. Zur Bundestagswahl 1953 trat sie in die CDU ein und erhielt einen günstigen Listenplatz. Im Bundestag arbeitete sie im Rechtsausschuss mit und engagierte sich für eine Änderung des Familienrechts.

Endlich die erste Bundesministerin

Die Frauenvereinigung der CDU drängte Kanzler Adenauer bereits 1957, eine Politikerin ins Kabinett zu nehmen, doch Adenauer ignorierte diese Bitte. Dafür wurde Schwarzhaupt zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden ernannt. Um bei der nächsten Kabinettsbildung 1961 Erfolg zu haben, planten Helene Weber und Änne Brauksiepe, die Vorsitzenden der CDU-Frauenvereinigung, einen vertraulichen „Werbefeldzug“. Durch Briefe und Telegramme der weiblichen Basis mit der Forderung nach einer Ministerin sollte der Kanzler unter Druck gesetzt werden.

Das reichte aber nicht aus. Als bei den Koalitionsverhandlungen 1961 die Forderung der Frauen unterzugehen drohte, organisierten Weber und Brauksiepe eine Sitzblockade vor dem Kanzleramt. Das führte endlich zum Erfolg. Da schon alle Ressorts vergeben waren, wurde das neue Gesundheitsministerium eingerichtet und Schwarzhaupt zur Ministerin ernannt.

Nur langsame Anerkennung der neuen Ministerin

Die Ministerin hatte es nicht nur als Neuling schwer, sondern auch weil sie Etat, Kompetenzbereiche und Personal anderen Ressorts abtrotzen musste. Widerstände kamen von ihren Kabinettskollegen, der eigenen Fraktion und dem CDU-Frauenreferat.

Als bei der nächsten Bundestagswahl 1965 der mögliche Koalitionspartner das Gesundheitsministerium für sich reklamierte, signalisierte Schwarzhaupt ihre Bereitschaft, das Ministerium abzugeben, um die Koalitionsverhandlungen nicht scheitern zu lassen. Wieder setzte Brauksiepe die CDU-Frauen in Bewegung und bis zur Kabinettsumbildung 1966 durch den neuen Kanzler Kurt Kiesinger konnte Schwarzhaupt das Ministerium behalten.

Inge Donnepp

Ministerin, AsF-Vorsitzende,
Landesbeauftragte für Frauen



Gleichberechtigung



Inge Donnepp (links), die Frauenbeauftragte Barbara von Sell (Mitte), Ministerpräsident Heinz Kühn und seine Ehefrau 1975. (Landesarchiv NRW)

Inge Donnepp, 1918 in Unna geboren, bestand erst das Examen als Dolmetscherin und studierte danach Jura. Über 20 Jahre war sie als Richterin am Sozialgericht in Münster und Gelsenkirchen tätig. Dort erlebte sie die massiven Benachteiligungen von Ehefrauen durch die Gesetzgebung. Donnepp trat 1957 in die SPD ein, engagierte sich in der Bewegung „Kampf dem Atomtod“ und stritt für Reformen im Familienrecht.

Mit Geduld und Hartnäckigkeit verschaffte sich Donnepp Anerkennung. 1973 wurde sie Vorsitzende der neu gegründeten Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in NRW, welche in den nächsten Jahren dafür kämpfte, dass bei Wahlen jeder 5. Platz der Landesliste mit einer Frau besetzt werden sollte; bisher war es jeder 11. Platz.

Einlösung der Wahlversprechen

Nach der NRW-Landtagswahl 1975 berief Ministerpräsident Kühn Donnepp zur Ministerin für Bundesangelegenheiten, damit gab es nach 21 Jahren wieder eine Frau im Kabinett. 1978 wurde sie erste Justizministerin eines Bundeslandes. Zu den Schwerpunkten ihrer Arbeit als Justizministerin gehörte die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Gerichten und bei den Staatsanwaltschaften.

Im Juni 1975 ernannte Kühn außerdem Barbara von Sell zur ersten Beauftragten für Frauenfragen eines Bundeslandes, um das Kabinett über Frauenthemen zu unterrichten und zu beraten. Die Funktion war ohne Etat und Kompetenz, von Sell war nicht Mitglied im Landtag und hatte dort kein Rederecht. Nach ein paar Monaten trat sie zurück, weil sie sich nur als „Wahlkampfschlager“ fühlte. Ende 1975 übernahm Donnepp das Amt für drei Jahre.

Als Frauenbeauftragte der Landesregierung setzte sie sich vehement für eine verbesserte Ausbildung von Frauen ein. „Mädchen Mut machen“ hieß ihre Kampagne, um Schülerinnen in „Männerberufe“ zu locken. Sie kämpfte u.a. für einen Versorgungsausgleich bei Scheidungen und für Rentenansprüche von Frauen. Es gelang es ihr, erstmals einen Haushaltstitel für Frauenprojekte in einem Länderhaushalt durchzusetzen.



Das Kabinett Rau 1980 mit Inge Donnepp als einziger Frau. (Landesarchiv NRW)



Wahlplakat 1980 (Archiv der sozialen Demokratie)

Die Neue Frauenbewegung und der § 218



Kampf für Selbstbestimmung – gegen Bevormundung

Im Zuge der Studentenbewegung begannen Frauen 1968 an Universitäten eigene Gruppen zu bilden. Sie warfen den Genossen im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) vor, in ihrer Gesellschaftskritik nicht weit genug zu gehen, weil sie die Diskriminierung der Frauen ignorierten. Tatsächlich sahen sie im SDS ein Spiegelbild der männlich geprägten Gesellschaft.

Mobilisierung durch Abtreibungskampagnen

Die autonome Frauenbewegung erhielt im Juni 1971 mit der Kampagne gegen den § 218 großen Auftrieb. Ausgangspunkt war die Selbstbezeichnung „Ich habe abgetrieben“ von 374 Frauen in der Zeitschrift STERN, initiiert von der Journalistin Alice Schwarzer, die die Idee aus Frankreich übernommen hatte. Nach der Veröffentlichung der Namen begann die Staatsanwaltschaft gegen einige Unterzeichnerinnen zu ermitteln. Weitere Frauen wurden durch die Vergewaltigung einer 13-jährigen Schülerin in Dortmund mobilisiert. Die Ärztekammer Westfalen befand das schwangere Mädchen sei kräftig genug, um das Kind auszutragen, und verweigerte ihr eine Abtreibung.

In vielen Städten gründeten Frauen die „Aktion 218“. Die Kampagnen wurden von Studentinnen, Berufstätigen, Hausfrauen und Müttern getragen; Journalistinnen berichteten darüber. Die Frauen forderten als Betroffene die Streichung des § 218. Weiter verlangten sie den Schwangerschaftsabbruch von FachärztInnen vornehmen zu lassen und Abtreibung sowie „Pille“ als Kassenleistung festzuschreiben. Es wurden Flugblätter verteilt, Fragebögen an FrauenärztInnen verschickt und Gelder für Abtreibungen im Ausland gesammelt.

In Düsseldorf fand ein erstes Delegiertentreffen statt, in Köln wurde im Juni 1972 ein bundesweites Tribunal „Ich klage an“ gegen konservative Ärzte, Vertreter der Justiz, der Pharmaindustrie und der Kirchen organisiert. 1973 fand eine Großdemonstration in Bonn statt. Die Bewegung erhielt immer mehr Unterstützung, auch von politischer Seite. Der Bundestag verabschiedete 1974 die Fristenlösung, die den Abbruch innerhalb von drei Monaten legalisieren sollte. Zwar trat das Gesetz wegen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts nicht in Kraft, doch der Kompromiss in Form einer Indikationslösung lässt sich dennoch als gewisser Erfolg werten.



Demonstration in Essen gegen den § 218 und die Fremdbestimmung von Frauen (FFBIZ Berlin, Foto: Irm Wundenberg)



Aufruf zur Demonstration (Kölner Frauengeschichtsverein)



Demonstration in Köln am 17.2.1975 gegen den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts. (Kölner Frauengeschichtsverein, Foto: F.W. Holubowsky)

Die ersten Frauenhäuser in NRW

Hilfe zur Selbsthilfe



Der Kölner Frauenbuchladen protestierte vergeblich gegen die pornographische Werbung vor seinem Laden.

(Kölner Frauengeschichtsverein, Foto: unbekannt)



Kölner Studentinnen sammelten 1976 in der Fußgängerzone Unterschriften für ein Frauenhaus. (Frauenmediatum, Foto: F.W. Holubowsky)



Straßenaktion zur Gewalt gegen Frauen in Bonn 1977 (Frauenmediatum, Foto: gipa-Press)

Verschweigen, verharmlosen, ignorieren

Die autonome Frauenbewegung brachte früh das tabuisierte Thema Gewalt in die Öffentlichkeit. 1976 kamen in Brüssel 1.500 Teilnehmerinnen aus 33 Ländern zum Internationalen Tribunal Gewalt gegen Frauen zusammen. Die ‚Anklagen‘ umfassten unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche von Gewalt in der Ehe bis Pornografie. In vielen Städten machten Frauen auf das große Ausmaß der sexuellen Gewalt aufmerksam und forderten, sich zu jeder Tages- und Nachtzeit gewaltfrei bewegen zu können.

1976 gründete die Soziologin Prof. Maria Mies mit 15 Studentinnen der Fachhochschule Köln den Verein „Frauen helfen Frauen“, um nach dem Vorbild des weltweit ersten Frauenhauses in London auch in Köln ein Haus für geschlagene Frauen zu eröffnen. Doch der für die Finanzierung angefragte Kölner Sozialdezernent bezweifelte den Bedarf eines solchen Hauses und verlangte empirische Daten über häusliche Gewalt. Die Studentinnen reagierten darauf mit Straßenaktionen und sammelten Unterschriften für ein Frauenhaus.

Öffentliches Bewusstsein für Gewalt gegen Frauen schaffen

Als in einer Kölner Zeitung eine Telefonnummer für Zuflucht Suchende abgedruckt wurde, war die Nachfrage überwältigend. Es meldeten sich weit mehr Frauen als privat untergebracht werden konnten. Damit war der Bedarf zweifelsfrei bewiesen. Doch die Stadt Köln blieb untätig. So mietete „Frauen helfen Frauen“ im November 1976 selbst ein Haus und richtete einen ehrenamtlichen Dienst rund um die Uhr ein. Erst nach dieser Vorleistung wurde eine Stelle für eine Sozialpädagogin bewilligt.

Kurz darauf eröffneten in Bielefeld und Düsseldorf und bald danach in vielen westdeutschen Städten Frauenhäuser. Nicht selten wurden sie gegen erbitterten Widerstand und in der Regel mit viel unbezahltem Engagement ohne öffentliche Unterstützung aufgebaut. Das Ziel war und ist es immer noch, den geschlagenen Frauen zu einem gewaltfreien und selbstbestimmten Leben zu helfen – ohne Bevormundung oder Stigmatisierung und unter Wahrung ihrer Anonymität.

Erst 1997 wurde Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe gestellt.



100 Jahre Frauenpolitischer Aufbruch vom Frauenwahlrecht zum Frauenmandat

Daniela Flörsheim



*Die große Symbolkraft der Demokratie
findet bei Daniela Flörsheim statt.
Da gibt es alle Symbole,
die uns gerade bewegen
und uns Zeichen setzen.*



Marianne Pitzen



*Piktogramme dienen der vereinfachten Orientierung.
Sie sind Zeichen unserer Alltagswelt.
In Daniela Flörsheims Arbeit zu 100 Jahre Frauenwahlrecht
tauchen sie als Zifferblätter auf,
die nicht auf die Gegenwart
sondern auf die Zukunft verweisen.*



Frank Schablewski



Künstler/innen

Carola Paschold

Gabriele Münter (1877-1962)

2014, Öl auf Leinwand, 130 x 90 cm

Stiftung der Künstlerin an die Sammlung des Frauenmuseums

Gabriele Münter war Mitgründerin des Blauen Reiter, Aufbruch der Kunst vor dem 1. Weltkrieg, in dem August Macke und Franz Marc als „Künstlersoldaten“ starben. Marc war mit Else Lasker-Schüler im künstlerischen Austausch, so gehörte auch sie zum Freundeskreis um den Blauen Reiter.

1902 wurde Gabriele Münter Schülerin der Kunstschule „Phalanx“ von Wassily Kandinsky. In ihren Tagebüchern erscheint er stets als K. Da man den Frauen bis 1908 das Studium an den Kunstakademien verwehrte, waren sie auf private Kunstschulen angewiesen. Dass die männlichen Künstler an dem Frauenausschluss festhielten, versteht sich, da sie mit den Damenkunstschulen eine hervorragende Einnahmequelle besaßen. Kandinskys Schülerinnen fuhren oft in die Umgebung von München, um mitten in der Landschaft zu malen. Durch die Kunst konnten die jungen Frauen aus der üblichen Häuslichkeit ausbrechen und ein beachtliches Stück Freiheit genießen.

Gabriele Münter lebte ohnehin für ihre Zeit außerordentlich selbstbestimmt. Durch den frühen Tod der Eltern war sie weitgehend auf sich allein gestellt und konnte dank des familiären Vermögens sorgenfrei leben. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges.

Die Gründung des Blauen Reiters bestimmte ihr Leben. Sie brachte ihre Bilder in die Ausstellungen der Gruppe ein, sie organisierte Ausstellungen und arbeitete intensiv am Almanach des Blauen Reiter, dennoch versäumte sie es, ihren Namen darin festzuschreiben. Sie wurde gerne „Die Blaue Reiterin“ genannt, und doch fehlte ihr die selbstverständliche Anerkennung. Bis vor kurzem wurde sie in den Publikationen als Kandinskys Geliebte geführt, weniger als eigenständige Künstlerin. Ihr Ansehen leitete sich lange Zeit von der umfangreichen Schenkung ab, die sie dem Lenbachhaus, München, vermachte. Dagegen muss festgehalten werden, dass Gabriele Münter eine der großen primären Kunstschaffenden ist, die an der Entwicklung des Expressionismus großen Anteil hatte, als Künstlerin der ersten Stunde.

Zu Bonn hatte sie durch ihre Verwandten eine enge Beziehung. Dies war sehr günstig, da sie bei ihnen stets eine Unterkunft, ein Zuhause hatte. Der Rückzug war gelegentlich nötig: Die freundschaftlichen Beziehungen innerhalb des Blauen Reiter waren zunehmend gestört von kleinen und größeren Intrigen. Gabriele Münter galt als humorvoll, doch war sie gerade von August Mackes Bemerkungen, brieflich überliefert, tief getroffen: Man hatte sie das „Geziefen“ genannt! Sie hätte in die Suppe gespuckt! Sie hat wohl energisch auf ihrer Meinung bestanden, und so musste sie Wassily Kandinsky verteidigen: So dürfe man mit einer Künstlerin nicht umgehen...

Anmerkung: Von 1994 – 2017 hat das Frauenmuseum zusammen mit dem BBK, der GEOK und dem Bundesministerium für Familie den Gabriele Münter Preis ausgelobt und vergeben. Förderin war die jeweilige Bundesfrauenministerin, von Angela Merkel bis Manuela Schwesig. Der Preis würdigt das Lebenswerk von Künstlerinnen über 40.

2014 fand im Frauenmuseum die Ausstellung „Gabriele Münter und ihr Freundeskreis“ statt s. Katalog



Else Lasker-Schüler (1869-1945)

Ein Raum für Else, Dichterin & Künstlerin

in Kooperation mit der Else-Lasker-Schüler-Gesellschaft in Wuppertal
20 Faksimiles aus den Jahren 1900 bis 1933.

Dank an: Hajo Jahn und Dr. Doris Rother.

Renate Vollmar und Susanne Gundelach, Vortrag Juni 2019

Foto: Horst Pitzen

Sie war mit Dichtern, Malern, Musikerin und Theaterregisseuren befreundet, in zweiter Ehe mit Herward Walden verheiratet. Als Frau des Wortes hatte sie ihm wohl seinen Namen Walden aufgedrückt und den Namen seiner Avantgarde-Galerie und Zeitschrift Der Sturm. Sie geriet in die Kunstszene um den Blauen Reiter hinein, war mit Franz Marc befreundet, mit Gabriele Münter eher nicht..., und webte an ihrer Phantasiegestalt & Alter Ego Yussuf Prinz von Theben. Sie lehnte ein bürgerliches Leben ab und war stets am Rande des Existenzminimum. Durch die NS-Zeit war ihr als Jüdin vollends die Lebensgrundlage entzogen, so wanderte sie aus, über Zürich nach Jerusalem, wo sie in Armut verstarb.



Abigail droht seiner unschuldigen Stadt

entstanden im Frühjahr 1914

aus: Else Lasker-Schüler, Die Bilder, Jüdischer Verlag im Suhrkamp Verlag, Berlin 2010



Marie Goslich (1850-1938)

Frauenleben 1900-1918

Fotos aus der von ihr herausgegebenen Kultur-Zeitschrift „Bote für die christliche Frau“. Ihr Werk wurde kürzlich von Kristina Kauffmann wiederentdeckt und inzwischen von zahlreichen Experten der Fotografie wie von Rolf Sachsse gewürdigt.

Frauenarbeit im 1. Weltkrieg



Blick in den Ausstellungsbereich Kaiserzeit





Jutta Hellweg

Rosa Luxemburg (1871-1919) & Clara Zetkin (1854-1933)

1994-1996, Acryl auf Jute, 150 x 110 cm. Aus der Serie berühmter Frauen

Am 15. Januar 1919 wurde Rosa Luxemburg verhaftet. Die in Neukölln gehaltenen Vorträge, einige Flugschriften und die Bemühungen um eine neue Zeitschrift „Die Internationale“ hatten ihr den Hass der Kriegshetzer eingetragen. Man verhaftete sie unter dem Vorwand, das Jahr Gefängnisstrafe abzubüßen, das über sie im Februar 1914 von der Frankfurter Strafkammer verhängt worden war.

Clara Zetkin, die eine langjährige Freundschaft mit Rosa Luxemburg verband, eilte sofort von Stuttgart nach Berlin als sie von der Verhaftung hörte. Sie ordnete die in Rosas Wohnung zurückgebliebenen Schriftstücke und erlistete sich einen Besuch im Gefängnis, indem sie angab, die Schwägerin der Gefangenen zu sein. Die Gefängnisvorsteherin gewährte daraufhin der aufgeregten Clara Zetkin eine Unterredung. Die List wurde entdeckt, aber die Vorsteherin hatte Sympathien für Rosa Luxemburg und ging darüber hinweg. Ihre Pflichten riefen Clara bald wieder nach Stuttgart zurück.

Am 14.12.1916 schrieb sie an Mathilde Jacob:

„Für Rosa schicke ich noch einen Brief. Ich kann die Zeit kaum erwarten, sie wieder in Südde zu wissen und möchte sie vor allen Dingen selbst gern bei uns sehen. Reden Sie ihr zu einer Erholungsreise zu. Was Mimi (Rosas Katze) angeht, so scheint es mir am besten, wenn sie bei Ihnen bleibt, weil Rosa zur Erholung fort muss. C. Zetkin“

Ein weiterer Brief an M. Jacob vom 14.8.16 lautet:

„Ich antworte Ihnen in der ausgesprochenen Erwartung, dass auch dieser Brief bespitzelt oder gestohlen wird von einem jener Halunken, die zu schlecht, zu dumm und zu faul für jede ehrliche Hantierung sich von unseren Steuergroschen in dem Amt erhalten lassen, Privatäußerungen politisch bekannter Personen auszuspitzeln und abwürgen zu helfen. (...) Die Stuttgarter Verhaftungen stellten mich vor die Zwangslage, entweder „Die Gleichheit“ (Zeitschrift für sozialdemokratische Frauen) ganz zusammenbrechen zu lassen oder aber vorübergehend die ganze Arbeit zu übernehmen. Dann kam Rosas Verhaftung. Alles das blieb nicht ohne Rückwirkung auf mein Befinden. Ich war eine Zeitlang sehr elend und bekam sogar wieder Ohnmachtsanfälle, was Sie Rosa aber nicht sagen dürfen.“

Am 10.12.1916 schrieb sie an M. Jacob:

„Mit gleicher Post gehen 10 Mark an Sie ab. Dafür kaufen Sie schöne Blumen, um in unserem Namen und Kostias (Claras Sohn) Namen Rosas Wohnung zum Willkommen zu schmücken. Zweitens möchte ich Sie bitten, mir umgehend zu schreiben ob ich irgendetwas an Vorräten schicken soll, um Rosa die nötige Ernährung zu sichern. Hier ist zwar auch alles knapp, immerhin kann Butter, Eier u.s.w. leichter und billiger beschafft werden als in Berlin. Ich weiß, liebes Fräulein Mathilde, dass Sie und unsere gemeinsame Freundin Martha in der liebenswürdigsten Weise sorgen werden. Das tröstet mich etwas darüber, dass es mir unmöglich ist, sofort nach Berlin zu eilen, meine geliebte Rosa zu empfangen und ein wenig für sie zu sorgen. C. Zetkin“

Außer diesen wenigen Briefen habe ich kein Zeugnis gefunden, das die Freundschaft der beiden Frauen belegt. Was sie sicher intensiv verband, war ihre politische Arbeit. Sie waren radikal in ihren Auffassungen und haben ohne Rücksicht auf ihr persönliches Wohlergehen für ihre politischen Ziele gekämpft. Ich habe die Beschäftigung mit ihren Biografien als ermutigend empfunden.

Jutta Hellweg



Herbert Döring-Spengler

Käthe Kollwitz

2000, Polaroid, 100 x 120 cm (linke Seite), 120 x 80 cm (rechte Seite)
Schenkung für die Sammlung des Frauenmuseums

Die große Vorgängerin hat etliche Künstlergenerationen beeindruckt und beeinflusst. Sie war in der Lage, Balance zwischen Engagement und Kunst zu halten. Ihr eigenes Gesicht wurde zur Ikone, steht für Mütter, die wie sie ihren Sohn im Krieg verloren haben. Insbesondere die Waisen, die verlassen, hungernden Kinder sind ihr Thema.





Marianne Schröder

Clara Zetkin

2018/19, Radierung, Tusche, Aquarell
Collage, Originalformat



Eugen Schramm

Marie Juchacz, erste Rednerin im Reichstag 1919

2018, 300 x 200 cm, Acryl auf Leinwand

Der in Moskau ausgebildete realistische Maler hat das bekannte Foto, an dem der Ullstein Verlag die Bildrechte hat, verfremdet und ergänzt. Foto 1919: Robert Schmecke, Foto 2019: Horst Pitzen



Heidi Adrian

Helene Lange & Gertrud Bäumer

2018, Acryl auf Leinwand, je 90 x 70 cm

Helene Lange (1848-1930) und **Gertrud Bäumer** (1873-1954) waren beide zunächst Lehrerinnen, dann Frauenrechtlerinnen, Politikerinnen und Schriftstellerinnen.

Helene Lange gründete den Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenverein (ADLV) sowie das Organ „Die Frau“ des Bundes Deutscher Frauenvereine (BDF), dessen Vorsitz sie innehatte und setzte sich sehr für die Rechte der Frauen ein. Sie kämpfte für die bessere Ausbildung der Mädchen, die in Preußen damals nicht in die Gymnasien durften, und schaffte es durch Real- und später Gymnasialkurse, dass die ersten sechs Mädchen in Berlin 1906 als Externe die Reifeprüfung ablegten.

Wegen eines Augenleidens brauchte sie 1898 eine Assistentin. Die 25 Jahre jüngere **Gertrud Bäumer**, Mitglied des ADLV, schätzte die bekannte Frauenrechtlerin Helene Lange sehr und nahm mit ihr eine rege gemeinsame publizistische Arbeit auf. Bäumer wurde Mitherausgeberin bei der Zeitschrift „Die Frau“, in der auch Männer schrieben. Helene Lange erkannte sofort das außergewöhnliche geistige Potenzial Bäumers und baute sie systematisch zu ihrer Nachfolgerin auf. Bäumer erwarb 1904 durch eine Promotion über Goethes „Satyros“ den Dokortitel.

Lange und Bäumer wurden nicht nur zu einer **politischen Lebensgemeinschaft**, sie lebten auch als enge Freundinnen zusammen. Über ihre private Beziehung gibt es keine Schriftstücke. Dies hatten sie miteinander vereinbart.

Bäumer war mit Friedrich Naumann befreundet, mit dem sie eng zusammenarbeitete. (Nach seinem Tode wurde sie 1919 die Herausgeberin seiner Zeitung „Die Hilfe“.)

Lange und Bäumer traten 1908 in die Freisinnige Vereinigung ein, die dann unter Mitgründer Naumann zur Freisinnigen Volkspartei (FVP) wurde. Nach dem 1. Weltkrieg wurden beide Frauenrechtlerinnen Mitglieder der DDP (Deutsche Demokratische Partei), deren Vorsitzender Naumann war. Gertrud Bäumer war stellvertretende Vorsitzende.

Sie leitete 1916-1920 mit Marie Baum in Hamburg das Sozialpädagogische Institut, an dem auch Lange unterrichtete. Lange war 1919 Alterspräsidentin für die DDP im Hamburger Senat. Bäumer wurde 1920 zur Ministerialrätin ins Reichsministerium des Innern berufen. Beide zogen nach Berlin zurück. Dort leitete Bäumer die Referate Jugendwohlfahrt und Schulwesen. Von 1920-1933 war sie Delegierte der Reichsregierung beim Völkerbund in Genf. Bäumer stellte sich gegen die Nationalsozialisten und wurde 1933 aller ihrer politischen Ämter enthoben.

Helene Lange schrieb unermüdlich trotz Krankheit bis zu ihrem Tode 1930. Gertrud Bäumer hat ihre Lebensgefährtin bis zum Lebensende betreut.

Viele Schulen tragen heute die Namen von **Helene Lange** und **Gertrud Bäumer**.

Heidi Adrian



Corinna Heumann

Das Fotoatelier *Elvira* – Anita Augspurg & Sophia Goudstikker

2018 Installation mit Großfoto, Wandmalerei und Collagen

Um 1880 nahm die Frauenbewegung an Schwung zu: Ihre Forderungen waren politische Teilhabe, Berufsausbildung und Berufsausübung. Modern wurde der noch wenig reglementierte Beruf der Fotografin, wobei es ebenso Geschäftsinhaberinnen wie Helferinnen gab. Vor allem aber wollten Frauen ihren Lebensunterhalt selbstbestimmt bestreiten.

Vom kunstsinnigen und liberalen München angezogen, bauten sich Anita Augspurg und ihre holländische Lebensgefährtin Sophia Goudstikker ihr gemeinsames Leben dort auf. Anita Augspurg, in Berlin ausgebildet zur Lehrerin und Schauspielerin, hatte in Zürich als erste Frau Jura studiert. Sie und ihre Lebensgefährtin verkörperten den Typus der modernen Frau: unabhängig und zielbewusst. Sie erlernten das Handwerk des Fotografierens in einem der besten Fotoateliers und gründeten am 13. Juli 1882 ihr eigenes Unternehmen in München-Schönfeld/Vorstadt, das **Fotoatelier Elvira**. Schon bald zeigte sich der Erfolg: Sophia wurde Hoffotografin und das Netzwerk der Frauen und interessantesten Menschen aus allen Schichten funktionierte bestens. Das Hoffotoatelier Elvira wurde zum Mittelpunkt des intellektuellen München, auch Ort emanzipatorischer Ideen.

Mit Freunden und Freundinnen gründeten sie die Gesellschaft zur Förderung geistiger Interessen der Frau, die hochrangige Unterstützer und Unterstützerinnen fand: Ricarda Huch, Reiner Maria Rilke, Ernst Freiherr von Wolzogen u.a. Anita Augspurg verließ den Verein bald und auch das Fotoatelier Elvira, um sich fortan allein der Frauenfrage und dem Frauenstimmrecht zu widmen. Sophia richtete im Hofatelier Elvira eine Frauenrechtsberatungsstelle ein, später den Allgemeinen bayerischen Frauentag.

Anita Augspurg gründete 1902 zusammen mit Minna Cauer und Lida Gustava Heymann den Deutschen Verein für Frauenstimmrecht. Anita Augspurg gab vor 1918 die Zeitschrift für das Frauenstimmrecht heraus, ab 1918 die Zeitschrift „Die Frau im Staat“.

Mit ihrer Lebensgefährtin Lida Gustava Heymann beteiligte sich Anita Augspurg an der Gründung der internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFE). 1918 wurde sie nach der Proklamation der Bayerischen Republik Mitglied im provisorischen Parlament.

Das Hof-Fotoatelier Elvira in der Von-der-Tann-Straße 15 wurde 1928 endgültig geschlossen. Im Nationalsozialismus schlug man die berühmte Fassade August Endells ab. Im Herbst 1933 bezog ein NS-Sturm das Haus. Im 2. Weltkrieg wurde es zerstört und an seiner Stelle befindet sich heute das amerikanische Generalkonsulat.

Quelle: nach Corinna Heumann, Ingvild Richardsen (Hrsg., Evas Töchter, Volk Verlag München u.a.).



Gruppe DonnARTE: Cynthia Rühmekorf – Barbara Schmitz – Angelika Schmitt

Angelika Schmitt

Biografien

2017, Fotoarbeiten mit Texten unterlegt

In der Serie Biografien setzt sich Angelika Schmitt mit dem Leben früherer Generationen ihrer Familie auseinander. Durch die Texte, die den Fotografien unterlegt sind, wird deutlich, dass Frauen früherer Generationen kein WAHLRECHT hatten.

Textbeispiele: „Als älteste Tochter verheiratete mich mein Vater zuerst – obwohl mein zukünftiger Mann um die Hand meiner Schwester angehalten hatte.“; „Als älteste Tochter musste ich, als meine Mutter starb, die Schule verlassen und meine Geschwister versorgen.“; „Im Krieg habe ich meine Familie mit meiner Arbeit in einer Pension ernährt.“

Die Arbeiten sind in Lichtschächten montiert und mit den Texten TRADITION, GEHORSAM, EHRE, LIEBE begehbar.

Cynthia Rühmekorf

Fingerabdrücke

2017, *SAW* Fotografie

Ihr Schwerpunkt liegt bei den sozialen Themen wie Obdachlosigkeit, Armut oder Prostitution, meist in klassischen Schwarz-Weiß-Fotografien, in dieser Ausstellung zeigt die Fotografin riesige Fingerabdrücke. Diese werden in der Kriminalistik zur Identifizierung verwendet. Da bisher keine zwei Menschen mit dem gleichen Fingerabdruck bekannt sind, geht man von der Einzigartigkeit des Fingerabdrucks aus.

Die Fingerabdrücke stehen für die Einzigartigkeit des Individuums, hier für die Individualität von Frauen. Das Zeichen der Individualität, der eigenen Identität, der Freiheit, den eigenen Willen auszudrücken, mit der eigenen Stimme das Wahlrecht wahrzunehmen.

Barbara Schmitz (zeigt zwei Arbeiten)

Donna Lottatrice – Kämpfende Frau

2017, Stahl, patiniert, 190 cm h

Meine Skulpturen aus Stahl präsentieren sich in einer Leichtigkeit, die dem Material an sich widerspricht. Die arbeiten sind geprägt von ausgewogenen und harmonischen Formen und Arrangements, die abstrakt oder figurativ eine dem Stahl innewohnende Schönheit sichtbar machen. Diese wird oft durch die rostige Patina noch weiter akzentuiert. Andere Werkstoffe und Metalle unterstreichen diese Wirkung.



Angelika Schmitt



Cynthia Rühmekorf



Barbara Schmitz

Maria Pudelko

Freiheit

2018, Installation auf 100 qm, 8-Skulpturen-Gruppe
aus Draht, Gips und diversen Materialien

Für Freiheit kämpfen
Revolution wagen
Nachher tanzen

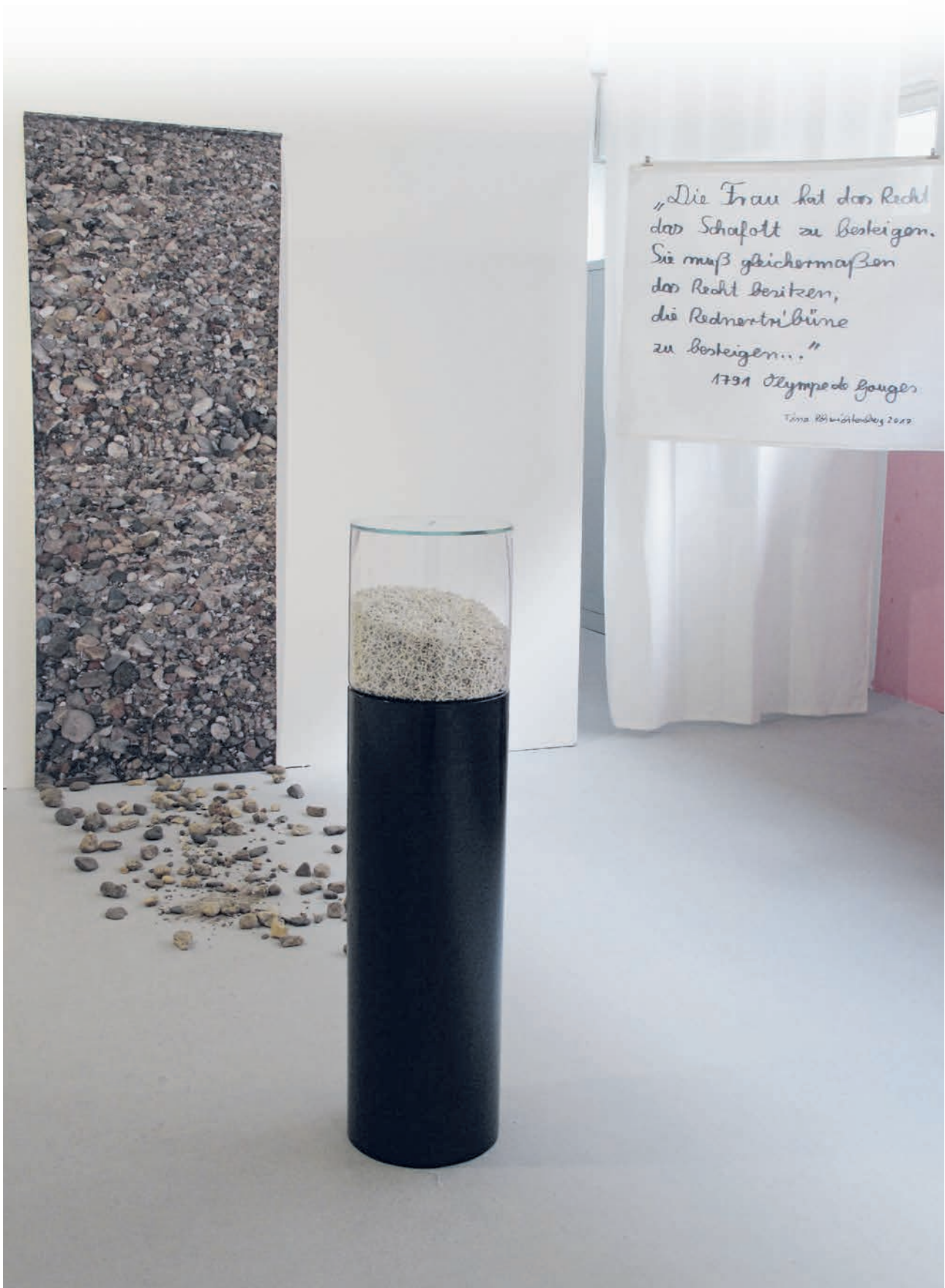




Tina Schwichtenberg

Die Wahlurne

2006/2018, Installation, Glasurne, Wahlkreuze, Foto und Rheinkiesel, der steinige Weg zum Frauenwahlrecht.
Fahne mit Zitat von Olympe de Gouges



Horst Olaf Schmidt

Damenwahl

2018, Acryl auf Leinwand, 250 x 150 cm

Von Mona Lisa sieht man nur die Augen, Mona trägt Burka!



Bertamaria Reetz

Das Handzeichen

2018, Installation: Gips, Stahlrohrständer, Objekt aus Draht, Holz und Giphänden, zwei großformatige Bilder

Raum mit Objekten und zwei Bildern
Foto: Horst Pitzen

Im deutschen Bundestag wie in sämtlichen demokratischen Versammlungen weltweit gibt es ziemlich oft die Aufforderung: Ich bitte um Ihr Handzeichen! Und so entsteht große Politik mit weitreichenden Folgen allein durch die Sprache der Hände. Römische Kaiser hingegen, so ist es überliefert, haben gerne den Daumen gesenkt, um ihre Macht über Leben und Tod zu demonstrieren.

Das an einen Globus erinnernde Objekt im Vordergrund macht deutlich, dass Frauen den Zugriff auf diese Welt haben erreichen wollen. Es sind keine zierlichen Hände, eher Pranken, die zupacken wollen. Die Welt hingegen scheint filigran und zerbrechlich. Aber sie dreht sich weiter ...



zum Bild auf der vorherigen Seite:

Horst Olaf Schmidt, Damenwahl

Auf der Suche nach einer weiblichen Ikone der Kunstgeschichte und einer geeigneten Darstellungsform zum Thema „100 Jahre Frauenpolitischer Aufbruch – Vom Frauenwahlrecht zum Frauenmandat“, stieß H.O. Schmidt auf Leonardos Mona und brachte sie mit eigenwilligem Strich auf die Leinwand, zerstörte ihr Bild rigoros, indem er sie brutal mit schwarzem Acryl übertünchte.

Zurück blieb ein kleines Sichtfenster.

Mona steht für H.O. Schmidt für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und damit für das Frauenwahlrecht. Es soll ein Zeichen dafür sein, dass noch immer und in aller Welt Frauen nicht die gleichen Rechte haben wie Männer. Dies bezieht sich nicht nur auf (wie man vermuten mag), islamische und totalitäre Staaten. Beispiele Schweiz: Einführung des Frauenwahlrechts erst Anfang der 70er-Jahre, Saudi Arabien, Brunei, Libanon haben nur ein eingeschränktes Wahlrecht für Frauen. Bis heute gibt's im Vatikan überhaupt kein Frauenwahlrecht!



Tanja Schneider

„Die Freiheit führt das Volk“ – Aktualisierung!

2018, Öl auf Leinwand, 120 x 100 cm

Inspiziert von **Delacroix'** „Die Freiheit führt das Volk“ habe ich hier den Kampf der Suffragetten in England für das Frauenwahlrecht dargestellt.

„Women soufrage“ ist das Frauenwahlrecht. Erste „Soufrage Societies“ verteilten in den 1840er-Jahren Flugblätter. 20 Jahre später forderten erste Abgeordnete, darunter der Anwalt Richard Pankhurst, das Frauenwahlrecht.







Kari Stettler

Fünf Frauen

Altes Eichenholz
2018, je ca. 200 cm hoch

NUR DAS
WIR SIND DA
WIR WOLLEN ES
NICHT AUSGEBREMST
AUF HALBEM WEG
WIR BLEIBEN DRAN
TEILT WELT MIT UNS
GERECHT

NUR DAS

Kari Stettler

MAMU (Abbildung oben)

Rettung der Kinder

Retterinnen: Bertha Pappenheim & Hannh Kaminski
2018, Acryl auf Leinwand, 200 x 250 cm

Homa Emami

Installation ZEHN MAL ZEHN, 2018

2019, Installation, 600 x 606 cm



FÜR EINE GERECHTERE WELT SOLLEN FRAUEN IHR GESICHT ZEIGEN!
UND WEITER AKTIV BLEIBEN!
DENN ES GEHT BEI DEM KAMPF DER FRAUENRECHTE AUCH IMMER UM MENSCHENRECHTE!
WAS DIE GLEICHBERICHTIGUNG DER FRAUEN GLOBAL ANGEHT, GIBT ES VIELE OFFENE BAUSTELLEN,
DIE NOCH HANDLUNGSBEDARF HABEN.



ZEHN Mörtelwannen / Baueimer sind im Raum auf unterschiedlichen Tischbeinen und Hockern aufgestellt, welche mit Lichtern von innen beleuchtet werden.

In diesen Mörtelwannen sind Fotos von Frauen zu sehen, deren Gesichter unter einer roten Farbe verdeckt und in einem Metallrahmen eingerahmt sind.

Die Mörtelwannen sind jeweils mit einem Bericht über die momentane Situation der Frauen in den ZEHN Ländern verbunden, in denen es den Frauen am schlechtesten geht.

Das Konzept wird für die Installation ZEHN MAL ZEHN durch alltägliche Materialien und Objekte aus meinen bisherigen Arbeiten ergänzt.

Alice Lex-Nerlinger

§ 218

Kunst im Dienst revolutionärer Politik

Alice Lex-Nerlinger (1893-1975)

Alice Lex-Nerlinger war Malerin, Grafikerin, Illustratorin, Bühnenbildnerin und Fotografin. Sie gehörte zur künstlerisch-politischen Avantgarde der Weimarer Republik. Als Mitglied der KPD fertigte sie zahlreiche Plakate für die Partei an. Weiter war sie Mitglied der Assoziation revolutionärer bildender Künstler. In ihren Arbeiten thematisierte sie vor allem das soziale Elend und die Situation der Frauen.

Die Künstlerin empfand die soziale Lage um 1930 so gravierend, dass es Frauen aus armen Verhältnissen nicht möglich wäre, ihre Kinder satt zu bekommen. Daher trat sie vehement dafür ein, Abtreibung zu legalisieren und den § 218 zu streichen. Ihr Hauptwerk Paragraph 218 – in Spritztechnik angefertigt – ist ein Appell, dass sich Frauen erfolgreich zusammenschließen, weil die einzelne zu schwach ist, um etwas zu erreichen. Es war eine viel diskutierte Arbeit, die bereits in der jährlich stattfindenden „Großen Berliner Kunstausstellung“ 1931 der Zensur zum Opfer fiel und von der Polizei entfernt wurde. Alice Lex-Nerlinger reagierte mit ihrer Arbeit auf kommunistische Aufrufe, sich gegen den Paragraphen 218 zu engagieren, der als Unterdrückungsinstrument gegen die Arbeiterklasse angesehen wurde.

Wir danken dem Verborgenen Museum, Berlin, für die Kooperation.





Linke Künstlerinnen gegen den § 218

Viele Künstlerinnen und Künstler unterschiedlicher gesellschaftlicher Herkunft nahmen an der internationalen Ausstellung „Frauen in Not“ 1931 teil. Im Vorwort des Katalogs schrieb Fritz Schiff: „... die Frau ist nicht ohnmächtig, auch sie ist in der Masse stark, ... Nicht das einzelne Kunstwerk, die Ausstellung ist hier zur Waffe geworden.“ Zu den teilnehmenden Künstlerinnen gehörten neben Alice Lex-Nerlinger u.a. Lea Grundig, Käthe Kollwitz, Hanna Nagel, Hannah Höch und Sella Hasse. Sie stellten die verzweifelte Lage schwangerer Frauen der Arbeiterklasse heraus. Viele politische Arbeiten verdeutlichten die Lebensgefahr illegaler Abtreibungen.

Käthe Augenstein (1899-1981)

Die Neue Frau

Fotoarbeiten

c/o Stadtarchiv Bonn und Verborgenes Museum, Berlin

Die Bonnerin machte ihre Ausbildung zur Fotografin in einem hiesigen Fotoatelier. 1927 zog Augenstein nach Berlin, besuchte den Meisterkurs der Fotografischen Lehranstalt des Lette-Vereins und arbeitete als Pressefotografin. Ihre Aufnahmen dokumentieren das Kulturleben zum Ende der Weimarer Republik. Es entstanden Porträts von vielen Künstlern wie den Malern Max Liebermann und Otto Dix, den Bildhauerin Renée Sintenis und Milly Steger sowie anderen Persönlichkeiten aus der Kulturszene. Mit ihren Frauenportraits trug auch sie – ebenso wie andere Fotografinnen und Künstlerinnen – zur Visualisierung und damit zur Herausbildung des legendären Typus der „Neuen Frau“ bei. Darüber hinaus schuf sie Bildgeschichten aus dem Alltagsleben. Als Ende des Krieges ihre Berliner Wohnung ausbrannte, verlor sie ihre Kameraausrüstung und ihr dortiges Fotoarchiv.

Käthe Augenstein kehrte 1945 nach Bonn zurück. Dort eröffnete sie ihr erstes eigenes Fotoatelier und war bis 1972 selbstständig tätig. Ihre Nachkriegsfotos zeigen den Wiederaufbau der Kölner Hohenzollernbrücke oder den Bonner Siedlungsbau. Sie schuf viele Politikerporträts, z.B. von Helene Weber und Carlo Schmid. Ferner fotografierte sie die junge Szene der abstrakten KünstlerInnen im Rheinland.

Die Tänzerin Claire Eckstein

(Bildnachweis Stadtarchiv Bonn, Foto: Käthe Augenstein)





Frau mit Pagenschnitt
(Bildnachweis Stadtarchiv Bonn, Foto: Käthe Augenstein)

Biggi Slongo

Trümmerfrauen

2016, Pflastersteine, BH
Foto: Horst Pitzen

Die Künstlerin verarbeitet die Schrecken der Kindheit in ihren Werken, die noch immer nachwirken. Ihre Objekte, die sich höchst ironisch geben, verweisen dennoch sehr nachdrücklich auf das Elend, die Schwerarbeit der Frauen in der Nachkriegszeit. Um zu überleben und an die Essensmarken zu kommen, schufteten sie in den Trümmern. Und immer wieder nach Krieg und Zerstörung bauen Frauen wieder die Grundlagen für das Weiterleben auf. Biggi Slongo, die im Ruhrgebiet geboren wurde, lebt heute in der Schweiz.

mp





Biggi Slongo

„DIE URAUFFÜHRUNG“

1517 – 1917- 1957- 1977- 2017

Inszeniert in vier episoden , ähnlich dem absurden theater

Video 15 minuten 36 sekunden

beteiligte: leere in schwarz gehaltene buehne

zwei sprecher / darsteller / schauspieler auf der bühne: Anne von der Vring & Silvia M. Philip

sprache und ein gong

die politischen ereignisse der angegebenen jahre werden per sprache, mimik und körperverhalten dem zuschauer präsentiert. die sprache übernimmt dabei die funktion von sound, durch sie wird der zeitfluss und der zeitensprung verständlich gemacht.

es wird verdeutlicht, wie schwierig es ist aus der vergangenheit zu lernen. die aufforderung den tag zu nutzen, aus seinem leben und den gegebenheiten das beste zu machen wird uns geraten.

das noch "utopische" – die noch-zukunft kann uns alles geben und sie hält chancen für uns alle bereit. wir erleben, was es mit der mehrdeutigkeit auf sich hat. der zuschauer ist gefordert genau hin zu hören. die transformationen der einzelnen episoden und der beiden einschübe enthüllen im wahrsten sinne des wortes viel, wenn man sich auf die performance einlässt.

ich möchte, das meine "uraufführung" lebendig wird von der beziehung und wechselwirkung zwischen darsteller und zuschauer, zwischen bühne und saal. der rezipient formt die performance und lässt nicht nur ein kunstwerk entstehen, sondern er taucht ein in die utopien und angesprochenen ideen, die er dann - beim sich einlassen – erkennt.

Die Inszenierung befasst sich teils mit Fiktivem und Zeitenübergreifendem. Es wird ein dichtes Netz von Referenzen angeboten. Vor unseren Augen entwickelt sich eine ganz eigene künstlerische Ästhetik.

Die beiden Performerinnen fordern den Zuschauer heraus, mit politischen Rück- und Ausblicken. Drängende Fragen werden gestellt und nach den richtigen Antworten gesucht. Es wird eine Zukunft erhofft, in der es gerechter zu gehen solle.

dieses werk wurde im august 2017 "ur-auf-geführt"!!

brigitte neufeldt

<https://vimeo.com/257920536>

KAMERA/ SCHNITT: brigitte neufeldt, Deutsch mit englischen Untertiteln

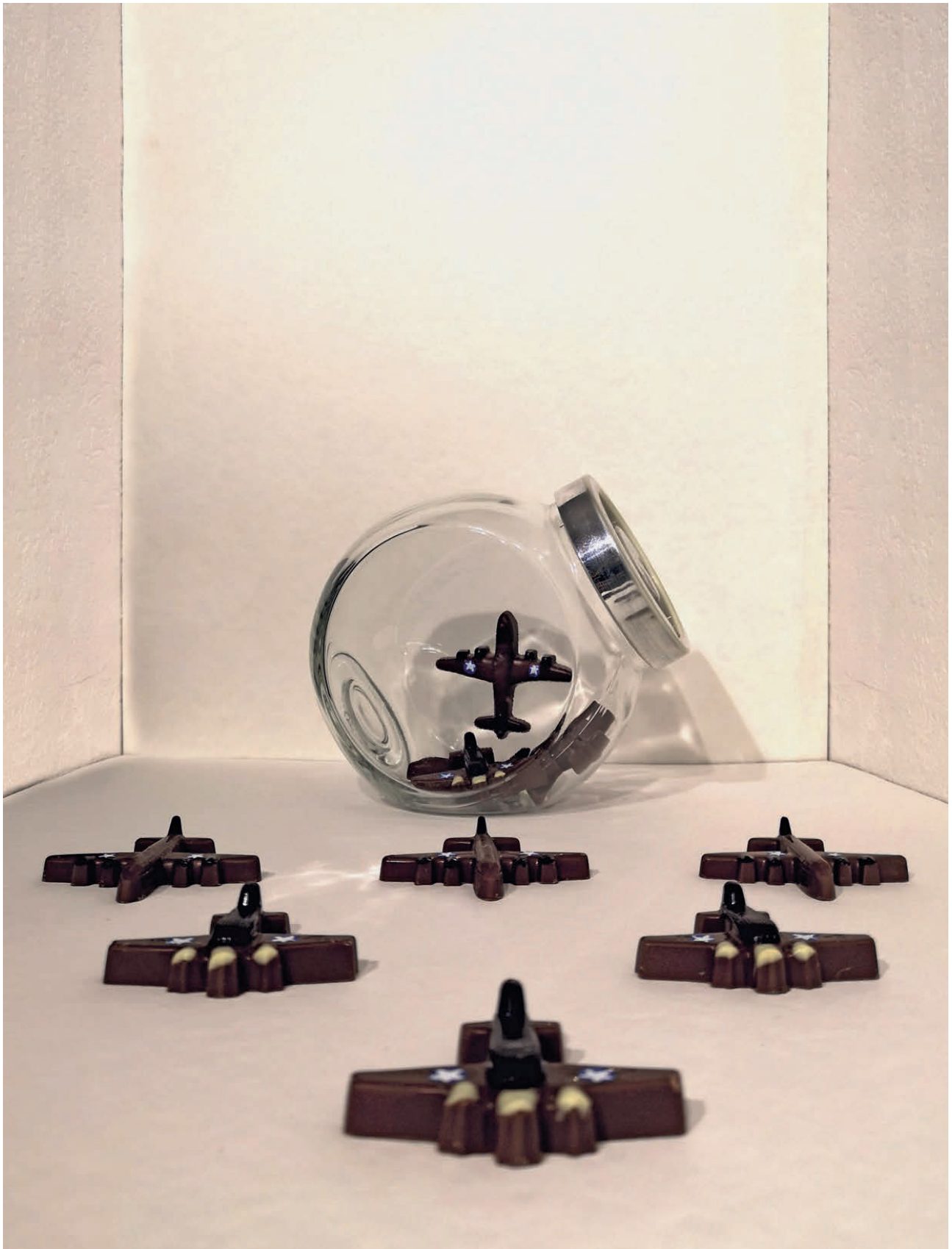


Rosinenbomber

2018, Glas-Bonboniere, Miniaturflugzeuge aus Schokolade

Foto: Biggi Slongo

Die „Bittersüße Wahrheit“ – zuerst wurden die Bomben auf Deutschland geschossen und dann 1948 warfen die gleichen Flugzeuge Nahrungsmittel und Schokolade ab.



Heidi Adrian

Elisabeth Selbert

2016, Acryl auf Leinwand, 120 x 100 cm

Elisabeth Selbert, geborene Rohde, war Kämpferin für die Gleichberechtigung. Sie wurde 1896 in Kassel als zweite von vier Töchtern geboren und ist 1986 dort gestorben.

Das Geld für den Besuch des Gymnasiums war in der Familie nicht vorhanden, sodass Elisabeth Rohde die Kasseler Gewerbe- und Handelsschule des Frauenbildungsvereins besuchte. Sie wollte gerne Lehrerin werden, aber das war finanziell nicht möglich. So arbeitete sie zunächst als Auslandskorrespondentin in einer Import-Exportfirma. Sie verlor die Stelle 1914. Wegen des kriegsbedingten Männermangels hatte sie die Möglichkeit ergriffen, als Postbeamtenanwärterin im Telegrafendienst der Reichspost zu arbeiten. Hier traf sie 1918 auf ihren späteren Ehemann, **Albert Selbert**. Er war gelernter Buchdrucker und Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates in Niederrhede bei Kassel.

Albert Selbert war engagierter Kommunalpolitiker und motivierte Elisabeth noch mehr zur politischen Arbeit. Sie schrieb viele Artikel und sprach auf vielen Veranstaltungen darüber, dass die Frauen die Pflicht haben, sich politisch zu informieren und zu engagieren. Sie trat 1918 in die SPD ein. Auch der damalige Oberbürgermeister Philipp Scheidemann ermutigte Elisabeth Rohde, selbst aktiv in die Politik zu gehen. 1919 wurde sie bereits ins Gemeindeparlament von Niederrhede gewählt und 1920 ging sie als Delegierte zur ersten Reichsfrauenkonferenz nach Kassel. Im gleichen Jahr heiratete sie Adam Selbert und bekam 1921 den Sohn Gerhart, 1922 den Sohn Herbert. Um für die Beeinflussung des politischen Geschehens bessere Qualifikationen zu erwerben, bereitete sie sich im Selbststudium auf das Abitur vor und erlangte es nach einer externen Reifeprüfung 1925 in Kassel.

Elisabeth Selbert begann das Jurastudium in Marburg und Göttingen. Im 7. Semester promovierte sie 1930 erfolgreich mit dem Thema: „Ehezerrüttung als Scheidungsgrund“. Ihr Mann unterstützte sie während der ganzen Zeit bei der Versorgung und Erziehung der Söhne.

Nach dem Assessor-Examen 1934 in Berlin wurde sie als Anwältin zugelassen und war bis ins hohe Alter in ihrer Kanzlei in Kassel tätig.

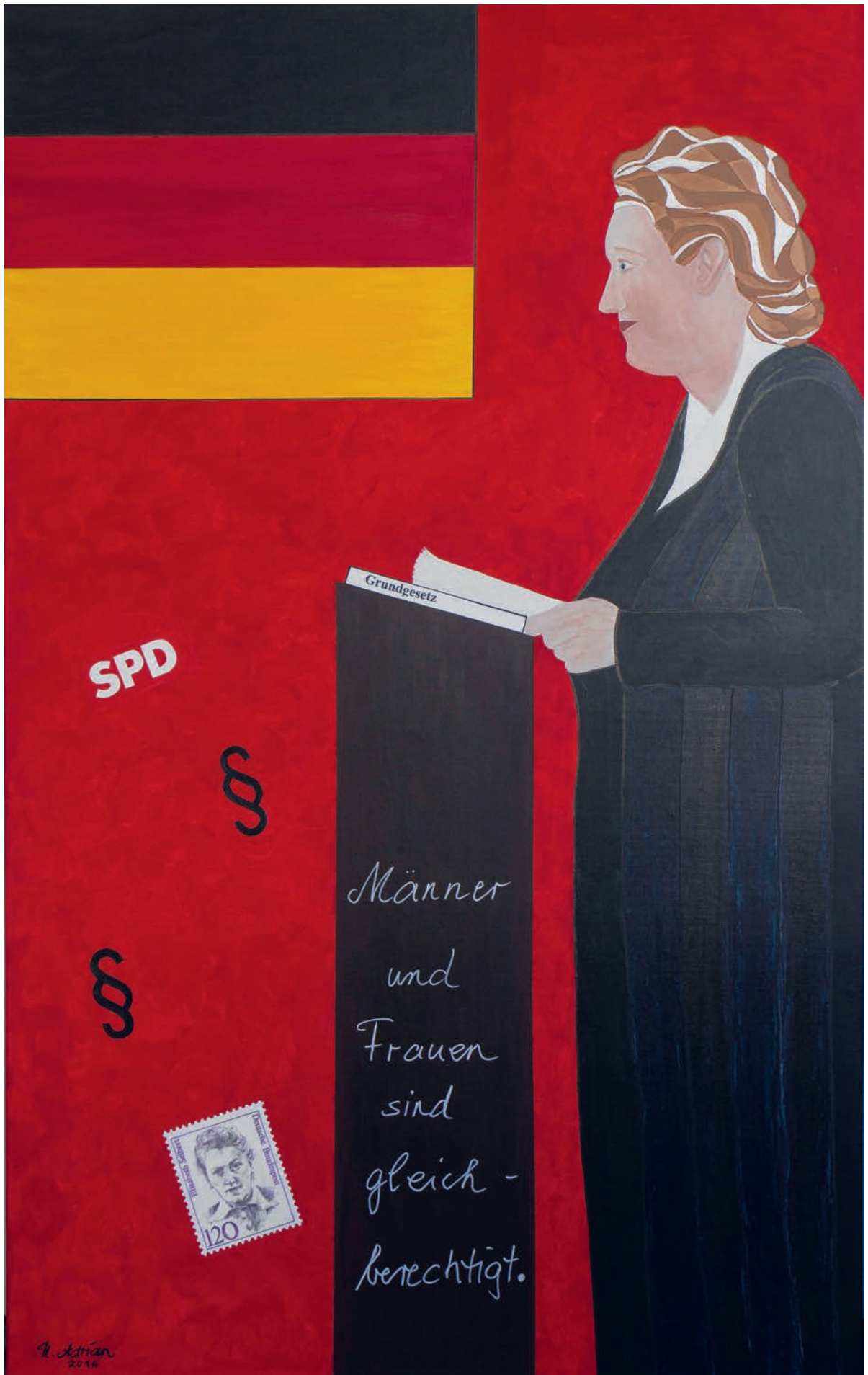
Elisabeth Selberts großes Anliegen als SPD-Abgeordnete war es, die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Grundgesetz festzulegen. Dies scheiterte 1948 im männerdominierten Parlamentarischen Rat in der 1. Lesung. Die hervorragende Juristin zeigte daraufhin, dass sie eine sehr engagierte und geschickte Politikerin war: Sie unternahm zahlreiche Vortragsreisen, um die Frauen dazu zu bringen, sich aktiv für ihre Rechte einzusetzen. Damit und durch eine zündende Radio-Ansprache erreichte sie, dass der Parlamentarische Rat mit Zuschriften von Frauen „bombardiert“ wurde, was seine Wirkung nicht verfehlte.

1949 konnte die unermüdliche Juristin mit den drei weiteren „Müttern des Grundgesetzes“ (Frieda Nadig, Helene Weber, Helene Wessel) in Artikel 3, Absatz 2, Satz 1 des Grundgesetzes diesen Satz einbringen: **Männer und Frauen sind gleichberechtigt.**

Dr. Elisabeth Selberts Kampf um die Gleichberechtigung von Mann und Frau wurde 2014 unter dem Titel **„Sternstunde ihres Lebens“** mit Iris Berben in der Hauptrolle verfilmt.

Die Begeisterung für die Politik hat sie ihrer Enkelin Susanne Selbert (Tochter von Gerhart Selbert), die ebenfalls Juristin und Politikerin in Kassel ist, mit auf den Weg gegeben.

Heidi Adrian



R. Adrian
2016

Maria Schmidt Dzionsko, FAK

no brain – no pain

2018

Schon Rousseau hat es gesagt;

Les femmes, en général, n'aiment aucune art, ne se connaissent à aucun, et n'ont aucun génie (lettre à d'Alembert, note XX). Frauen an sich mögen keine Künste, sind völlig namenlos und haben kein Genie.

4 x Papier, Frau am hirnlosen Bügel, Silhouette: X-V-A und ein Reformkleid für Frust-Flusen
ca. 2 m Höhe x Hüftweite

ferner:

Nichtsitzgelegenheit für ungebetene Gäste

ferner

Warnschild oder Taschenbügel

Acryl, Sperrholz

Anmerkung der Redaktion:

Die Künstlerin gründete die Modedesignschule FAK Freie Akademie Köln.



Marlene Leal da Silva Quabeck

Hommage à Aenne Burda

2019. Installation mit Schnittmusterbögen, Arbeitssituation

Aenne Burdas guter Freund Karl Lagerfeld sagte über die „KÖNIGIN DER KLEIDER UND SCHNITTMUSTER“: „Was Herr Burda gemacht hat, war ja gut und schön, aber ohne Aenne hätte das alles nie existiert, das Modeimperium hat sie gemacht. WUNDER SIND MACHBAR.“

Aenne hatte die Fähigkeit, eine Chance zu erkennen, den Mut, sie in Taten umzusetzen und die Kraft, alle Schwierigkeiten zu überwinden.

Aenne Burda wurde ein Vorbild, ohne dies je zu beabsichtigen. Sie wollte sich selber retten und hat dabei die Emanzipation mehr vorangetrieben als manche Frauenrechtlerin. Sie wollte einfach ihren Weg gehen: Das hat Vorbildfunktion.

VORREITERIN FÜR DIE GLEICHBERETIGUNG.

Die Verlegerin Aenne Burda war für viele Frauen das Vorbild: Anfang der 50er Jahre nahm sie allen Mut (und Wut auf ihren mehr traditionell orientierten Ehemann) zusammen und gründete ihr Unternehmen. Mit enormem Fleiß, unternehmerischer Weitsicht samt Zielbewusstsein schuf sie ihre Burda-Moden. Sie wusste sehr gut, was Frauen dieser Zeit fehlte: Das Praktische und das Schöne. Jede Frau konnte sich nun ihre modischen Träume erfüllen, Kleider selber nähen und die Schnittmuster um ihre eigene Kreativität veredeln. Ein kleines Glück für Millionen Frauen. Marlene Leal da Silva Quabeck hat entsprechen ihrer Vorstellung von Aenne Burdas Arbeitsplatz in ihrer Installation umgesetzt. mp



Kristina Kanders

Housewife 73, Lara Vacuuming

2018, Öl auf Vintage-Tapete auf Holz, 90 x 60 cm



Housewife 86. Johanna with Electrolux

2019, Öl auf Vintage-Tapete auf Holz, 90 x 60 cm



Sarah Schumann

ohne Titel (Ungarn)

1959, Fotocollage, 38,5 x 45 cm

Im Schlafzimmer leben

1976, Offsetdruck, handcoloriert, Motivmaße: 38,7 x 51,6 cm, Blattmaße: 50 x 70 cm
Exemplar: 85 / 99

sich von unten von oben sehen

1960, Fotocollage, 31,5 x 45,5 cm

Hinweis: Das Werk wird erst ab dem 19.4.2019 zur Verfügung stehen.

Schon vor der Zeit der 68er und Frauenbewegung galt ihr Einsatz den Frauen und der weiblichen Kunst. Sie war beteiligt an „Brot & Rosen“. Frauen & Film, maßgeblich an der Ausstellung „Künstlerinnen international“ der NGBK – Neue Gesellschaft für Bildende Kunst im Schloss Charlottenburg, Berlin, und mit Evelyn Kuwertz, Gisela Breitling u.a. an der der Gründung des Verborgenen Museums, Berlin.

Kooperation:

Unser Dank an die Künstlerin Sarah Schumann
und an Dr. Renate Goldmann, VAN HAM Art Estate, Köln



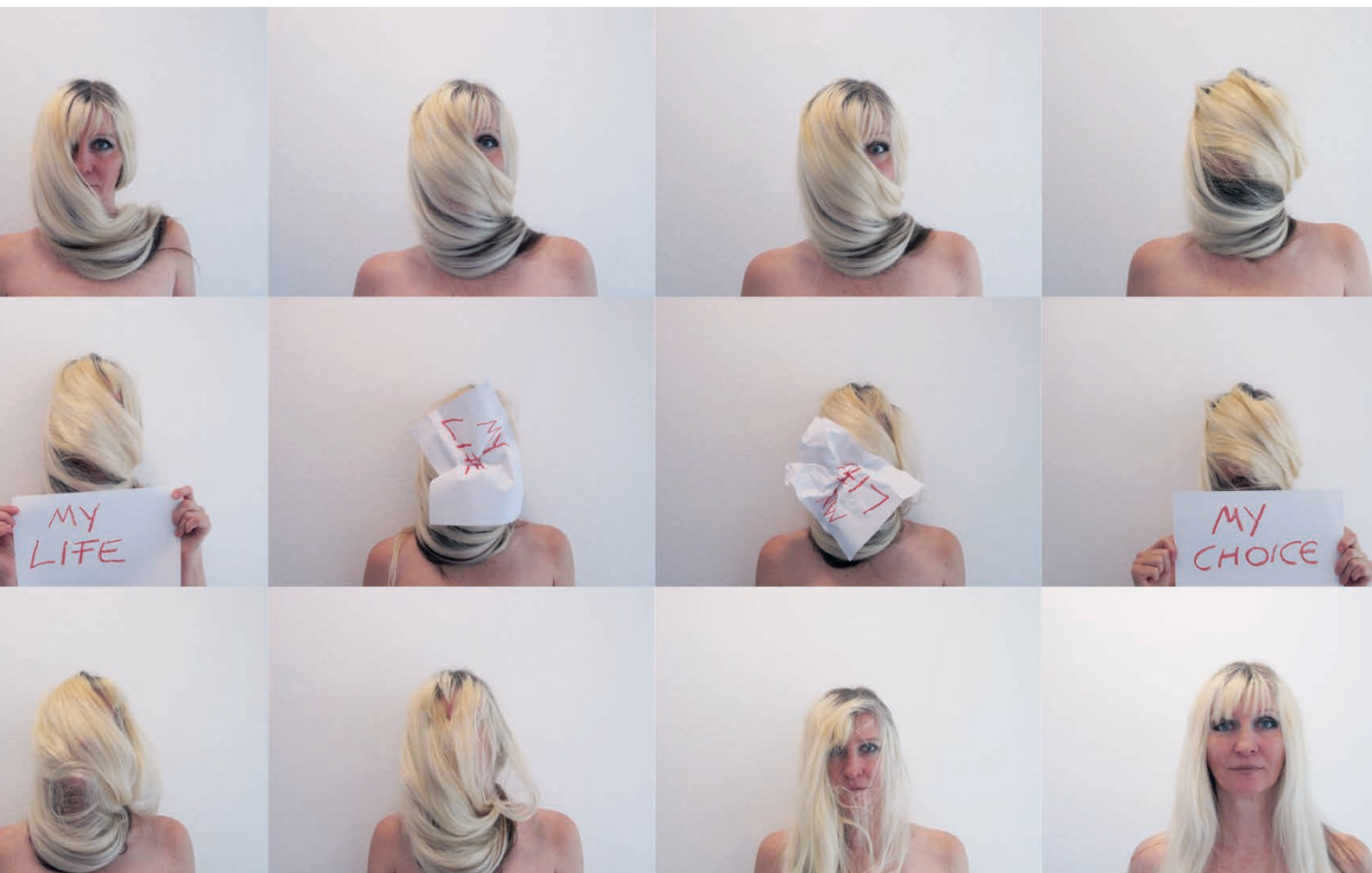


Silvia Philipp

Stimmzettel essen

Die zahlreichen Kunstaktionen und Projekte von Venezuela bis Taiwan haben ihren Blick auf die Welt geschult, Wie steht es um die Frauenrechte, was kann frau mit Kunstaktionen erreichen? Sie zog drei Söhne auf, sie war stets eine engagierte Pädagogin für viele Migrantenkinder und sie verfolgt höchst wachsam gesellschaftliche Entwicklungen. Aus vielen Gründen kann sie sich über die Weltlage nur echauffieren. Was tun? Schon Minna Cauer, Frauenrechtlerin zu Anfang des 20. Jh. forderte die Frauen auf, alles über die Politik zu lernen. Silvia Philipp geht weiter: Politik muss so intensiv aufgenommen werden, dass man sie sich direkt einverleiben sollte: Stimmzettel, Paragraphen, Gesetzestexte, - alles sollte verdaut werden. Und im übrigen kann die Verzweiflung über die Welt und ihre Wahnsinnigen auch herrlich groteske Kunst nach sich ziehen.... MP





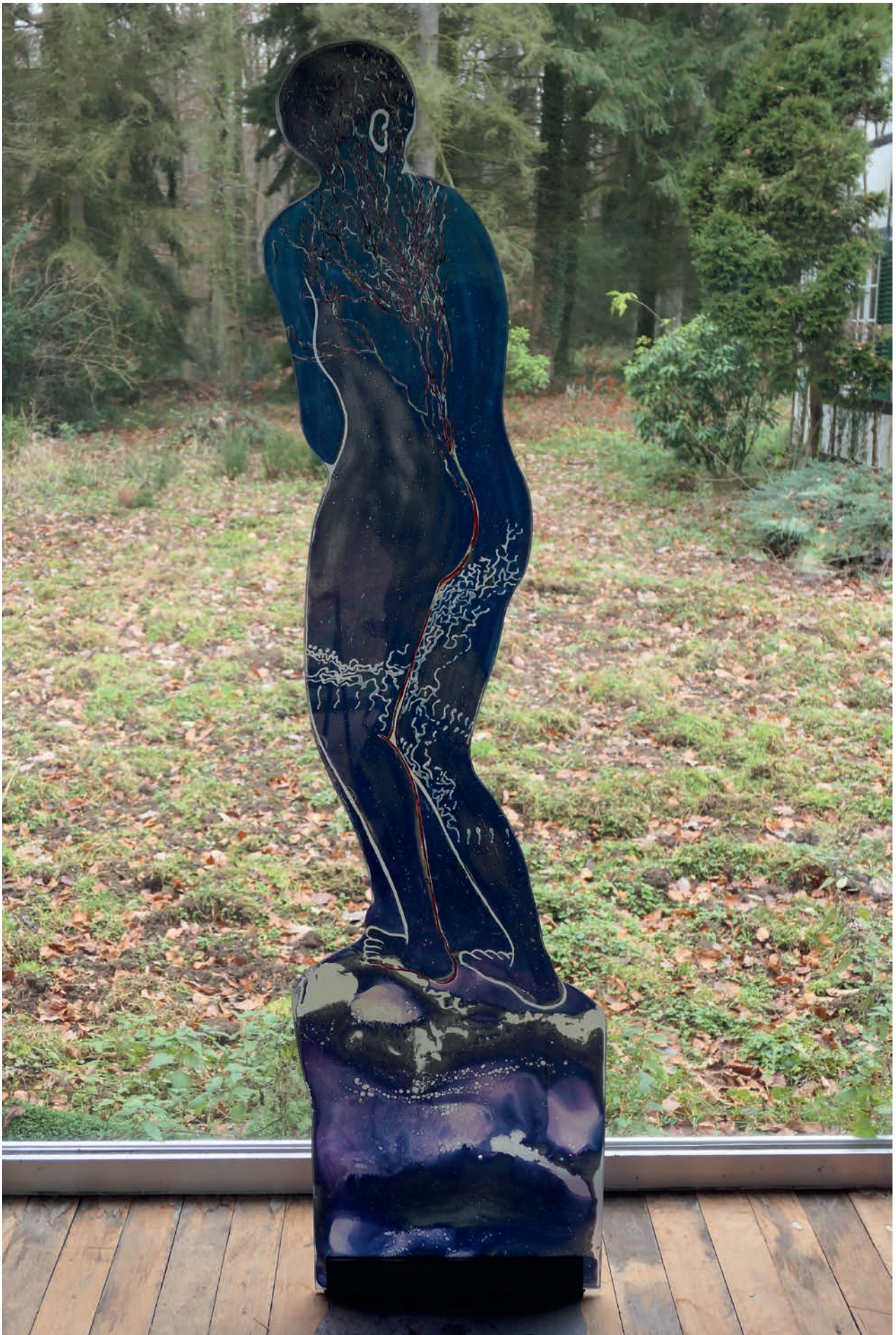
Anne Beikircher

Gläserne Frau

Glasarbeit, Höhe: 1,90 m, Breite: 0,60 m,
Grisaillemalerei

Work in progress: Sie kam gerade aus den letzten Brennvorgängen, noch kaum erkaltet, nun mit Wahlzetteln geschmückt anstatt mit Ketten, denn ab jetzt liegt alles an Möglichkeiten, die Politik zu durchschauen, glasklar vor ihr. Sie verlässt das Waldatelier (Katharinenhof) und lässt die Realität auf sich wirken.

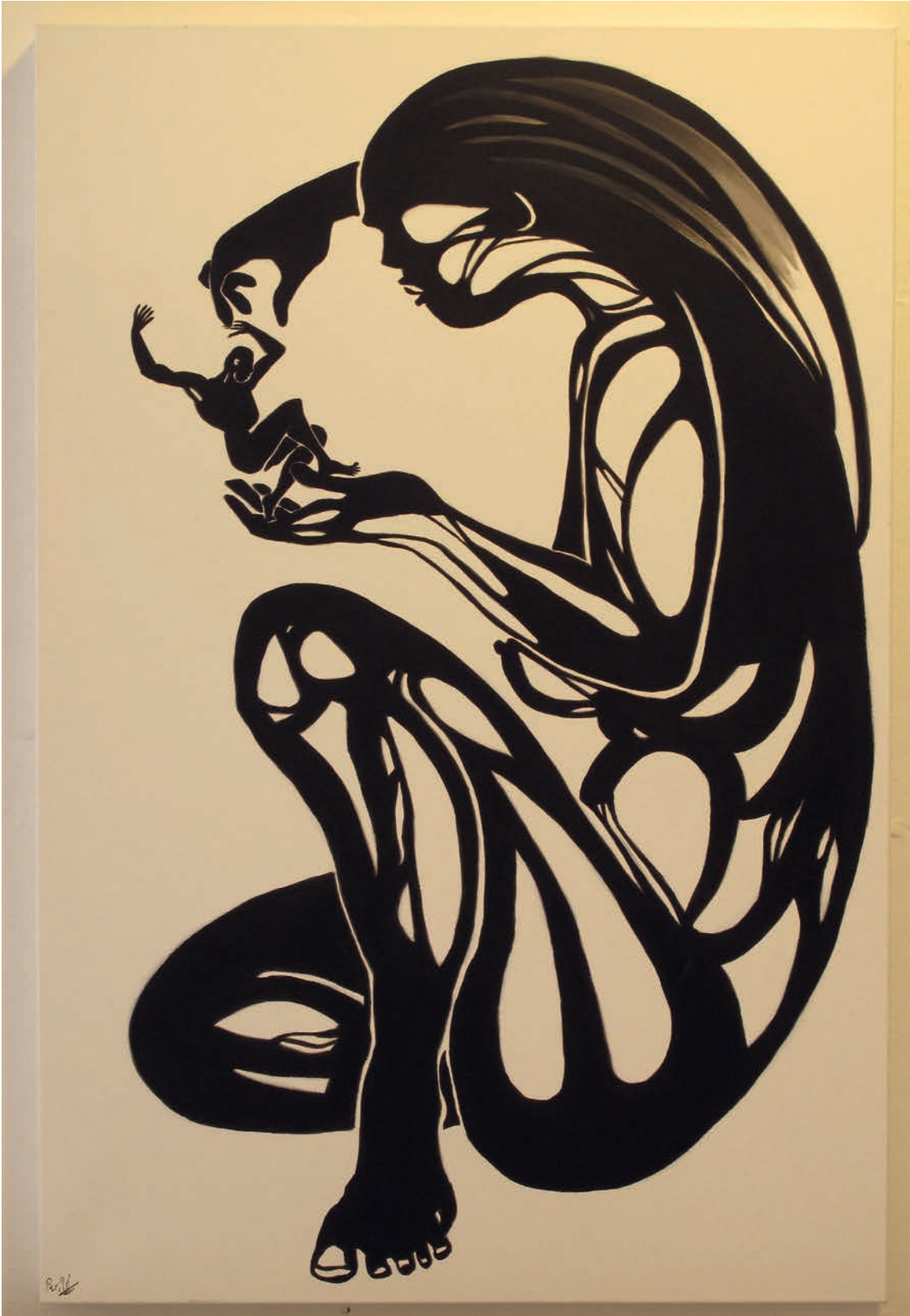




Melanie Pari und Freundin

o. T.

Die junge Künstlerin ist Assistentin bei Mary Bauermeister.
Inneren Kraftlinien spürt sie nach, es sind zugleich Zeichen aus ihrer ursprünglich persischen Kultur.



Melina

Performance am 3. Oktober 2018: Life-Bodypainting

Melina mit Model Klyo

Foto: Friedhelm Schulz



Angelika Gradisnik

Ein fremdes Kind, das emigriert ist und eine Gestalt, die über ihrem Kopf eine Schale mit dem Symbol des Bären für die Frankfurter Börse, trägt.

2019, Acryl auf Leinwand, je 180 x 90 cm

MIGRATION 2016/2018

Wieder einmal packt Angelina Androvic Gradisnik mit ihrer Malerei ein brennend heißes Thema an und führt uns dessen Brisanz vor Augen. Ihr aktuelles, vierteiliges Polyptichon widmet sie dem Thema Migration. Dabei beleuchtet sie die Situation, sowohl im Herkunftsland als auch bei uns, hier in Deutschland.

Und wie immer in ihren Bildern, steht der Mensch, die einzelne Person im Mittelpunkt. Dient als Ankerpunkt, hilft bei der Identifikation mit der menschlichen, allzu menschlichen Seite der schwierigen Problemstellung. Dies hilft uns, über den direkten Augenkontakt mit den Dargestellten eine innere Beziehung über die zweidimensionale Darstellung zum Vorbild und Modell und damit zu den Menschen aufzubauen, die der Anlass zum Gemälde sind.

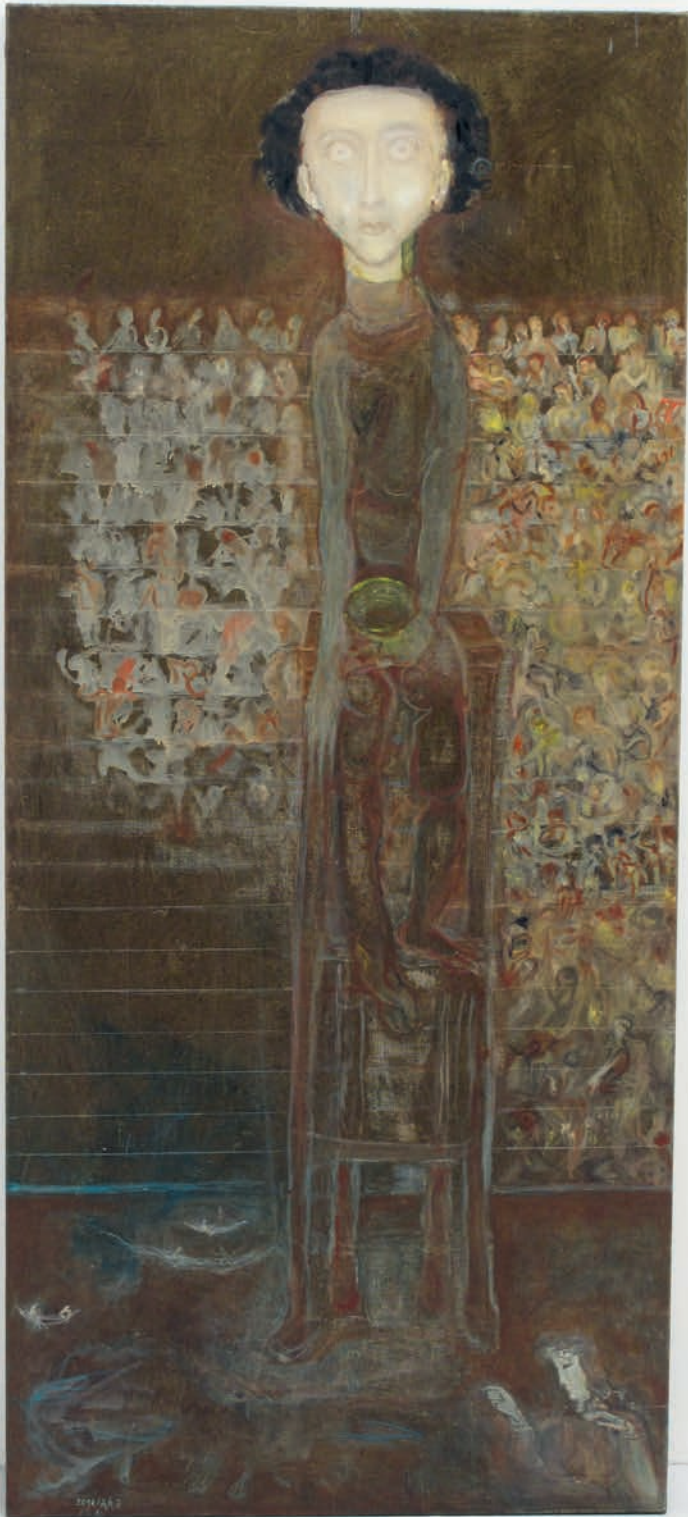
Zentral und im Vordergrund des vierteiligen Ensembles befindet sich der spärlich bekleidete Junge. Säulenartig sitzt er auf einem hohen Hocker. Den Kontakt zur Erde, zu seiner Heimat, hat er verloren; dennoch sitzt er hochaufgerichtet und schaut mit weit aufgerissenen Augen uns, den Betrachtern, unvermittelt ins Gesicht. Seine vollständige Naivität und Reinheit liegt in diesem Blick; keine Spur von Schauspielerei oder Verschlagenheit; er zeigt seine reine Seele und bittet unaufdringlich um Hilfe: „Ecce Homo!“ („Seht, welch ein Mensch!“)

Diesen Blick und diese Reinheit ist wieder und wieder in den Köpfen und den Augen der vielen Dargestellten auf den vier getrennten Leinwänden zu finden. In diesen Gestrandeten ist Erschöpfung und Resignation, ist Aufgabe aber auch Hoffnung zu finden. Viele Hunderttausende sind bereits mit den Booten über das Meer zu uns gekommen, hiervon erzählt die Darstellung am Fuße der beiden braun hinterfangenen Hochformate und Viele von ihnen konnten schon Hoffnung finden, sie sind als nahezu anonyme Menschenmasse – die ihren Weg über die biblische Jakobsleiter fanden – hinter dem Jungen verewigt. Viele sind noch auf dem Weg. Und die in antiker Schönheit gegebene Stifterin des Bildes, die Künstlerin selbst, weist mit ihrer rechten Hand auf sie hin und empfängt jene, die sich in ihrer räumlichen Nähe befinden, dort, wo sie persönlich den Kontakt mit ihnen aufbauen kann; zum Beispiel in ihrer Wahlheimatstadt.

Das gelbe, sandfarben grundierte „Sahara“-Bild gibt den Blick auf das Leid der Menschen in ihrer Heimat; das blaue wasserfarben grundierte Bild gibt das Leid der Menschen in der vermeintlich neuen Heimat; denn hier im Westen drohen die Gefahren der anonymen Großstadt, droht Ghettoisierung, droht Gefängnis und Einsamkeit.

Beide Großformate flankieren die beiden zentralen, mittleren Hochformate. Das rechte, das den Jungen zeigt und das linke, mit der personifizierten Europa. Diesmal nicht reitend auf dem Stier, auf Zeus. Nein, diesmal hochaufrecht stehend, stark und ihrer Mission genau bewusst, stemmt sie, auf einem Sockel erhöht stehend, eine große Schale, einem Füllhorn gleich, das die Gaben der Bürger und Bürgerinnen der Europäischen Union in sich trägt, bewehrt und beschützt von dem Antlitz eines Bären. Ihre Botschaft ist eindeutig: Wir haben die Kraft und die Verpflichtung, zu helfen. Nicht mit Waffen und Gewalt, sondern mit Verantwortung und Menschlichkeit.

Dr. Martin Schmidt-Magin, März 2019



Irmtraud Büttner-Hachmeister

„Gertrud“

2018, Spanplatte, Strohseide, Draht, Baumscheibe, Drehteller, Fotos, Tagebücher (1927-1991), 200 x 70 cm

„Gertrud“ (1904-1991), aufgewachsen in Buxtehude, führte Tagebücher von 1927 bis zu ihrem Tod 1991. Sie hielt ihre erlebte Zeit mit täglichen Eintragungen fest, anfangs noch in Sütterlin-Schrift, später in Lateinischer Schrift.

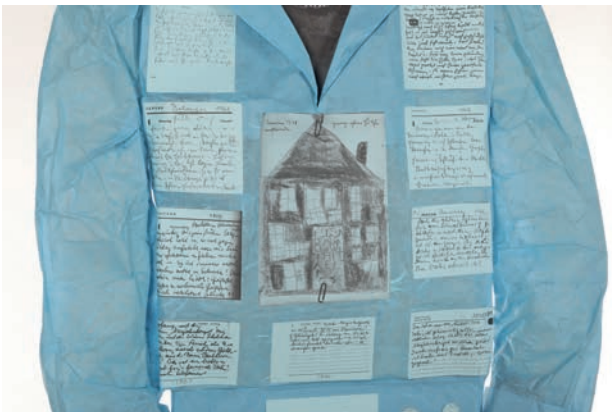
Von 1926-1928 machte sie in Hamburg eine Berufsausbildung zur Ausdruckstänzerin bei den Bewegungschören von Rudolf von Laban. (Idole: Harald Kreuzberg, Kurt Joos, Mary Wigmann, Grit Palucca, Rudolf von Laban)

Anschließend unterrichtete sie in Essen an der Folkwang-Schule und in Buxtehude Ausdruckstanz. Sie wurde hier zu einer Institution für Tanz und Gymnastik.

„Gertrud“ trägt einen Rock aus Tagebüchern und eine Bluse mit einigen fotokopierten Tagebucheintragungen aus den Jahren.

„Gertrud“ hat zwei Seiten: Auf einer ist sie mit einem jüngeren Gesichtsfoto abgebildet und bekleidet mit Tagebüchern aus den Jahren 1927-1962, die andere Seite hat ein älteres Gesichtsfoto und trägt Tagebücher bis zu ihrem Tod 1991. Deshalb steht „Gertrud“ auf einem Drehteller. Man kann sie um 360° drehen.

„Gertrud“ ist mit ihren Tagebüchern ein Frauen-Zeitdokument des 20. Jahrhunderts.





Sharon Calman

HERstory

2019, Öl auf Leinwand, 60 x 80 cm

Das Bild zeigt eine große archaische Baumgöttin, in deren Ästen sich vereinzelt Schlüsselsituationen der Frauengeschichte der letzten 4500 Jahre abspielen. Vor dem Hintergrund des 100jährigen Frauenwahlrechts möchte die Künstlerin aufzeigen, dass wir unsere Wurzeln in friedfertigen, weiblichen, lebensbejahenden Kulturen hatten – sinnbildlich hierfür die Tempelhymnen der Innana, geschrieben von der ersten Autorin der Welt, Enheduanna, welche sukzessive von patriarchalen Strukturen unterwandert und zerstört wurden.



Dokumentation

Kinderatelier

Ein lebendiges Schwarz-Weiß-Foto

Die Frauen, die vor 100 Jahren für ihre Rechte kämpften, inspirierten auch Kinder und Jugendliche. Im KinderAtelier im Frauenmuseum gestalteten sie Papierkleider nach der Mode von damals. Dazu überlegten sie sich Forderungen für ihre eigenen Demoschilder. Beteiligt waren die Teilnehmer*innen des Ferienworkshops „Papierwelt“ (22.-26.10.2018 – Amran, Anni-Lu, Elody, Hanna, Issam, Jolana, Kheri, Khiriyana, Luise, Mandi, Mahir, Majid, Servan) und die Schüler*innen der Museumsklasse des Frauenmuseums (Klasse 4a der Karlschule, Schuljahr 2018/2019 – Alfred, Aysenur, Bassma, Dalia, Deniz, Elif, Larissa, Lily, Maroua, Muhammed, Najla, Nicolas, Rayan, Sara, Selecha, Sümeyye und Yusuf).

Konzept und Leitung lagen bei Lene Pampolha und Ulrike Tscherner-Bertoldi.



Partnerausstellung Courage

Gleiche Rechte, gleiche Pflichten

im MITTELRHEIN MUSEUM KOBLENZ
vom 16. 2. bis 26. 5. 2019

im Frauenmuseum, Bonn
vom 16. 6. bis 30. 7. 2019

Die Künstlerinnen aus Bonn, Koblenz und Köln:

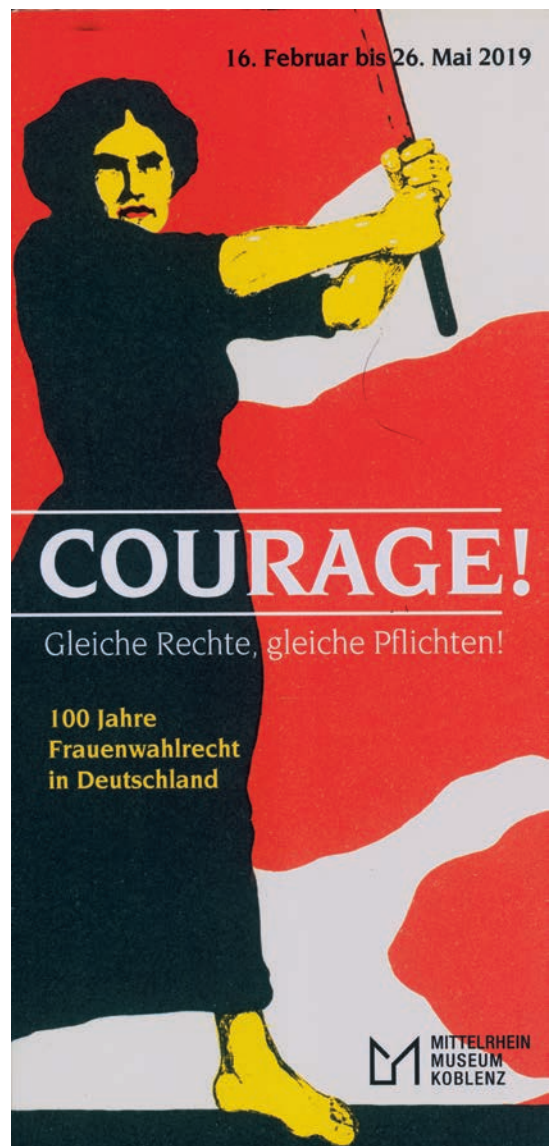
Erika Beyhl
Ines Braun
Eva Maria Enders
Corinna Heumann
Alin Klass
Firouzeh Görgen Ossouli
Violetta Richard
Johanna Sarah Schlenk
Julia Schneider
Ellen Sinzig
Isa Steinhäuser
Iris Stephan

Koordination:

Matthias von der Bank,
Direktor des Mittel Rhein Museums Koblenz
Peter Paul Pisters, Nora Löhr,
Marianne Pitzen, Direktorin des Frauenmuseums, Bonn
Corinna Heumann

Dank an:

PD Dr. Margit Theis-Scholz, Kulturpolitik
Ingrid Bátori, ZONTA





Einladung zum Fest „Unter Dach und Fach“

Wir feiern den Kaaf des Frauenmuseums



am Samstag, 19.1. 2019
mit allen Spendern & Spenderinnen
17 Uhr

Im Hof: Herrmann Hergarten an seiner Drehorgel
1. OG

: Show des Kinderatelier c/o Lene Pampolha/Ulrike Tscherner-Bertoldi
Marianne Pitzen & fm-Vorstand & Team: Begrüßung
Grußworte aus Unterstützer*innenkreisen

Dank an

A. Beißel, Katja Dörner, Brigitte Denkel, Michael Fehr, Elke Ferner, Klaus-Peter Gilles,
B. v. Grünberg, H & S Gundelach, Renate Hendricks, Milena Karabaic, Thomas Kliemann,
Uli Kelber, C. Kothe, Claudia Lücking-Michel, Nicole Mombrey, Anette Müller-Hüesker,
Vera Röhm, Ros Sachsse-Schadt, Thekla Schleifenbaum, Manuela Schwesig, Rita Süßmuth,
Mirjam Siebenlist, OB Ashok Sridharan, Petra Thorand

Curt Delander: Es ist ein Wunder geschehn....

Guido Wilms: zwei Friedenslieder

Eike Kutsche: heitere Töne

EG:

Ausstellungseröffnung s.u.

Sektempfang, Buffet, fm-Filme, Musik & Tanz

EUROTOPIA - FRAUEN FÜR EUROPA

eine Ausstellung zur neunten Direktwahl zum Europäischen Parlament in Kooperation mit PULSE OF EUROPE

FRAUENMUSEUM Im Krausfeld 18 53111 Bonn www.frauenmuseum.de

NEUE ARBEITEN - NEW WORK 19.01.2019 - 24.03.2019

OPENING 19. JANUAR 2019, 18 H

von Ellen Lo Bachmann, Erika Beyhl, Charlotte Esch, Tremezza von Brentano, Daniela Flörsheim, Cornelia Harss,
Corinna Heumann, Martine Metzging-Peyre, Sabine Naussed, Marianne Pitzen, Berthamaria Reetz

EUROPAMATINÉE - 24.03.2019, 11 H

mit Kandidatinnen zur Europawahl und Vorträgen:

Frauen in der Union, Programm Europawahlen / **Claudia Lücking-Michel**(CDU)

Digitale Frauenrepräsentanz in Politik und Gesellschaft / **Alexandra Geese**(Die Grünen)

Wählbarkeit in ganz Europa / **NN (Volt)**

Das Recht der Frau auf Mitgestaltung in der EU / **Katharina Barley**(SPD/angefragt)

Europawahlstatistiken, Frauen im Europaparlament / **Birgit Wichmann**

Frauen für Europa bei Pulse of Europe / **Bernadette Conraths**

Daniela Flörsheim

Europäerin

Aquarell



Blick in die Ausstellung Eurotopia



Kurzbiografien

Kurzbiografien

Heidi Adrian www.adrian-art-bonn.de

1944 geboren in Görlitz, aufgewachsen in Mannheim. Ab 1973 Studium der Pädagogik in Heidelberg. Bis 2002 Tätigkeit als Grundschullehrerin in Köln und Königswinter. Seit 1977 Lebensort Bad Godesberg, weitere Lebensorte sind die USA (Long Island/New York 1971) und Afrika (Senegal/Dakar 1981-1983).

Künstlerische Ausbildung während des Studiums und durch Teilnahme an zahlreichen Kunstkursen bei Künstlerinnen und Künstlern in Malschulen und Akademien. Mitgliedschaften: BBK Bonn-Rhein-Sieg, IGBH – Internationale Gesellschaft Bildender Künstler, Frauenmuseum Bonn e.V. und seit 2000 im Kunstverein Bad Godesberg e.V. (von 2003-2005 stellvertr. Vorsitzende). Malerei in Öl, Acryl und Mischtechniken auf Leinwand und Papier.

Seit 2003 Ausstellungsbeteiligungen und Einzelausstellungen in Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Polen, Schweiz und Zypern.

Anne Beikircher

geboren 1959, 1977-1980 Ausbildung als Glas- und Porzellanmalerin

1980-1986 Fachhochschulabschluss in freier Kunst, Köln u.a. Professor Daniel Spoerri, 1980-1982 Stipendium, Studium in Paris an der École des beaux-arts bei Cesar, Arbeiten in Museen: Musée des Arts Décoratifs Paris, Museum Ebeltoft Dänemark, Glasmuseum Rheinbach, Museum Osaka.

Irmtraud Büttner-Hachmeister

geb. in Wermelskirchen, wohnhaft in Troisdorf, 1965-1968 Studium an der Pädagogischen Hochschule Bonn, Kunststudium bei Prof. Gundermann, ab 1968 Lehrerin in Troisdorf, Bremen, Lohmar, 2009 und folgende Jahre Weiterbildung in Bildhauerei mit diversen Ausstellungsbeteiligungen, ab 2011 regelmäßige Ausstellungsbeteiligungen im Kunstverein für den Rhein-Sieg-Kreis (Pumpwerk).

Sharon Calman

1980 geb. in Siegburg; 1995-98 Akt- und Portraitzeichnen bei Martin Stommel, Bonn; 2000 bis 2002 Studium der Malerei an der Alanus Hochschule und dem Atelier Dodekaeder, Efringen-Kirchen bei Denis Emmelin; zwischen 2001 und 2011 wechselnde Ausstellungen, unter anderem in der Galerie Fine Art, Bonn und dem Albert-Schweitzer-Haus; 2002-2013 Ausbildung zur Heilpraktikerin/Weiterbildungen im Bereich Traditionelle Chinesische Medizin; seit 2007 in eigener Praxis (Südstadt, Bonn) tätig; 2011 künstlerische Studienreisen nach Taos, New Mexico und Indien; ab 2012 Teil der Künstlergruppe SüdART, Bonn, mit regelmäßiger Teilnahme an den Offenen Ateliers; 2014 Geburt von Tochter Rosa; 2015 Erscheinen von „Mama Meditiert“, dem ersten von S.C. illustrierten Kinderbuch; 2016 Ausbildung zur Moon Mother nach Miranda Grey; seit 2016 Leiterin Roter Zelte (Rotes Zelt Bonn); seit 2017 Atelier im Frauenmuseum, Bonn

Herbert Döring-Spengler

1944 geboren in Köln, seit 1984 zahlreiche nationale und internationale Einzel- und Gruppenausstellungen, zahlreiche Arbeiten in öffentlichen Sammlungen

Homa Emami

Sie wurde im Iran geboren. In Teheran studierte sie an der Fakultät der Schönen Künste das Fach Bildhauerei, welches sie 1979 abschloss. Seit 1986 lebt sie in Deutschland. Sie belegte ein weiteres Studium von 1989 bis 1993 an der Fachhochschule für Kunst und Design mit Schwerpunkt „Freie Malerei“. Seit 1995 ist sie Dozentin an der Kunst- und Musikschule Brühl.

Die aus Iran stammende Künstlerin Homa Emami lebt und arbeitet in Köln und Brühl,

Sie hat an zahlreichen Ausstellungen in Deutschland und im Ausland teilgenommen. Ihre Arbeiten verbinden schwere Inhalte, Anklagen und Schrecken mit der eigenen Poesie und Fragilität.

Daniela Flörsheim www.danielafloersheim.com

2018 WEITHORN Galerie Düsseldorf | All Colors | supporting the JGI Goodall Institut | Eva March München | 2017 Palazzo Mora ART Biennale Venice | 2017 ART der bunten Vielfalt | Europabüro | Aachen | 2016 Work&Women FRAUENMUSEUM BONN | 2012 Performance zu 100 Frauen in Grün documenta (13) Kassel | 2010 Make a Wish JEHANGIR MUSEUM | Mumbai | 2006 come, little friend | Iorch+seidel galerie BERLIN | 2003 What's in a name | Deutsches Röntgen-Museum | Remscheid | 2002 FIFA Flag Art Festival | Nanjicheon World Cup Parc | Seoul | 2001 Zeitfreie Zonen | Installation mit KARIN FLÖRSHEIM | Etage 20 | Düsseldorf | 1987 Aus der BEUYS-Klasse | Malerei | Arno Kohlen | Düsseldorf | 1986 Multiple Vision | Art Now Gallery | GÖTEBORG | 1986 Flood | Malerei | Broadway Ensemble Theatre | NEW YORK | 1972 between 7 | KUNSTHALLE | DÜSSELDORF | Gallery House LONDON

Irene Franken

Historikerin, Frauengeschichtsforscherin, Initiatorin und Mitwirkende beim Kölner Frauengeschichtsverein, Mitglied des Netzwerks Miss Marples Schwestern, i.d.a u.a. historisch-archivarischer Zusammenschlüsse; Veröffentlichungen, Ausstellungen,

Führungen, szenische Stücke/Hörspiele zur Frauengeschichte, Texte für eigenes Frauengeschichtswiki; ausgezeichnet mit verschiedenen Preisen, u.a. als Alternative Ehrenbürgerin von Köln (2017).

Angelina Andrović Gradisnik

1937 geboren in Cajnice (Jugoslawien); 1959-1962 Studium an der Kunsthochschule in Belgrad. Diplomabschluss mit Prädikat bei Prof. Abramović (Malerei), Prof. Buljević (Bildhauerei); 1962-1966 Kunsterzieherin am Gymnasium in Bijeljina, Mentorin und Assistentin von Prof. Hakija Kulenović an der Kunstschule in Sarajevo, Prof. Kulenović ist Gründungsvater der Kunsthochschule in Bijeljina; seit 1967 lebt und arbeitet Angelina Gradisnik als Künstlerin in Oberursel/Taunus; seit 2009 Mitglied im BBK Frankfurt

Jutta Hellweg

1947 in Bielefeld geboren; Studium an den Fachhochschulen in Münster und Dortmund, Schwerpunkt Malerei und Freie Grafik, Abschlussdiplom 1981, seither freiberuflich tätig; Mitglied im Bundesverband Bildender KünstlerInnen e.V. (BBK Ruhrgebiet), Frauenmuseum Bonn e.V., KUNSTforderer e.V. Unna; Seit 1981 Workshops, Sommerwerkstätten, Mal- und Zeichenkurse mit Kindern und Erwachsenen, museumspädagogische Projekte, Vorträge zur Geschichte und Kunst von Frauen.

Dr. Florence Hervé www.florence-herve.de

*1944. Germanistik-Studium in Bonn und Paris. Als freie Journalistin, Autorin und Dozentin tätig. Arbeitsschwerpunkte: Faschismus und Widerstand, Geschichte der Frauenbewegung, Frauenbiografien. Mitbegründerin der Demokratischen Fraueninitiative, der Zeitschrift *Wir Frauen* und des Kalenders *Wir Frauen* (seit 1979). Zahlreiche Veröffentlichungen.

Corinna Heumann

1962 in Regensburg geboren, verheiratet, ein Kind, in München aufgewachsen, 1989 Bachelor of Fine Arts, the Corcoran School of Art, Washington, DC, Arbeitsaufenthalte in New York, Moskau, Paris und Strasbourg, weltweite Ausstellungen, ihre Arbeiten befinden sich in privaten und öffentlichen Sammlungen, lebt in Bonn

Mariola Maria Hornung

geb. 1954 in Breslau/Polen; Studium Wirtschaftshochschule in Breslau: 1974-1978 Abschluss Diplom-Betriebswirtin; 1979-1982 Abschluss Diplom-Ökonomin; 1988

Übersiedlung nach Deutschland, Bonn; Tätigkeit als Verwaltungsangestellte; 2012

Studium an der Europäischen Kunstakademie Trier; seit 2012 Weiterbildungen im Werkhaus der Alanus Hochschule, Alfter; seit 2011 freischaffende Künstlerin; Mitglied: Frauenmuseum Bonn; GEDOK Bonn; Förderverein Künstlerforum Bonn; KUNSTFORUM '99 Rheinbach; Künstlergruppe ARTic

Kristina Kanders www.kristinakanders.com

geb. 1962 in Köln. In der Schulzeit konzentrierte sie sich auf die Malerei, bevor sie sich nach dem Abitur dem Schlagzeug zuwandte. 1987 ging sie zum Studium nach New York (1992 BFA Degree, Parsons School of Design, 1997 Master of Arts Degree, Queens College). Von 1994 bis 2005 unterrichtete sie an der New School University. Seit 2005 lebt Kristina wieder in Köln. Sie veröffentlichte zwei CDs mit eigenen Kompositionen. Es folgten mehrere Kunstvideos und Ausstellungen. Seit 2012 hat sie ihren Schaffensschwerpunkt komplett in die bildende Kunst verlagert.

Christa Kolling

seit 1970 intensive Auseinandersetzung mit der Fotografie (autodidaktisch) – Canon-Fotopreis, 1988-1996 Schülerin von Walter Urbach, Kaarst, 1997 Intensiv-Seminar bei Oskar Koller in Bern, 1998-2004 Intensiv-Seminare an der Kunstakademie Bad Reichenhall bei den Dozenten Prof. Markus Lüpertz, Peter Tomschiczek, Eckhard Zylla, Stephan Geisler, 1998 Gründungsmitglied der Produzenten-Galerie MAVIS, Düsseldorf, Dezember 2000 Ausstieg aus MAVIS, Januar 2001 Gründung der Galerie ETAGE 20, Düsseldorf im Atelierhaus Randolf, Galerie-Tätigkeit bis Dezember 2004, Studienreisen nach Rhodos, Kreta, Lanzarote, Sizilien, Südfrankreich, seit 1996 freischaffend tätig.

Marlene Leal da Silva Quabeck

1948 geb. in Brasil; Studium an der Pädagogische Hochschule Sagrado Coração de Jesus (Kunsterziehung) Ijuí-Brasil; ab 1967-2017 Weiterbildung in Deutschland – Pädagogik, Malerei, Fotografie bei Dozenten in Wuppertal, Kunstakademie Düsseldorf, Trier, Mainz und Graz(A.); seit 1993 Deutsche; 2002-2004 Aquarellpreis der Stadt Völkling, 2006 Kulturpreis Stadt Bendorf, 2012 Kunstpreis Galerie Uhrturm Dierdorf, Mitgliedschaft: Frauenmuseum Bonn, GEDOK Bonn, BBK Bonn, Rhein-Sieg, Ausstellung: (Auswahl): Galerie HWK – Blumenhof Ludwig Museum Koblenz, Rheinische Eisenkunstguss Museum Bendorf, Roentgen-Museum Neuwied, Frauenmuseum Bonn „Methusa“, „Moneta“, „Das Grüne Haus“ „EVO“, „Gabriele Münter-Die Blaue Reiterin“, „Katharina von Bora“ (Kataloge), Kunstmesse 2010, 2011, 2012 (Kataloge), „40 Jahre BBK Bonn, Rhein-Sieg (Katalog); Arbeiten in öffentlichen und privaten Sammlungen

MAMU

1951 geboren als Anneliese Jeurink; 1970-1972 Studium an der Staatlichen Hochschule für Bildende Künste Hamburg, Lila Lerchenfeld; 1976 ff Schuldienst an der holländischen Grenze und Mitglied im Künstlerbund Gildehauser Werkstatt; 1986

Ölgemälde zu Tschernobyl; 1984 Heirat mit Buchkulturer und Bibliosophen Günther Rossipaul; seit Geburt der Kinder MAMU (malende Mutter) 1999 ist sie auf dem Titel des Reutlinger Künstler Lexikons; 2001 entsteht der Katalog pro metaphor zur Ausstellung in der Galerie Dorothea Schrade; Mitglied der GEDOK, des Frauenmuseums Bonn und des BBK Osterholz-Worpswede; Ausstellungen und Performances

Marlies Obier

geb. 1960 in Siegen, Magistra Artium, Promotion in der deutschen Philologie, zahlreiche Bücher und Veröffentlichungen. Sprach- und Konzeptkünstlerin. Zahlreiche Einzelausstellungen und Projekte: „die blaue Blume“, Museum Schloss Morsbroich Leverkusen, „Vision Poesie“ Altes Schloß und Botanischer Garten Gießen, „Wahlheimat Poesie“ Oberes Schloß Siegen, „Die Botschaft der Bücher“, Städtische Galerie Haus Seel Siegen, „Literatur in der Natur“ Hörinstallationen auf dem Wanderweg Rothaarsteig u.v.a. Als Wanderausstellungen reisten bundesweit: „für eine bessere Welt! Die ersten Frauen in der Sozialdemokratie“, „für eine bessere Welt! Die zweite Generation der Frauen in der Sozialdemokratie“, „über den Tag hinaus. Eine Erinnerung an Marie Juchacz“, „Die Waffen nieder! Bertha von Suttner“, „100 Jahre Arbeiterwohlfahrt . Aus dem Samenkorn gewachsen, das von Marie Juchacz gelegt wurde“.

Ewa Partum

geb. 1945, Grodzisk Mazowiecki (Polen); Poesie- und Performancekünstlerin, Filmemacherin, Malerin und Konzeptkünstlerin; Studium ab 1963 an der Staatlichen Hochschule für Bildende Künste in Łódź; 1965 Besuch der Akademie der Bildenden Künste in Warschau; Partums Arbeit beschäftigt sich mit Fragen der weiblichen Identität, einschließlich der Gender-Voreingenommenheit der Kunstwelt. In Interviews spricht sie über die Schwierigkeiten und Diskriminierung, die sie als weibliche Performancekünstlerin hatte. Diese Voreingenommenheit inspirierte ihre Entscheidung, in vielen Stücken nackt aufzutreten. Irgendwann erklärte Partum, sie würde nackt auftreten, bis Frauen in der Kunstwelt gleiche Rechte bekämen (Wikipedia)

Carola Paschold

geb. 1982; Dipl. Designerin – Illustration HS Düsseldorf. Seit 1987 freiberufliche Künstlerin. 1991-heute Kunst-Dozentin. 1998 Anerkannte prof. Künstlerin IGBK Berlin. 2004 Mitglied BBK. 2006 Mitglied GEDOK A 46. 2011 Mitglied Künstlerverein Malkasten. 2016 Mitglied Kunstverein Duisburg. Auswahl: 2017 Das kleine Format – Künstlerverein Malkasten; Galerie Heidefeld; Hampel Fine Art Auctions München; Art Gallery Essen; Francoise Gilot & Picasso – Künstlerpaare Frauenmuseum Bonn; 2016: Kunstverein Duisburg; Galerie Heidefeld; Art Gallery Essen; Galerie Sassen; Work & Women Frauenmuseum; Kunstpreis Ausstellung Karlsruhe. 2015: 25. Kunstmesse Frauenmuseum; ART.FAIR Köln Galerie Sassen; Galerie Heidefeld; Art In Business Düsseldorf. 2014: Gabriele Münter Frauenmuseum; 24. Kunstmesse; Galerie Heidefeld; AART FAIR Hamburg Galerie Sassen; TV-WDR; Galerie Sassen; Ballhaus Düsseldorf; 2013: 23. Kunstmesse Frauenmuseum. TV-WDR. Kunstpreis Ausstellung Karlsruhe. ART Innsbruck. 2012: Kunstpreis Ausstellung Karlsruhe. 2011 Galerie Heidefeld; 2010 Ankaufssitzung Kunstbeirat Dt. Bundestag Berlin. 2006 Saint-Cyr-sur-Mer Frankreich.

Silvia M. Philipp www.artsteps.de

Kunststudium in München mit Abschluss, Studienaufenthalte in Berlin, Rom, London, Frankreich, ehem. Jugoslawien, Schottland und Toskana, Schülerin von Ben Patterson, Biennale-Künstlerin, Valencia/Venezuela, 2005 Gründerin der Kunstvereinigung Artsteps, Initiatorin internationaler Kunstprojekte, Präsidentin Forum Zukunft für alle e.V., ausgewählte Künstlerin (AUSWAHL) für das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, UNESCO, Biennale, Venezuela (2005), UNESCO(2002), UN (2011), Bonn“, „Miniartextil“, Como, Italy, „Salon de Ville Paris“, „Museum van Bommel, Netherlands“(2005), „Homage a John Cage“(with the Bald Girls 2014), 5 th TAIWAN international videoart exhibition(2016) , Performance Day, Wiesbaden, ART-LIVE TOUR (Athen-Venedig-Kassel Münster (2017), Internationale Triennale of Paper Art (2018), Gründerin und Organisatorin der ersten Frauenfinanzgipfels, weltweite Kunstaktion „Schritte ins nächste Jahrtausend“, europaweite Kunstaktion „IM NAMEN DER FUGGERIN“, „GUTES VERSCHWENDEN – WASTING GOOD THINGS“ (seit 2012), „Mariasgesucht, „Katharina von Bora – TABLE TALKS“, Mitglied im Verband Deutscher Schriftsteller, Frauenmuseum Bonn, Kuratorin, Dozentin, internationale Tätigkeit, preisgekrönte Arbeiten

Maria Pudelko

geb. 1947; Studium Germanistik, Romanistik, Italienische Sprache und Kunstgeschichte; 1972-2002 Gymnasiallehrerin für Deutsch, Französisch und Kunst in Deutschland; 1997-2015 Seminare und Studium der Bildhauerei in Deutschland und der Schweiz; verschiedene Ausstellungen zum Thema „Menschen in existentiellen Notsituationen“

Bertamaria Reetz

1952 geb. Ripsdorf/Eifel; 1986-1991 Kunst- und Maleriestudium u.a. bei Antonin Málek und Rainer Aring in Köln sowie bei Ulf Meyer im Campo dell'Altissimo, Italien; 1991-1994 Studium an der Kunstakademie Düsseldorf bei Prof. Siegfried Cremer

Cynthia Rühmekorf www.ruehmekorf.com

1979-1984 Studium Kommunikationsgestaltung/Grafikdesign

FH Hildesheim Holzminden, Einzelausstellungen (Auswahl):

1997 Kinderarmut – wandert 10 Jahre in ganz Deutschland, 1998 Pralles Leben im Frauenmuseum, 2012 Auf den zweiten Blick Bonner Stadthaus, Landtag in Düsseldorf, 2015 Altersarmut

Kiel, Hannover, Göttingen, Bonn, Gruppenausstellungen (Auswahl):
Künstlerforum Bonn, Haus an der Redoute mit der Gruppe coneXus Bonn: 2003 here and now, 2004 ortswechsel, 2007 feldstaerke, 2009 turbulenzen, 2006 Sexhandel im Frauenmuseum

Horst-Olaf Schmidt

1960 in Remscheid geb.; 1976 erster ernstzunehmender Kontakt mit dem Thema „Bildende Kunst“ bei Günther Salewski, Wuppertaler Künstler; ab 1976 Ausbildung Werbegestaltung, Plakatmalerei, Siebdruck, plastisches Gestalten mit Holz; ab 1976 Mitglied im Museumsverein Von-der-Heidt-Museum, Wuppertal; ab 1976 Ölkreide- u. Bleistiftzeichnungen, Illustrationen, Linoldrucke, Fotografie; 1989 Einzelausstellung, Galerie „Berg“. Künstler RGA-Pressnhaus, Remscheid; 1989 Gruppenausstellung Bergischer Künstler, Stadttheater Remscheid; 1989 Nachwuchskunstpreis bei der „Galerie Remscheid“; Kunstpause; 2015 Wiederaufnahme der künstlerischen Arbeit:

Maria Schmidt Dzionsko

www.maria-schmidt-dzionsko.de; www.fak-koeln.de; www.mittelmeer-biennale-koeln.de
30.01.1959 geb. in Trossingen/Württ.; 1977 Abitur; 1977-81 Studium Modedesign, Lette-Verein Berlin; 1981-86 Studium Freie Kunst/Kostümbild, Fachhochschule Köln; seit 1984 internat. Tätigkeit als Freelance-Designerin, Künstlerin und Kuratorin; seit 1996 Kuratorin der AG internationale Künstler Köln, AKT 1 Köln e.V.; seit 2004 Gründung und Leitung der Freien Akademie Köln; seit 2016 Gastprofessorin an der Accademia Albertina für Kunst und Design, Turin

Angelika Schmitt www.angelika-schmitt.de

1979-1984 Studium Kunsterziehung an der PH Reutlingen, Universität Tübingen und Kunstakademie Stuttgart, 1990-1995 Kunstakademie Düsseldorf, Meisterschülerin bei Prof. Megert, 1994-1995 Atelierförderung im Atelierhaus Bonn, Gruppen- und Einzelausstellungen (Auswahl seit 2000): SüdArt Offene Ateliers, turbulenzen, Künstlerforum, Bonn mit der Gruppe coneXus, Wilhelm-Morgner-Haus mit Bonner Künstlern: voyage Künstlerforum mit der Gruppe coneXus: glück s wünsche ortswechsel, Künstlerforum, Bonn, here and now, Haus an der Redoute, Bonn, an...naeherd Künstlerforum, Bonn, bonnermai Altes Rathaus, Potsdam, Gärtnerhaus, Bonn, Ankäufe und Aufträge (Auswahl): Nord LB, Hannover Thyssen, Düsseldorf, Volksbank Bonn, Hypo Bank München, Sparkassenstiftung Bonn als Dauerleihgabe an das Kunstmuseum Bonn, Standort: Rheinaue

Barbara Schmitz www.eisenwelten.de

Jahrgang 1968, seit 2005 Arbeiten mit Stahl, 2005 Schweisslehrgang bei R. Frank, Stuttgart, 2008 Schweisslehrgang bei der SLV, Fellbach. 2016 Metall intensiv, Kunstakademie Allgäu, bei M. Elhardt, 2017 Metall intensiv, Kunstakademie Allgäu, bei M. Elhardt, 2018 Metall intensiv, Kunstakademie Allgäu, bei M. Elhardt, Ausstellungen: 2015 Eisenwelten Himmelwärts, Nachfolge Christi Kirche, BN-Beuel, 2016 Südstart, 2018 Kunst auf der Burg, Stadt Blankenberg, Mitglied der Künstlerinnen-gruppe Donnarte

Tanja Schneider www.Schneiderart.de

geb. 1969 in Detmold. 2013-2016 Studium der Malerei und Grafik am Institut für Bildende Kunst und Kunsttherapie (IBKK) in Bochum. Besuch der Meisterklasse von Thorsten Lehmann. Freischaffende Künstlerin. Gruppenausstellungen (Auswahl): 2013 „Aktion Riesenbild“ der IBKK, 2014 „Animalia 2“ und 2015 „Frauenrechte“ im Kunst- und Galeriehaus Bochum, 2016 „Kunstwerkskammer“ in der Villa Weber, Bielefeld. Einzelausstellung 2017 in der Galerie Alte Vogtei, Bielefeld. Mitgliedschaft im BiK e.V., Künstlerinnenforum Bielefeld-OWL e.V.

Eugen Schramm

geb. 31.1.1979 in Miasskoje (Russland); besuchte September 1986 bis Dezember 1989 neben regulären Schulalltag halbtags die städtische Schule der Bildenden Künste von Anapa (Aneignung der Grundtechniken der Malerei); 1990 Flucht nach Deutschland; erfolglose Suche nach Kunstmentor machte ihn zum Autodidakten; kreiert eigene Form- und Farbkombinationen; seit 2005 international als freischaffender Bildender Künstler und Unternehmer bekannt, bearbeitet renommierte Aufträge; neben Auftragsmalerei und Erstellung eigener individueller Werke fördert er den Nachwuchs. Die Vielseitigkeit des Lebens bietet ihm bis heute die Inspiration, frei zu arbeiten, verschiedene Wege der Malerei zu beschreiten und vielfältige Stile zu verfolgen.

Marianne Schröder

1949 in Berlin geboren; von 1975 bis 2000 Lehrerin für Englisch, Französisch und Bildende Kunst in Berlin; Mitglied im BBK Berlin, in der Kunstwerkstatt Treptow e.V., der Fraueninitiative Xanthippe e.V., der EFAK (Europäische Frauenakademie der Künste und Wissenschaften Berlin-Brandenburg e.V.) und im Frauenmuseum, Kunst, Kultur, Forschung e.V. Arbeitsschwerpunkte: Malerei, Zeichnung, Druckgrafik und Künstlerbücher. Gastkünstlerin auf Schloss Wolfsburg, in Traben-Trarbach und im Rahmen des Kulturaustauschs Treptow-Köpenick und Graubünden (CH) auf Schloss Haldenstein. Seit 1973 zahlreiche Einzelausstellungen sowie Beteiligungen an nationalen und internationalen Ausstellungen, z.B. in der Galerie im Saalbau, Galerie in der Lithowerkstatt, Grafikstudiogalerie, Galerie Alte Schule, Inselgalerie (Berlin); Frauenmuseum, Bonn; Kunststation Kleinsassen; Neuer Kunstverein, Regensburg; Forum Kunst und Architektur, Essen (Projekt: Roter Faden, 2009); Rundetaarn, Kopenhagen, (Projekt: Region und Identität,

2004/2005); Nationalmuseum Danzig, (Projekt: Nachbarinnen, 2012); Haus der Kunst, Chur; Palacio de Pimentel, Valladolid (Projekt: Teresa von Avila, 2015). Arbeiten von ihr finden sich in mehreren Museen und öffentlichen Einrichtungen

Tina Schwichtenberg www.tina-schwichtenberg.de

1986-89 Studium Muthesius-Kunsthochschule Kiel. Lebt in Berlin und Kiel. Sie arbeitet als Bildhauerin und als Aktionskünstlerin. In vielen Ländern hat sie darüber hinaus mit Kunstinstallationen und Ausstellungen auf politische und gesellschaftliche Prozesse eingewirkt. Von der Klimakonferenz in Kyoto bis hin zu Projekten in Indien, China, Amerika, in Deutschland und anderen europäischen Ländern hat sie sich öffentlich engagiert. Mit Aktionen zur Bücherverbrennung der Nazis, dem Widerstand der Offiziere gegen Hitler, 100 Jahren Frauenwahlrecht in Europa, Installationen zur Millenniumserklärung (Armutsbekämpfung der UN) im Bundeskanzleramt hat sie „Flagge“ gezeigt. Mit ihrem Projekt „MEHL-ART“ zum Jahrestag des Mauerfalls im Berliner Auswärtigen Amt (August 2009) sowie einer Installation im Bonner Frauenmuseum mit DDR-Winkel- und abstürzenden Symbolen erinnerte sie an dieses historische Ereignis. Im Polnischen Institut in Berlin ehrte sie den Ghetto kämpfer Marek Edelmann anlässlich seines Todes im Jahre 2009 mit einer Textinstallation. Seit vielen Jahren ist sie bei der alljährlichen Kunstausstellung „NordArt“ vertreten. Im März und April/Mai 2015 war sie beteiligt an einer Ausstellung der Region Valladolid und in Berlin zu Ehren Teresa von Avilas (1515). Einer katholischen Heiligen und frühen Frauenrechtlerin. 2016: Einzelausstellung und Beteiligung an einer Gruppenausstellung in der Hans-Kock-Stiftung, Kiel. 2017 Ausstellung mit der EFAK im Künstlerhaus in Wien, einer großen Ausstellung im Innen- und Außenbereich im Skulpturenpark PAMPIN (Mecklenburg-Vorpommern), in der Jubiläumsausstellung in Bissee (Schleswig Holstein) und einer Ausstellung in der schleswig-holsteinischen Landesvertretung in Berlin. 2018: Ausstellungen in der Galerie 66 Eckernförde; Gut Wittmoldt bei Plön; Landart Dersau; Mediengalerie Berlin; Frauenmuseum Bonn und erneut im Kulturforum Pampin.

Sarah Schumann

1933 geboren in Berlin, lebt und arbeitet in Berlin-Charlottenburg; 1953 erste Einzelausstellung mit „Schock-Collagen“ in der Zimmere Galerie Franck, Frankfurt am Main
1960er Jahre: Lebt nach der Trennung von ihrem Mann Hans Brockstedt zuerst in London, wo informelle Bilder, Materialcollagen, Illustrationen und erste „Monroe-Darstellungen“ entstehen; ab 1963 im italienischen Piemont, wo sie sich pastellfarbenen Eitemperamalereien und Collagen mit eigenen Fotografien zuwendet; 1968 Rückkehr nach Berlin; 1970er-Jahre: aktiv in der feministischen Berliner Gruppe „Brot und Rosen“, Filme mit Helke Sander; Mitorganisatorin der Ausstellung „Künstlerinnen international 1877-1977“, die erstmalig im Nachkriegsdeutschland bedeutende weibliche künstlerische Positionen präsentiert; parallel Publikation eigener Texte, erste große Frauenbildnisse entstehen; 1977-1978 Stipendium in der Villa Massimo, Rom; 1978 Harun Farocki dreht das Filmporträt „Ein Bild von Sarah Schumann“; 1980er- und 1990er-Jahre: Studienaufenthalte in Indien, Kenia, der DDR und Moskau, die sich jeweils in Werkserien niederschlagen; 2012: installative Videoarbeit von Michaela Melián: „Silvia Bovenschen und Sarah Schumann“; 2015: Silvia Bovenschen (1946-2017) verewigt ihre Lebensgefährtin literarisch in „Sarahs Gesetz“; seit 2018 Betreuung des künstlerischen Vorlasses durch Van Ham Art Estate

Biggi Slongo Gastrich

geb. in Gelsenkirchen-Buer, lebt seit 1966 in der Schweiz. Ausgebildete Metallfachfrau, Psychologiestudium Uni Zürich und IAP Zürich. Künstlerische Ausbildung bei Tom Rickett, London, diverse Werkaufenthalte in Europa; Mitglied: SGBK Zürich, Schweizerische Gesellschaft bildender Künstlerinnen seit 2003, Frauenmuseum Bonn. Das erste Kinderbuch „Ufo die Künstlerkatze“ erschien 2005 in D, F. „La Gata Adela“ 2007 in D, E. Biggi Slongos Schaffen erstreckt sich in den letzten zwanzig Jahren in den Bereichen Aktionskunst, Installationen, Fotografien und Acrylmalerei. Das Thema: „Frauentrümmern“ (Katalog 2015), in dem die soziologische Situation der Frau in Deutschland in den Nachkriegsjahren künstlerisch im Kontext mit der Gleichberechtigung und der Emanzipation der Frau verarbeitet wird. Frauenrecht und Gleichberechtigung „Märchenprinz“ (Katalog 2017) sind zentrale Themen ihrer derzeitigen Arbeiten; zahlreiche nationale und internationale Einzel- und Gruppenausstellungen

Kari Stettler

geb. 1941 in Arni/Bern; lebt und arbeitet in Deutschland und der Schweiz, künstlerische Ausbildung; Schule für Gestaltung Bern, Künstlerhaus Solothurn; bildhauerische Ausbildung in Deutschland und der Schweiz; Ausstellungen in Deutschland, Tschechien und der Schweiz



frauenmuseum **f**
kunst, kultur
forschung e.V. **m**

Ministerium für
Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen



LWL
Für die Menschen.
Für Westfalen-Lippe.

LVR
Qualität für Menschen

100 jahre
bauhaus **im westen**

 **NRW**
Stiftung

**STADT.
CITY.
VILLE.
BONN.**



Förderverein Gerda-Weiler-Stiftung e.V.
www.gerda-weiler.de